

# EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



51

# EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

## Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

**Verlag** Arbeit Zukunft **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** [www.arbeit-zukunft.de](http://www.arbeit-zukunft.de)  
**Mail** [info@arbeit-zukunft.de](mailto:info@arbeit-zukunft.de) **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175  
**V.i.S.d.P.:** D. Möller, c/o Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart  
**Preis** Deutschland 7,50 € - Österreich 7,50 € - Schweiz 8,50 CHF

Erste Auflage, Januar 2026

# INHALTSANGABE

## 4 Vorwort

Deutschland: Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

## 5 Der Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung

Brasilien: Revolutionäre Kommunistische Partei (PCR)

## 10 Krise des Bildungssystems im Kontext der neokolonialen Herrschaft und der Sicherheitskrise in Burkina Faso

Burkina Faso: Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas

## 14 Die Sache des Sozialismus und die Partei, die ihn verteidigt

Dänemark: Kommunistische Arbeiterpartei Dänemark (APK)

## 17 Aufrüstung und Kriegsvorbereitung! Eine starke Friedensbewegung ist notwendig

Deutschland: Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

## 22 Die Gesellschaft des Spektakels ist Ausdruck des Sieges der Wirtschaft über die Gesellschaft - mit Kultur ist es möglich, dies umzukehren

Dominikanische Republik: Kommunistische Partei der Arbeit (PCT)

## 25 Die Einheit der Kommunisten

Ecuador: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Ecuadors (PCMLE)

## 30 Ein neuer Zyklus im Klassenkampf

Frankreich: Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)

## 34 Entwaffnung der Arbeiterklasse: Stärkung des Staates

Indien: Revolutionäre Demokratie

## 42 Kriegspolitik und Militarismus in Italien

Italien: Organisation für die kommunistische Partei des Proletariats

## 50 Warum das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern?

Marokko: Demokratischer Arbeiterweg

## 52 Kontinuität und Vertiefung des Neoliberalismus in Mexiko

Mexiko: Kommunistische Partei Mexiko (Marxisten-Leninisten)

## 56 Die Hispanische Frage

Peru: Kommunistische Partei Perus (Marxisten-Leninisten) (PCP (ML))

## 62 Stalin und der große vaterländische Krieg

Spanien: Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) (PCE (ML))

## 69 Das chinesische „Rätsel“ aus der Perspektive des chinesischen Proletariats

Türkei: Partei der Arbeit (EMEP)

## 79 Der Faschismus hat hier und da ein starkes Comeback erlebt

Tunesien: Partei der Arbeit Tunesien (POT)

## 88 Lasst uns die Partei revolutionieren! Lasst uns die Avantgarde der Arbeiterklasse sein!

Uruguay: Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguay

## 93 Krise im bürgerlichen Rechtssystem

USA: Amerikanische Partei der Arbeit (APL)

## 96 Revolutionäre Antwort auf die zunehmende Faschisierung der Welt

Venezuela: Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Venezuela (PCMLV)

# VORWORT

## Tiefe Krise des imperialistischen Systems

von Diethard Möller

Diese Ausgabe von „Einheit & Kampf“ beschäftigt sich umfassend mit der tiefen Krise des imperialistischen Systems, das zu immer schrecklicheren Katastrophen führt. Ganz aktuell sind die rapide voranschreitende Militarisierung und Aufrüstung der Großmächte, wie sie in den Beiträgen aus Italien und Deutschland aufgegriffen werden. Passend dazu beschäftigt sich der Beitrag aus Tunesien mit dem Wiederaufsteigen faschistischer und reaktionärster politischer Parteien und Strömungen und dem Zusammenhang mit der Krise des Kapitalismus. Die Folgen der Krise und der Militarisierung, wie sie sich konkret für die Völker darstellen, werden u.a. in dem Artikel aus Burkina Faso angeprangert. Er beschäftigt sich mit dem katastrophalen Bildungssystem im Land und der Destabilisierung Burkina Fasos durch verschiedene Terrorgruppen, die von imperialistischen Mächten genutzt werden, um Zugriff auf die Ressourcen des Landes zu erhalten.

Sehr grundsätzlich wird in dem Beitrag aus der

Türkei die Entwicklung Chinas seit der antiimperialistischen Revolution von 1949 analysiert. Dabei wird auf die Verwirrungen vieler linker, opportunistischer Kräfte eingegangen, die unabhängig von den konkreten Klassenverhältnissen dem heutigen China eine progressive Mission andichten wollen. In weiteren Beiträgen wird der Kampf der Arbeiterklasse und der Völker gegen die Angriffe auf ihre Löhne, Arbeitsplätze und sozialen Rechte analysiert, die sich als Folge der Krise sowie der Militarisierung und Aufrüstung weltweit verschärfen, aber auch zu einem Ansteigen des Kampfes führen. So werden die verschiedenen Aspekte der aktuellen Entwicklung des Imperialismus untersucht und eingeordnet. Angesichts der Verwirrung mancher linker Kräfte und des ansteigenden Klassenkampfes ist eine solche Orientierung dringend nötig. So hat diese Ausgabe von „Einheit & Kampf“ einen großen Nutzen, wenn wir es verstehen, diese Analysen mit unserem alltäglichen Kampf verbinden und so eine klare Orientierung haben.

**ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS**

# BRASILIEN

## Der Kampf gegen den Opportunismus in der Arbeiterbewegung

von Luiz Falcão

Obwohl in Brasilien kein faschistisches Regime existiert, sondern eine bürgerliche Demokratie – also Demokratie für eine Minderheit und formale demokratische Rechte für die Mehrheit der Bevölkerung –, haben mehrere als links geltende Parteien die Propaganda des Sozialismus innerhalb der Arbeiterbewegung aufgegeben. Tatsächlich beschränken sich Gewerkschaften und „sozialistische“ Parteien, selbst in der aktuellen Situation relativer politischer Freiheit, anstatt die Mobilisierung der Arbeiter zu intensivieren, das kapitalistische System anzuprangern und revolutionäre Ideen zu verbreiten, auf Besprechungen mit Arbeitgebern, die Teilnahme an Branchenvertretungen und das Erzielen von Vereinbarungen ohne Streiks. Sie verteidigen das Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft, verhandeln über Abfindungsprogramme bei freiwilligen Kündigungen und die Lüge der Gewinnbeteiligung. In Wirklichkeit leitet eine wahre Arbeiteraristokratie die meisten Gewerkschaften des Landes, was letztlich den Fortschritt von Kämpfen und Streiks innerhalb der Arbeiterbewegung verhindert. Diese von Opportunismus geprägte Situation ist nichts Neues, aber sie hat sich

seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zugesetzt und konkretisiert.

Die für diese Politik der Bremsung der Kämpfe der Arbeiter verantwortlichen Parteien und Organisationen – PT, PCdoB, PSOL, PCB, MST und andere – rechtfertigen ihr Nichthandeln damit, dass die Arbeiter kein Interesse am Sozialismus hätten und nur ihre Arbeitsplätze behalten wollten; sie behaupten beinahe, dass die Arbeiter gerne Sklaven ihrer Bosse seien. Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne sind jedoch keine göttlichen Fügungen, sondern Folgen des kapitalistischen Systems. Immer wenn ein Bourgeois es für vorteilhaft hält, eine neue Maschine zu kaufen und damit Arbeiter zu ersetzen, tut er dies. Will der Arbeiter also seinen Arbeitsplatz behalten, muss er für das Ende des Kapitalismus kämpfen und darf sein Schicksal nicht dem Boss überlassen. Zudem führt jede Lohnerhöhung zu Preisanpassungen bei den wichtigsten Konsumgütern. Was der Boss gezwungen war, mit der einen Hand zu gewähren, nimmt ein anderer Unternehmer den Arbeitern wieder weg. Daher muss die Arbeiterklasse den politischen

Kampf führen, den Kampf für den Sozialismus. Die modernen Reformisten sind so heuchlerisch, dass sie die Überparteilichkeit unter den Arbeitern predigen, aber selbst die Arbeiterpartei gegründet haben; erinnern wir uns an die Geschichte:

*„Die Partei der Arbeiter (PT) war zu Beginn ihrer Entwicklung (in den 1980er Jahren) stark klassenorientiert: ihr Bezugspunkt war die Arbeiterklasse als Zentrum eines Projekts zur Transformation der Gesellschaft. Im Wahlkampf um die Gouverneurswahlen 1982 lautete der Slogan der neuen Partei „eine Partei ohne Bosse“ sowie ihr Motto „Arbeiter wählen Arbeiter“. Die Partei sprach zwar von Sozialismus, hielt aber Distanz zur europäischen Sozialdemokratie und zu kommunistischen Parteien.“ (Vito Giannotti. Geschichte der Arbeiterkämpfe. NPC)*

### **Der Verrat der Partei der Arbeiter (PT)**

Ende des 20. Jahrhunderts gab die Partei der Arbeiter (PT) diese Positionen auf, wurde mehr und mehr zu einer Partei nach dem Geschmack der Unternehmer und begann die Idee zu verteidigen, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter am besten durch die Verbesserung des Kapitalismus erreicht werden könne. Statt einer Partei ohne Bosse begann sie, Großunternehmer in ihren Reihen aufzunehmen und sich bei Wahlen mit bürgerlichen Politikern und Parteien zu verbünden. Um den Kapitalisten zu zeigen, dass ihre neue Politik nicht nur Show war, priorisierten der zentrale Gewerkschaftsbund (CUT) und seine Gewerkschaften Vereinbarungen mit den Arbeitgebern gegenüber Streiks. Ein weiterer großer Dienst der PT an das kapitalistische System war die Vernachlässigung der Basisarbeit in den Fabriken, den städtischen Peripherien und unter den landlosen Bauern. Führungspersönlichkeiten aus Arbeiter-, Bauern- und sozialen Bewegungen wurden zu Funktionären öffentlicher Behörden oder Direktoren von NGOs.

Es dauerte nicht lange, bis die Kommunistische Partei von Brasilien (PCdoB), stets der bürgerlichen Ideologie unterworfen und auf Posten in den Regierungen der PT aus, sich dieser Politik anschloss und Vereinbarungen mit Arbeitgebern bevorzugte anstelle von Arbeitskämpfen und Streiks. Da jede Kraft der Aktion eine Kraft der Reaktion hervorruft, sehen sich die opportunistischen Führer mit dem Vormarsch

der extremen Rechten in Arbeiterregionen, die zuvor eine große Wählerbasis der Arbeiterpartei hatten, konfrontiert. Anstatt ihre reformistische Politik selbstkritisch zu hinterfragen, flehen sie nun um göttliche Hilfe. Sie würden den Arbeitern einen größeren Dienst erweisen, wenn sie Lenins weise Worte ernsthaft reflektieren würden:

*„Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen), wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassen-gegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann“ (W. I. Lenin. Was tun?)*

### **Die aktuelle Situation der Arbeiterbewegung**

Diese opportunistische Politik hat zur gegenwärtigen Verwirrung und Unentschlossenheit in der brasilianischen Arbeiterbewegung geführt. Selbst die Propaganda kleiner Kreise des wissenschaftlichen Sozialismus ist mittlerweile spärlich, der wirtschaftliche Kampf ist beschränkt und findet nur noch in den Branchen mit einer größeren kämpferischen Tradition statt – und selbst dort ohne große Begeisterung. Zwei Tatsachen verdeutlichen den Ernst der Lage: In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts gab es einen drastischen Rückgang wirtschaftlicher Streiks, und die Gewerkschaftsverbände haben den 1. Mai in Musikveranstaltungen mit Autoverlosungen ohne Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung verwandelt.

Manche Organisationen rechtfertigen diese Unbeweglichkeit indem sie behaupten, dass die Arbeiterklasse geschrumpft sei und die Arbeiter nicht mehr die Stärke des 20. Jahrhunderts besäßen. Nun, Brasilien hat heute Millionen von Arbeitern; 1917 waren es weniger als 300.000, aber diese organisierten damals einen Generalstreik zur Verkürzung des Arbeitstages, der das ganze Land mobilisierte. Gestern wie heute gilt nur eine Wahrheit: Industrie, moderne Landwirtschaft, Transport und Handel sind Räder eines riesigen Mechanismus – und dieser gesamte Mechanismus wird von Arbeitern angetrieben.

Der Rückzug der Arbeiterbewegung hat nichts mit der Anzahl der Arbeiter oder einem angeblichen „Desinteresse“ der Arbeiterklasse zu tun. Beweis dafür sind die Streiks in verschiedenen Branchen und die landesweite Mobilisierung gegen das Arbeitsregime der

6-Tage-Woche. Es wird versucht zu verschleiern, dass die Hauptursache dieses Rückschlags die Hegemonie des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung und der Verrat der Pseudosozialisten sind. Fakt ist: Der bürgerliche Staat ist ein Herrschaftsorgan der Kapitalistenklasse über die Gesellschaft. In einem solchen Staat sind die Regierungen Manager oder Führungskräfte der Kapitalistenklasse. Da die Quelle des Profits stets die Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, ist es für die Bourgeoisie von grundlegender Bedeutung, die Löhne niedrig zu halten und die Arbeitszeit zu verlängern.

Wie W. I. Lenin in „Der Imperialismus als Endstadium des Kapitalismus“ darlegte:

„Dadurch, dass die Kapitalisten eines Industriezweiges [...] hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter, zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie [...] zu ziehen.“

Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie verwendet einen kleinen Teil ihrer Gewinne, um die Führung von Gewerkschaften und linken Parteien zu korrumpern und deren Wahlkämpfe zu finanzieren.

Schauen wir uns also an, wie die Regierungen der PT zur Schwächung der Arbeiterbewegung und zum Nutzen der Kapitalistenklasse beigetragen haben:

„Die erste Regierung von Lula da Silva besetzte etwa die Hälfte der Führungspositionen und Beratungsstellen – insgesamt rund 1.305 Stellen – mit Gewerkschaftern, die ein jährliches Budget von über 200 Milliarden Reais kontrollierten. Darauf hinaus wurden strategische Positionen in den Pensionsfonds staatlicher Unternehmen von Gewerkschaftsführern besetzt. Einige von ihnen übernahmen hochrangige Positionen in staatlichen Unternehmen wie Petrobras und Furnas Centrais Elétricas und waren zudem im Verwaltungsrat der Nationalen Bank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (BNDES) vertreten. Die Bundesregierung förderte außerdem eine Gewerkschaftsreform, die die brasilianischen gewerkschaftlichen Dachverbände für diese Organisationen offiziell anerkannte. Insgesamt stieg die brasilianische Gewerkschaftsbewegung zu einem strategischen Akteur im Hinblick auf kapitalistische Investitionen

im Land auf.

Die jüngste Entwicklung der Bankgewerkschaft von São Paulo veranschaulicht diesen Prozess perfekt. Wie viele Gewerkschaften, die dem Gewerkschaftsbund CUT angehören, schloss sich die Bankgewerkschaft von São Paulo von Anfang an der Regierung von Lula da Silva an. Man kann sogar sagen, dass die Führung der Bankgewerkschaft von São Paulo das wichtigste Bindeglied in dem von Lula da Silva geschmiedeten Bündnis zwischen der Gewerkschaftsbürokratie der PT und dem Finanzkapital war. Tatsächlich bildeten die Teile der Gewerkschaftsbürokratie, die die Verwaltung von Pensions- und Gehaltsfonds übernahmen, das Fundament dieses Paktes. Die Bankgewerkschaft von São Paulo stellte die politischen Akteure für dieses Vorhaben. Während die Gewerkschafter, die aus den Reihen der Metallarbeitergewerkschaft ABCD (Großraum São Paulo) hervorgegangen sind, mit Arbeitsmarktpolitik beschäftigt waren und Luiz Marinho seinen Sitz im Arbeitsministerium einnahm, konzentrierten sich Gewerkschaftsführer aus São Paulo wie Gilmar Carneiro, Luiz Gushiken, Ricardo Berzoini und Sérgio Rosa auf den Finanzmarkt und übernahmen das Kommando über den Pensionsfonds für Mitarbeiter der Banco do Brasil (Previ), der Petrobras (Petros) und der Caixa Econômica Federal (Funcef).

In ihrer Funktion als institutionelle Investoren liegt das Hauptaugenmerk dieser Gewerkschaftergruppe auf der Liquidität und Rentabilität der Finanzanlagen der Fonds. Viele argumentierten, dass die Fonds neben der Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen für die Arbeiter auch eine wichtige Rolle bei der Auswahl ökologisch nachhaltiger Investitionen spielen würden. Im Gegenteil: Brasilianische Pensionsfonds haben sich bei Fusionen und Übernahmen von Unternehmen im Land als strategisches Instrument erwiesen und finanzieren so die Oligopolisierung der Wirtschaft. Dies führt zu einer Verschärfung der Arbeitsbelastung, einer Schwächung der Verhandlungsmacht der Arbeiter und einem Abbau der Verwaltungsbereiche der Unternehmen. Hinzu kommt die zunehmende Beteiligung an fragwürdigen Infrastrukturprojekten wie der Belo-Monte-Anlage, die eine der Hauptorgane brasilianischer Umweltschützer darstellt.

Diese Hilfsfunktion kapitalistischer Investitionen röhrt von der peripheren Natur der brasilianischen Wirtschaftsstruktur her: Da die private Sparquote historisch niedrig ist, ist der Staat gezwungen,

*Partnerschaften mit ausländischem Kapital einzugehen oder sich zu verschulden, um das Problem kapitalistischer Investitionen im Land zu lösen.“ (Ruy Braga. Die Entstehung des postfordistischen Prekariats in Brasilien. Reichtum und Elend der Arbeit in Brasilien III. Editora Boitempo)*

Neben Luiz Marinho (ehemaliger Präsident der ABC-Metallarbeitergewerkschaft und der CUT) gehörten zu den anderen ehemaligen Gewerkschaftsführern, die in den Regierungen der PT das Arbeitsministerium innehatten: Jacques Wagner (Gewerkschaft der petrochemischen Industrie - Bahia); Ricardo Berzoini (Bankarbeitergewerkschaft - São Paulo); und Miguel Rossetto (Metallarbeitergewerkschaft von São Leopoldo - Rio Grande do Sul).

Nun, ein Jahrhundert bevor solche Ereignisse in unserem Land eintraten, schrieb W. I. Lenin:

*„Auf der geschilderten ökonomischen Grundlage haben die politischen Institutionen des neusten Kapitalismus – Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. – die den ökonomischen Privilegien und Almosen entsprechenden politischen Privilegien und Almosen für die respektvollen, braven, reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen. Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der „soliden“ legalen Zeitungen oder in den Vorständen der nicht weniger soliden und „bürgerlich-folgsamen“ Arbeiterverbände – damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der „bürgerlichen Arbeiterparteien.“ (W. I. Lenin, Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus)*

Dies erklärt, warum die jetzige Regierung Lula – trotz all ihrer Wahlversprechen – nichts unternommen hat, um die während der reaktionären Regierung von Michel Temer beschlossene Arbeitsmarktreform rückgängig zu machen.

## Ein Überblick über die Streiks in Brasilien

Wenn wir die Situation in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts analysieren, in einer Zeit, als die PT 14 Jahre lang das Land regierte, so zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Streikzahlen im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Proletariat und Bourgeoisie

geprägt waren. Betrachten wir die Streiksituation der letzten 24 Jahre:

### Anzahl der Streiks pro Jahr (2001 – 2024)

2001 – 406	2017 – 1.568
2002 – 298	2018 – 1.453
2003 – 340	2019 – 1.118
2004 – 302	2020 – 640
2005 – 299	2021 – 721
2006 – 320	2022 – 1.067
2007 – 316	2023 – 1.132
2008 – 411	2024 – 880
2009 – 518	
2010 – 445	
2011 – 555	* Die Jahre 2014 und 2015 sind Schätzungen des DIEESE (Intergewerkschaftliches Department für Statistik und Sozioökonomische Studien). Quelle: <a href="http://www.dieese.org.br">www.dieese.org.br</a>
2012 – 879	
2014 – 2.085*	
2015 – 1.996**	
2016 – 2.114	

Wir konnten somit verifizieren, dass die Zahl der Streiks während der zwei ersten Amtszeiten von Lula (PT) 2003–2011 drastisch zurückging. Während der Amtszeiten von Dilma (PT) 2009–2016 kam es erst in den letzten Jahren ihrer zweiten Amtszeit zu einem Anstieg der Streiks. Dieser Zeitraum fällt mit großen Straßendemonstrationen und wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den neoliberalen Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung nach den Wahlen 2014 zusammen. Im Jahr 2016, dem Jahr des vom Oberkommando der Streitkräfte unterstützten Parlamentsputsches, der die Amtsenthebung von Dilma Rousseff und die Ernennung von Vizepräsident Michel Temer zum Präsidenten zur Folge hatte, fanden 2.114 Streiks statt.

Es wird daher klar, dass die Regierungen der PT weder zum Anstieg von Arbeiterkämpfen noch zur Zunahme von Streiks beigetragen haben. Im Gegenteil, sie waren maßgeblich an der Reduzierung der Arbeiterstreiks im Land beteiligt. In den Jahren 2016 bis 2019, den Regierungsjahren der MDB, gab es jährlich über 1.000 Streiks. 2020 und 2021 waren die Jahre der Covid-19-Pandemie, in der aufgrund der obskuren Politik der faschistischen Regierung mehr als 700.000 Brasilianer ihr Leben verloren. 2024 stieg die Zahl der Streiks wieder an, blieb aber noch unter dem Niveau vorangegangener Jahre.

## Gewerkschaftsbund CUT: Vom Klassenkampf zur Klassenversöhnung

Mehrere Ereignisse in der Geschichte des Gewerkschaftsbunds CUT (Central Única dos Trabalhadores) tragen zum Verständnis bei, warum der Gewerkschaftsbund der PT aufhörte, Gewerkschaften zu Streiks aufzurufen. Hier der Bericht von Vito Giannotti, einem Arbeiter, der eine wichtige Rolle bei der Gründung der CUT spielte und Gründer des Kommunikationszentrums Piratininga (NPC) war, über den 4. und 5. Kongress der CUT:

*„Im September 1991 hielt die CUT ihren 4. Kongress in Anhembí, São Paulo, ab. Die internen Auseinandersetzungen verschärften sich. Hauptthema der politischen Diskussion, das den Kongress spaltete, war der Gesellschaftspakt. Mit der Einladung der Bundesregierung, vertreten durch die Wirtschaftsministerin, an den Verhandlungstisch, prallten zwei gegensätzliche Positionen aufeinander. Die erste verteidigte die „nationale Verständigung“ als proaktive Haltung, ohne dabei die Mobilisierung zu vergessen. Die zweite forderte die Mobilisierung für eine direkte Konfrontation mit der Bourgeoisie durch einen Generalstreik.“*

Und:

*„Im Mai 1994 hielt die CUT ihren 5. Kongress ab, und Vicente Paulo da Silva, genannt Vicentinho, löste Jair Meneghelli ab. Innerhalb des zentralen Gewerkschaftsbunds verstärkte sich der Trend zur Umwandlung der Gewerkschaften in „Bürgergewerkschaften“, als Kontrapunkt zum „alten“ Gewerkschaftswesen der Konfrontation und des Klassenkampfes. 1996 lag die durchschnittliche Streikzahl bei 11 pro Monat, 1999 bei 46 pro Monat. Innerhalb der CUT wurden die Diskussionen hitziger und polarisierter. Manche führten den Rückgang der Streiks nicht auf äußere Faktoren zurück, sondern auf die neue politische Position des Gewerkschaftsbunds, die Verhandlung anstelle von Konfrontation bevorzugte.“ (Vito Giannotti, Geschichte der Arbeiterkämpfe)*

Darüber hinaus wandte Präsident Lula (PT) in seiner zweiten Amtszeit dieselbe Methode wie bürgerliche Regierungen an, um Streiks im öffentlichen Dienst zu beenden: die Einbehaltung der Gehälter streikender Arbeiter. Arbeitsminister war Luiz Marinho, der wie Lula früher auch der ABC-Metallarbeitergewerkschaft vorstand. Erinnern wir uns zudem, dass die CUT während der Regierungen der PT nicht nur Ar-

beitsminister, sondern auch Tausende von Gewerkschaftsführern für Bundesämter und die Leitung von Pensionsfonds mit einem verwalteten Vermögen von Milliarden von Reais nominierte.

Um den Verrat der PT und ihrer Arbeiteraristokratie zu verschleiern, behaupten Führungspersönlichkeiten und Intellektuelle der Partei, diese Periode sei durch einen beispiellosen Anstieg des Mindestlohns und einen Rückgang der sozialen Ungleichheit gekennzeichnet gewesen. Aber sie vergessen zu erwähnen, dass der von der Regierung festgelegte Mindestlohn weit unter dem vom DIEESE berechneten zur Tilgung von Lebenskosten erforderlichen Lohn lag. Tatsächlich bleibt die Diskrepanz beispielsweise im Jahr 2025 trotz des realen Lohnanstiegs eklatant: Der aktuelle Mindestlohn beträgt 1.518,00 R\$ (278 US\$), während der vom DIEESE im September berechnete erforderliche Soll-Lohn 7.147,91 R\$ (1.297 US\$) betragen hätte.

Das Proletariat ist jedoch nicht bereit, sich dieser Politik der Beschwichtigung und Klassenversöhnung gegenüber der Bourgeoisie zu unterwerfen. Beweise dafür sind die Streiks der Krankenschwestern für einen nationalen Mindestlohn, der dreimonatige Streik der Beschäftigten an Bundesuniversitäten und -instituten, die Streiks der Busfahrer und Bauarbeiter sowie die Streiks gegen das Arbeitsregime der 6-Tage-Woche. Um den Kampf der Arbeiterklasse wieder aufzunehmen, ist es daher unerlässlich, die opportunistische Politik der Klassenversöhnung zu bekämpfen und vor allem die politische und wirtschaftliche Agitation unter den Arbeitern um ein Vielfaches zu steigern.

Deshalb muss der 7. Kongress der Revolutionären Kommunistischen Partei (PCR) der Debatte über die Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse Priorität einräumen. Dies bedeutet, die Zahl der revolutionären Kommunisten, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzen und täglich und konsequent in Industrie und Gewerkschaften aktiv werden, deutlich zu erhöhen. Es geht darum, die Arbeiterbewegung mit dem Kampf für den Sozialismus zu vereinen, im Bewusstsein, dass das Proletariat nur durch diese Vereinigung seine revolutionäre Rolle erfüllen kann: die Macht zu erobern, die kapitalistische Ausbeutung zu beenden und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

# BURKINA FASO

## Die Krise des Bildungssystems im Kontext der neokolonialen Herrschaft und der Sicherheitskrise in Burkina Faso

Das Schul- und Universitätsjahr 2025-2026 steht vor der Tür und bringt dieselben strukturellen Probleme mit sich wie in den anderen Jahren, insbesondere 2024-2025. Sie spielen sich vor dem Hintergrund der Verschärfung der vielseitigen Krise des imperialistischen kapitalistischen Systems ab. Tatsächlich hat die neoliberalen kapitalistische Ordnung, die den Planeten beherrscht, deutlich ihre Grenzen in ihrer Unfähigkeit gezeigt, eine humanere Welt aufzubauen: Die Zunahme ihrer Kriege in verschiedenen Teilen der Welt zeugt davon: von der Ukraine bis zum Völkermord in Gaza, der vom israelischen, zionistischen Staat mit militärischer und finanzieller Unterstützung der amerikanischen Supermacht und vor allem aus anderen imperialistischen Ländern Europas geführt wird. Die imperialistischen Angriffskriege finden auch in den Ländern der Sahelzone in der Subregion Westafrika, in Zentralafrika und im Sudan statt. Die Völker werden unter der allgemeinen Gleichgültigkeit dieser imperialistischen Mächte massakriert, die viel mehr mit ihren Rivalitäten beschäftigt sind, mit Kämpfen um den Zugang zu und

die Ausbeutung von Rohstoffen und die Eroberung von Märkten. Die alten Mächte (USA, Europäische Union, Japan) wie auch die neuen (China, Russland, Türkei usw.) haben keinerlei Interesse an einer qualitativ hochwertigen Bildung, die den Völkern und der Jugend zugänglich ist.

In den dominierten und abhängigen Ländern, insbesondere in Afrika, ist die Lage durch den Bankrott der Staaten, die Plünderung der Ressourcen mit allen Mitteln, insbesondere durch Konflikte, und die Infragestellung der Grundrechte der Völker, darunter das Recht auf eine hochwertige Bildung für ihre Kinder, gekennzeichnet. In der Sahelzone (Burkina Faso, Mali, Niger) haben sich bewaffnete terroristische Gruppen, die von den imperialistischen Mächten, insbesondere dem französischen Imperialismus, instrumentalisiert wurden, daran gemacht, die wenigen Infrastrukturen zu zerstören, die von den gescheiterten Staaten dieses Raumes übriggeblieben sind. Angesichts dieser katastrophalen Situation entwickeln die Jugend und die Völker einen starken Kampf gegen den Imperialismus, die ausländischen

Militärstützpunkte, die Währungsherrschaft durch den Franc CFA und für eine echte Unabhängigkeit, politische Freiheit sowie wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

In Obervolta, auch Burkina Faso genannt, ist die Lage von einer vielschichtigen Krise geprägt, die das Land seit mehr als zwei Jahrzehnten erschüttert. Diese Krise hat sich mit dem reaktionären Bürgerkrieg verschärft, der unser Volk in eine schreckliche Tragödie gestürzt hat. Es handelt sich also um einen ungerechten Krieg, der vom französischen Imperialismus und seinen Verbündeten aus der reaktionären Bourgeoisie sowie den bewaffneten terroristischen Gruppen, die ihr Instrument sind, aufgezwungen wurde.

Als Nachfolger der Regime, die nach dem Volksaufstand vom Oktober 2014 an die Macht kamen, insbesondere des Staatsstreichs von Oberstleutnant Zida, das aus dem bürgerlichen Wahlkampf von Marc Christian Kaboré, der Militärputsch von Oberstleutnant Paul Henri Sandaogo Damiba, die MPSR 2 („Bewegung für den Schutz und die Wiederherstellung“) von Hauptmann Ibrahim Traoré hat politische Instabilität die politische Bühne erobert. Sie präsentierten sich als Lösung für die schwere Sicherheitskrise des Landes. Angesichts des Bankrots des neokolonialen Staates arbeitet die zutiefst konterrevolutionäre Macht der MPSR 2 unter Verwendung „patriotischer“ Phrasen, List und Lügen eher an der Stärkung des neokolonialen Systems. Zu diesem Zweck sind Kapitän Ibrahim Traoré und seine Anhänger der Ansicht, dass das Volk die Kosten der Krise tragen muss, weshalb drastische Maßnahmen gegen die Freiheitsrechte ergriffen werden und gegen die Kaufkraft der Arbeitnehmer im Besonderen und der Bevölkerung im Allgemeinen. Fast drei Jahre nach dem Antritt des MPSR 2 war die Sicherheitslage noch nie so katastrophal, trotz der Anschaffung von Ausrüstung für die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (FDS) und deren Umstrukturierung. Die Terroranschläge haben sowohl hinsichtlich ihrer Häufigkeit und ihres Ausmaßes als auch hinsichtlich der hohen Zahl der Opfer zugenommen. Sie haben Zehntausende von Todesopfern gefordert, sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch unter den Soldaten und den Freiwilligen zur Verteidigung des Vaterlandes (VDP); nach einigen Quellen sind

11.000 unter der Regierung der MPSR 2 von Kapitän Ibrahim Traoré getötet worden. Massaker an wehrlosen Bevölkerungsgruppen sind an der Tagesordnung.

Zu den zahlreichen Massakern gehört das Blutbad von Barsalogo im „Centre nord“ (einigen Quellen zufolge an einem Tag 300 Tote unter der Zivilbevölkerung), das auf Anweisung von Kapitän Ibrahim Traoré selbst erfolgte, um ohne jeglichen Schutz in einem unsicheren Gebiet Verstecke auszuheben. Nach eigenen Angaben der Behörden entzieht sich ein Drittel des Staatsgebiets der Kontrolle der Zentralregierung. Dieses katastrophale Ergebnis zeigt sich, während die MPSR 2 unter dem Vorwand der Kriegsanstrengungen, die Ressourcen des Staates schont und die arbeitende Bevölkerung belasten, insbesondere die Arbeiter mit zahlreichen Steuern und Abgaben belastet. Diese dramatische Situation hat Auswirkungen auf das Bildungssystem, das aufgrund der neokolonialen imperialistischen Vorherrschaft eine tiefe strukturelle Krise durchlebt.

### **Die Krise des Bildungssystems im Kontext der Sicherheitskrise**

In diesem Chaos hat das Schulwesen enorme Schäden erlitten, zahlreiche Schulen wurden geschlossen, mehr als eine Million Schüler sind vom Bildungssystem ausgeschlossen. Tausende Kinder im schulpflichtigen Alter haben aufgrund der Unsicherheit kein Recht auf Bildung. Die Regionen im Osten, des Sahel, im Norden und in der „Boucle du Mouhoun“ (einer der 17 Verwaltungsbezirke Burkina Fasos) sind besonders betroffen. So sind im Osten im August 2024

von insgesamt 299 Einrichtungen nur 123 funktionsfähig und 176 geschlossen. Darüber hinaus wird dieser Minimalbetrieb durch den Einsatz von „Gemeinde“-Lehrern sowohl in der Grundschule als auch in der Sekundarstufe für geringe Vergütung (weniger als 200 Euro monatlich in der Grundschule, zahlbar von Oktober bis Mai, etwa 4 Euro pro Stunde in der weiterführenden Schule und im Sekundarbereich) beschäftigt werden. Diese Vergütungen sind nicht nur gering, sondern werden auch nicht regelmäßig gezahlt.

Viele Kinder sind, da sie keine Verbindung mehr zur Schule haben, zu einer leichten Beute für die Rekrutierung bewaffneter terroristischer Gruppen geworden. Was die intern vertriebenen Schüler betrifft, die mit ihren Eltern aus ihren Heimatorten fliehen mussten, so gelingt es nicht allen, sich wieder einzuschreiben. Und ein Großteil derjenigen, denen dies gelingt, muss die Schule abbrechen, weil sie sich den Schulbesuch nicht leisten können

Der Zugang zu Bildung bleibt eine große Herausforderung. Während Tausende von Schulen zu Beginn dieses Schul- und Studienjahres geschlossen bleiben und Tausende von intern vertriebenen Schülern in großen Zentren wie der Hauptstadt Ouagadougou leben, bleibt das Lycée Zinda fast drei Jahre nach der Machtübernahme durch die MPSR 2 geschlossen. Tausende von Schulplätzen wurden von den neokolonialen Mächten und in ihrem Gefolge von der MPSR 2 aus dem Bildungsangebot gestrichen. Dieser Fall ist symbolisch für die geringe Bedeutung, die die neokolonialen Mächte der Bildung beimessen. In dem Bestreben, ihr Versagen in diesem Bereich zu verschleiern, hat die MPSR.2 von Hauptmann Ibrahim Traoré die Veröffentlichung von Berichten, die regelmäßig vom Technischen Sekretariat für Bildung in Notsituationen (ST-ESU) veröffentlicht werden, ausgesetzt. Sein letzter Bericht vom Ende März 2024 listet 6634 geschlossene Einrichtungen auf, was 23,90 % der Bildungseinrichtungen entspricht. Außerhalb der Zentralregion sind alle Regionen des Landes von der Schließung von Bildungseinrichtungen, also 1.089.732 Schüler und 32.232 Lehrer, von dieser Situation betroffen. Zu diesem düsteren Bild kommen noch die schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrkräfte hinzu. Etwa zwanzig Mitarbeiter im Bildungs- und Forschungswesen haben im Kampf gegen die Unwissenheit aufgrund der Aktionen bewaffneter terroristischer Gruppen ihr Leben verloren. Andere können keine Versetzung erhalten, um Gebiete mit hohen Sicherheitsrisiken zu verlassen, und sitzen monatelang fest, ohne die Möglichkeit, ihre Familien zu sehen.

Darüber hinaus wird das bereits angeschlagene Bildungssystem durch Maßnahmen zur Kürzung der ohnehin schon unzureichenden Ressourcen zusätzlich belastet. So fanden beispielsweise im vergangenen Schuljahr keine pädagogischen Konferenzen

der Lehrkräfte statt. Die Durchführung der pädagogischen Konferenzen für das neue Jahr ist stark gefährdet. Was die Forschung betrifft, kann der Anteil des nationalen Haushalts nicht einmal den Betrieb der Forschungseinrichtung, des Centre National de Recherche Scientifique et Technique (CNRST) gewährleisten.

Mit der Verlagerung von Einrichtungen nach den Terroranschlägen und der Einschreibung von intern vertriebenen Schülern in die aufnehmenden Einrichtungen hat sich das Phänomen der überfüllten Klassen verallgemeinert und verstärkt. Ebenso haben sich die Lebens- und Lernbedingungen der Schüler in diesen Einrichtungen erheblich verschlechtert, da sie sich selbst überlassen sind und keine angemessene Unterstützung durch den Staat erhalten.

Es ist unbestreitbar, dass die institutionelle Instabilität infolge der neokolonialen Machtverhältnisse den Aufbau eines Bildungssystems unmöglich macht, das den Analphabetismus beseitigen und eine wissenschaftliche und demokratische Kultur für die Entwicklung etablieren könnte.

Anstatt die Ursachen anzugehen, ist das MPSR 2 eher darauf bedacht, diese Situation für politische Zwecke auszunutzen; dies zeigt sich in den bürokratischen und oberflächlichen Entscheidungen, die vorgeben, den Rückstand im Bildungswesen aufzuholen. Der MPSR 2 verliert kein Wort über die strukturellen Ursachen dieser akademischen Rückstände, die ihren Ursprung in den aufeinanderfolgenden Reformen haben, die sich aus dem Strukturanpassungsprogramm (SAP) der Weltbank und des IWF, der Anwendung des LMD-Systems, der unzureichenden Infrastruktur und pädagogischen Ausrüstung, des Personalmangels, der schlechten Verwaltung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen und der schwachen Internetverbindung an den Universitäten trotz ihrer Bedeutung für die Vermittlung von akademisch-wissenschaftlichem Wissen.

Die der MPSR 2-Regierung, die auf der Welle der antiimperialistischen Bewegung reitet, kann die grundlegenden Probleme im Bildungswesen nicht lösen. Für die internationalen Finanzinstitutionen ist Bildung kein vorrangiger Sektor. Vorrang haben vor allem Bereiche, die die Stärkung der imperialis-

tischen-kapitalistischen Herrschaft und die Ausbeutung des kapitalistischen Mehrwerts ermöglichen, also Bereiche, die die Rückzahlung der Schulden ermöglichen und auch die Umsetzung der Leitlinien der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds im Bildungsbereich. Ein Beispiel dafür ist die gewaltsame Einführung des LMD-Systems (Lizenz-Master-Doctorat) mit der unterwürfigen Unterstützung der verschiedenen neokolonialen Mächte, die trotz des Widerstands von Studenten, Lehrern und informierten Eltern von Studenten nacheinander zur Anwendung kamen. Dies kann die Krise des Bildungssystems nur verschärfen. Die Folgen sind unter anderem Überschneidung von Jahrgängen, übermäßige Selektion und der Abbruch des Studiums durch Tausende von jungen Menschen. Folglich kann das MPSR 2 kein anderes Bildungs- und Forschungssystem vorantreiben als das der vorherigen Regime.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas (PCRV) ruft die Arbeiterklasse, das Volk und die Jugend dazu auf, sich ihr in einer breiten Bewegung

der Einheit des Volkes für einen revolutionären Wandel anzuschließen, als Alternative zur Krise des imperialistischen Systems, das reaktionäre Kriege und die Plünderung nationaler Ressourcen verursacht. Die gerechten Kämpfe unseres Volkes für die Erlangung einer echten Unabhängigkeit des Landes und für wirtschaftliche und soziale Fortschritte unter der Führung der PCRV müssen verstärkt werden. Die Verwirklichung der Nationalen Demokratischen und Volksrevolution durch den allgemeinen bewaffneten Aufstand (IGA) wird die Errichtung einer demokratischen und modernen Republik, die Umsetzung eines politischen Programms für Bildung, um den Analphabetismus zu beseitigen und die obligatorische und kostenlose Schulbildung für alle bis zum Alter von 16 Jahren zu realisieren, das Sammeln und Zentralisieren des kollektiven Bildungsstandes für die Entwicklung einer wissenschaftlichen, demokratischen und Volkskultur, um den Weg für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie zu ebnen.

## **REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS**

### Anmerkung (d. Übers.):

Seit dem Staatsstreich vom Januar 2022 ist die Verfassung außer Kraft gesetzt, der Präsident und die Regierung sind abgesetzt. Seit September 2022 ist Ibrahim Traoré, Chef der Junta und des „Mouvement patriotique pour la sauvegarde et la restauration“ (MPRS 2), Staatsoberhaupt.

# DÄNEMARK

## Die Sache des Sozialismus und die Partei, die ihn verteidigt

Dieser Artikel ist eine Erklärung der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks (APK), beschlossen auf dem 10. Kongress, welcher im September 2024 stattfand. Auch wenn die Beschreibung des Kapitalismus und seiner Widersprüche in diesem Artikel trivial erscheinen, drucken wir ihn ab, um einerseits die erneuten Bemühungen zu veranschaulichen, den Sozialismus in der eigenen Parteiarbeit zu stärken, und um andererseits einen Einblick in revisionistische und reformistische Gruppen in Dänemark zu geben. Die Flagge des Sozialismus zu schwenken ist nicht neu für uns - das war seit unserer Gründung Teil der Partei, was man sowohl am Parteiprogramm: „Manifest für ein Sozialistisches Dänemark“ vom Gründungskongress erkennen kann, als auch daran, dass die APK seit ihrem Gründungskongress 2000 ein Mitglied der IKMLPO ist.

Darum soll der folgende Text eher als eine neue Verpflichtung zum Parteiprogramm und zur IKMLPO gelesen werden, gemeinsam mit der Aufgabe, die Stellung des Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus zu verbessern, und als wirklicher Widerspruch zu den Schrecken des Kapitalismus in den vielen Bereichen des Klassenkampfes.

Seit dem 10. Kongress der Kommunistischen Arbeiterpartei Mitte 2024 haben wir den Sozialismus als Lösung zu den ganz klar unlösablen Krisen, die der Kapitalismus erzeugte und in denen er sich gerade wiederfindet, aufgezeigt.

Sozialismus ist dabei die Gesellschaftsform, in der die Profite, Mechanismen und Rückschläge der Marktwirtschaft nicht mehr ihre Entwicklung bestimmen. Und er ist die Gesellschaftsform, in der eine Welt durch menschlichen Willen und gemeinsamer Kraft geschaffen werden kann. Sozialismus ist die Gesellschaftsform, in der die Arbeiterklasse die Staatsmacht ergriffen hat und unsere Gesellschaft in die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, führt.

Kapitalismus ist ein wandelndes Ungeheuer, das Armut, Arbeitslosigkeit, Kürzungen und Reallohnsenkungen, Krieg, Besatzung, Verfolgung, Umweltverschmutzung und Klimawandel mit sich bringt. Er schafft eine verrottete Schicht an Politikern, Büro-

kratie, Diskriminierung, Repressionen und allgemeinen Verschlechterungen der Krise des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse muss dabei sowohl allgemein den Preis für die Krise des Kapitalismus zahlen als auch den Preis der vielen aktuellen Einzelkrisen, wie auch die kommende Generationen von Arbeitern und der arbeitenden Bevölkerung weiterzahlen müssen bis der Kapitalismus abgeschafft wird.

Der Sozialismus wird oft durch jene Gruppen, Persönlichkeiten und der Bourgeoisie kritisiert, verleumdet und verschmutzt, die im Kapitalismus herrschen und die weder irgendein gesellschaftliches Problem lösen wollen noch es können. Stattdessen verfolgen sie einen Weg, von dem nur eine kleine Elite profitiert. Das sind Lügen, die ans Licht kommen, wenn die Bourgeoisie und ihre Diener den Sozialismus beschreiben, Lügen, die darauf abzielen, die offensichtlichen Mängel und die katastrophale Entwicklung ihres eigenen Sozialsystems zu verschleiern.

Parallel zu diesem offenen Kampf gegen den Sozialismus werden Ideen von verschiedenen Versionen des Sozialismus und des Übergangs zu ihm geschaffen und verbreitet. Das sind Ideen der reformistischen und revisionistischen Parteien, die die Revolution und die Arbeiterklasse verleugnen. Auch gibt es Erzählungen von Sozialismus in einem imperialistischen China. In Wahrheit bietet China eine Neuauflistung der imperialistischen Beute aus den Händen einer imperialistischen Macht in die einer anderen. Aber es wird weiterhin die Arbeiterklasse sein, die den Wert schafft, der ihr gestohlen wird.

Es gibt heute keine sozialistischen Länder mehr auf der Welt, keine Länder, die auf dem wissenschaftlichen Sozialismus – dem Marxismus-Leninismus – basieren oder sich mindestens dazu bekennen, keine Länder, in denen die Arbeiterklasse an der Macht ist oder in denen die Produktionsmittel unter der Kontrolle der Arbeiterklasse zentralisiert sind, keine Länder, in denen die eine oder andere offiziell sozialistische Politik auf dem realen Sozialismus basiert. Es gibt Länder auf der Welt, in denen sogenannte sozialistische Regierungen ihre Regierungsgebäude und Ämter (usw.) mit wehenden roten Fahnen schmücken, aber der wehende Wind sagt mehr aus als ihre schwungvolle Beschwörung des Sozialismus.

Wir betonen unsere Solidarität mit den Völkern aller Länder, die durch die Macht des Imperialismus bedroht werden. Wir lehnen in jeder Hinsicht die Ansicht ab, dass die Imperialisten in irgendeinem Land imperialistische Kriege und Invasionen führen können oder werden, um das Leben der Bevölkerung zu verbessern. Wir stehen solidarisch mit der weltweiten Arbeiterklasse und unterstützen sie im Kampf gegen jede imperialistische Aggression.

Wir stehen für Verbesserung der Lebensbedingungen, die die dänische Arbeiterklasse und Bevölkerung jahrzehntelang erkämpfte, und wir stärken den Kampf für die Forderungen der Arbeiterklasse, während wir gegen die dänische kapitalistische Staatsmacht kämpfen und für die Revolution und die Herrschaft der Arbeiterklasse arbeiten.

Wir lehnen auch die Märchen ab, die behaupten, dass diese oder jene technischen oder wissenschaftlichen Fortschritte die Mechanismen und Auswirkungen der Marktwirtschaft überwinden könnten. Auch diese Fortschritte können nicht die Boshaftheit des Kapitalismus abschaffen. Hinzu kommt, dass das wahre Potential dieser technischen und wissenschaftlichen Fortschritte überhaupt erst entfesselt werden können, wenn sie für einen Staat der Arbeiterklasse genutzt werden und für die Interessen der Mehrheit eingesetzt werden können und nicht – wie es aktuell der Fall ist – nur ein weiteres Marktprodukt werden, bei dem Profit der Hauptantrieber ist.

Darum führen wir den Kampf für den Sozialismus von unserem 10. Kongress aus weiter entlang des Weges des wissenschaftlichen Sozialismus, welchen wir auf unserem Gründungskongress in unser sozialistisches Programm: „Manifest für ein Sozialistisches Dänemark“ verankert haben, mit den Siegen und Erfahrungen, die wir und die gesamte Arbeiterklasse in dieser Zeit gesammelt haben, und mit den jungen Generationen, die nun neu dazukommen. Zu den sogenannten „Sozialismen“ merken wir an, dass seit dem Gründungskongress unter anderem folgende Dinge passiert sind:

- Die revisionistische und sozialimperialistische Sowjetunion (ungefähr 1956-1991) fällt weiter und weiter in der Zeit zurück und die Strate-

- gie der Bourgeoisie, den Sozialismus für die Taten des Sowjetischen Sozialimperialismus zu beschuldigen, verschwindet zum größten Teil aus dem Weltbild der jüngeren Generationen, und so beseitigt die Zeit diesen falschen Widerspruch, zusammen mit unserer bewussten und fortwährenden Arbeit.
- Der chinesische Sozialimperialismus ist eine große wirtschaftliche und militärische Macht geworden, was manche rückgratlosen selbsternannten Kommunisten dazu verleitet, sich diesen mächtigen Ausdrücken zu klammern um damit einen falschen Widerspruch und eine falsche Erzählung zu bestätigen, während sie völlig außer Acht lassen, dass die neue „Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative) ein Weg für den Imperialismus ist, ein Irrweg und kein Weg zum Sozialismus.
  - Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, wie Chávez‘ Weg genannt wurde, ist bis an den Punkt entlarvt worden, an dem die Revisionisten und die Trotzkisten, welche früher einmal gerne die „Bolivarianische Revolution“ stark als richtigen Weg des Sozialismus betonten, jetzt dieses Boot wieder verlassen. Manche von ihnen wenden sich sogar gegen Venezuela und dessen Volk, vergessen aber, den Weg Chávez‘ abzulehnen, welchen sie selbst als Sozialismus bezeichneten. Unabhängig von unserer Meinung über den proklamierten Sozialismus, stehen wir solidarisch an der Seite des venezuelischen Volkes und lehnen jede imperialistische Einmischung in dem Land ab.

Gleichzeitig können wir zum Dänischen Klassenkampf und die Dänischen politischen Parteien unter anderem Folgendes sagen:

- Die Enhedslisten<sup>1</sup>, welche mit dem Ziel, „die Linke zu den Sozialdemokraten zu rücken“, gegründet wurde, ist nun vollständig in den Block der EU und der NATO aufgegangen und hat die meisten ihrer Mitglieder und Unterstützer dahin mitgezogen. Nach der Unterstützung des Liby-

en-Kriegs, der EU und der NATO ist die Partei ganz offen eine fanatisch kriegstreiberische Partei für die EU geworden, was einen dramatischen Rechtsruck mit sich zieht.

- Die Socialitsisk Folkeparti, SF, entlarvte sich noch weiter, nicht zuletzt durch ihren Kampf gegen die Lehrer und durch ihre konsequente Unterstützung der EU- und NATO-Mitgliedschaft. Der scheinbare Existenzgrund für die SF, „die Sozialdemokratie nach links zu rücken“, muss jetzt ironischerweise voraussetzen, dass die Sozialdemokraten weiter nach rechts rücken, was ihnen zumindest hin und wieder Unterstützung bringt, wenn ein solcher Rechtsruck stattfindet.
- Die Kommunistische Partei schreitet stetig auf Chinas neuer Seidenstraße voran. Andererseits darf man nicht vergessen, dass diese Partei durch ihr unaufhörliches revisionistisches Umherirren zwischen Kuba, Venezuela und China auf der Suche nach dem Sozialismus ihre Schuhsohlen abgenutzt hat. Eine feste Haltung zum Sozialismus einzunehmen, gehört nicht zu ihren Fähigkeiten.
- Die DKP und die KPID sind 30 Jahre nach der Spaltung nun seit kurzem wieder in der DKP vereint und lassen damit vorherige Uneinigkeiten über die Unterstützung der Enhedslisten hinter sich. Diese Partei verteidigt weiterhin den modernen Revisionismus, die Ablehnung der Revolution und hat eine nostalgische Schwäche für Russland, welche sich in den letzten Jahren immer stärker verankerte.

Im Jahr 2024 unterstützten wir in der APK die Kämpfer der Pariser Kommune, der Oktoberrevolution, des Aufbaus des Sozialismus, des Kampfes gegen den Nationalsozialismus, der Befreiungsbewegungen, des Aufstiegs der Volksdemokratien und der albanischen Revolution. Wir glauben an die Stärke und die Fähigkeiten der Arbeiterklasse und setzen uns für die Sache der Revolution und des Sozialismus ein.

Arbeiter aller Länder, vereinigt euch.

## KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)

<sup>1</sup> Die Einheitsliste, eine linksgerichtete reformistische Partei, ähnlich wie „Die Linke“ in Deutschland oder „United Left“ in Spanien (etc.), wenn auch mit einer Tendenz, eher rechtsgerichtet zu sein als diese.

# DEUTSCHLAND

## Aufrüstung und Kriegsvorbereitung! Eine starke Friedensbewegung ist notwendig!

### Was ist los auf der Welt?

Ungeheuer rasch nehmen die Widersprüche zwischen den Großmächten USA, China, Russland, aber auch der EU zu. Insbesondere die USA sind in einem extremen Kampf mit der aufstrebenden kapitalistischen Großmacht China. Hatten die USA 2024 ein BIP von rund 29,2 Billionen US-Dollar, soll es 2025 auf rund 30,5 Billionen US-Dollar steigen, also um ca. 4,2%. Das ist gegenüber früheren Wachstumsraten wenig. Der Konkurrent China wurde jedoch durch Maßnahmen der Biden-Regierung und die aggressive Politik der Trump-Regierung ausgebremst. China soll 2025 bei 19,2 Billionen Dollar stehen und ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr von ca. 2,5% haben. Mit 1,7% Wachstum von 24 auf 25 und einem BIP von 19,7 Billionen US-Dollar ist die EU zwar ökonomisch stark, aber politisch und militärisch abgeschlagen.

Die USA kämpfen mit allen Mitteln darum, ihren Platz als Weltmacht Nr.1 zu behalten. Sie haben jedoch nicht mehr alles unter Kontrolle, dafür ist China als imperialistische Großmacht bereits zu stark

und es arbeitet an Bündnissen wie BRICS oder der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Auch das Projekt „Neue Seidenstraße“ soll China Wege zu einem weiteren Aufstieg verschaffen. In einem Beitrag vom 4.9.25 erklärt der Deutschlandfunk: „...Chinas Dominanz bei Selteneren Erden: 70 Prozent der für Zukunftstechnologien entscheidenden Materialien werden in China gefördert.“ „China wird der maßgebliche Antreiber und das Zentrum des Welthandels werden“, meint Prof. Heilmann (Universität Trier).

Selbst mit dem bisherigen Konkurrenten Indien, das ebenfalls rasch aufsteigt, hat sich China verbunden. Der Deutschlandfunk sagt dazu: „Das sich abzeichnende energiepolitische Dreieck zwischen Russland, China und Indien ist gegen westliche Sanktionen weitgehend immun.“ Und das nicht nur im Energiebereich, sondern auch bei Rohstoffen, Militärtechnik und den neuesten Entwicklungen in der KI.

Heftig hat der Kampf der Großen das deutsche Kapital getroffen. Nach dürftigen Zuwachsraten in den

Jahren davor sank das inflationsbereinigte BIP sowohl 2023 um 0,3% als auch 2024 um 0,2%. Für 2025 wird erneut ein Minus vorhergesagt. Insbesondere der Ukraine-Krieg hat zwar der Rüstungsindustrie große Aufträge und Profite gebracht, aber der übrigen Wirtschaft durch rasant steigende Energiepreise (z.B. teures Fracking-Gas aus den USA) und dem damit verbundenen Verlust an Konkurrenzfähigkeit schweren Schaden zugefügt. Allmählich wachsende Arbeitslosigkeit, Löhne unter der Inflationsrate und erste Kürzungen im Sozialbereich haben zudem den Konsum geschwächt.

Der gegenwärtige Kampf der imperialistischen Giganten USA und China um die Vorherrschaft auf der Welt stärkt kurzfristig vor allem die USA und geht zugleich zu Lasten der EU und des deutschen Imperialismus.

### Die Rolle Deutschlands

Das deutsche Kapital antwortet darauf mit einem aggressiven Aufrüstungskurs und dem Versuch, die EU unter seine Kontrolle zu bringen und zu beherrschen. Dabei wird sehr zielgerichtet vorgegangen, auch wenn nach außen so getan wird, als ob vieles noch nicht klar sei.

Ein Beispiel ist die Wehrpflicht. Offiziell wird nur ein verpflichtender Fragebogen für alle männlichen Jugendlichen und ohne Verpflichtung für Frauen eingeführt. Doch es ist jetzt schon klar, dass die Zahl der Freiwilligen nicht reicht und man schrittweise die Wehrpflicht zunächst für Männer, später für Frauen einführen will. Die neueste Idee ist ein Losverfahren. Da viele Jugendliche den Kriegsdienst nicht wollen, braucht man mehr Zeit für passende Kriegspropaganda. Zudem hat man auch aktuell keine ausreichenden Kapazitäten für die Ausbildung neuer Soldaten. Eine schrittweise Einführung ist daher im Interesse der herrschenden Kriegstreiber. Und man hofft, dass die Bereitschaft als „Held zu sterben“ durch das schrittweise Vorgehen, begleitet von Propaganda gegen den „bösen Feind“ allmählich steigt.

Sowohl als Mittel zur Stärkung seiner Position in Europa ist Aufrüstung für das deutsche Kapital dringend notwendig, als auch als Ausgleich für die Verluste auf dem Weltmarkt wie in der Autoindus-

trie. Statt Autos bauen dann VW, Daimler, Porsche usw. wieder Panzer wie schon im 2. Weltkrieg. Offen strebt Deutschland an, zur militärisch stärksten Macht in Europa zu werden; stärker als Russland. Da Deutschland hinter den USA und China derzeit ökonomisch die Nr.3 auf der Welt ist, könnte es als stärkste Militärmacht in Europa die Führung übernehmen und die anderen europäischen „Partner“ auf seinen Kurs zwingen. Schon lange will der deutsche Imperialismus die EU nutzen, um selbst wieder stark zu werden. Daher klagt er ständig über die „Uneinigkeit“ in der EU. Weil nicht alle Staaten nach seiner Pfeife tanzen, will er die bereits eingeschränkte, lästige Regel, dass alle Mitglieder einstimmig beschließen müssen, immer stärker einschränken. Das würde ihm mehr Macht und Gewicht geben.

Wenn er die EU dominiert und könnte er zu einer Weltmacht wie USA und China werden. Daher fordert der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) in seinem Positionspapier „Gesamtverteidigung stärken“: „Deutschland muss mehr für seine Sicherheit tun.“ Und weiter: „Eine starke Gesamtverteidigung geht dabei weit über das Militärische hinaus: Wirtschaft, Industrie, Forschung und Gesellschaft sind unverzichtbare Pfeiler... Die Industrie übernimmt dabei eine zentrale Rolle“. (S.1) Er fordert mehr „staatliche Investitionen“ in Rüstung. Eine „Trennung von innerer und äußerer Sicherheit sowie von Krieg und Frieden greift unter diesen Bedingungen zu kurz.“ „Deutschland ist gefordert, in Europa Verantwortung zu übernehmen“. (S.2)

Für die Aufrüstung fordern sie „eine insgesamt resilient aufgestellte Zivilgesellschaft...“ (S.5) Die Arbeiter in der Rüstungsindustrie sollen „Widerstandsfähigkeit“ entwickeln, allerdings nicht gegen das Kapital, sondern für Aufrüstungsziele des Kapitals. Sie wollen „einen Mentalitätswandel und ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Risiken und Bedrohungen“. (S.6) „Die Motivation der gesamten Bevölkerung zur Stärkung von Abschreckungsfähigkeit, Verteidigungsbereitschaft und Resilienz zählt zu den zentralen Führungsaufgaben der kommenden Legislaturperiode.“ (S.6)

Ebenso fordern sie staatliche Regelungen, um schneller und effektiver aufzurüsten. Sie fordern, dass der Staat planen und koordinieren soll: Produk-

tionskapazitäten, Absatz, Forschung, Investitionen. Und selbstverständlich soll er auch Unmengen Geld bereitstellen. Staatliche Planung bei privatem Profit, garantierter Absatz, kein Unternehmerrisiko – das ist das Kriegsparadies des Kapitals! (S.8) Zivilklau-seln sollen abgeschafft und der Rüstungsindustrie Tür und Tor zu den Hochschulen und Forschungs-einrichtungen geöffnet werden. (S.9)

Die Träume von einer dritten Weltmacht neben den USA und China, eben ein Europa unter der Führung des deutschen Kapitals sind der Hintergrund für die enorme Aufrüstung. 500 Milliarden € für das harm-los getaufte „Infrastrukturpaket“, dass vor allem Transportwege (Straßen, Schienen), die gesamte Logistik und andere militärisch bedeutsame Berei-che „kriegstüchtig“ machen soll. Dazu unbegrenzte Schulden für neue, moderne, tödlichere Waffen.

Das ist auch der Hintergrund für zunehmende Propaganda. Wie das BDI sagt, benötigt man für Aufrüstung und Krieg nicht nur Waffen, sondern auch Menschen und vor allem deren Köpfe. Und die müssen bearbeitet werden. Macht beispielsweise Russland ein Manöver ist das „aggressiv“, „eine Bedrohung“, „Kriegsvorbereitung“. Machen die NATO oder die Bundeswehr ein Manöver dann dient das „der Verteidigung gegen einen Aggressor“. Genauso ist das mit den Waffen. Russische Waffen sind „grau-sam“, „terrorisieren“. NATO-Waffen „schützen“ und „verteidigen“. Tatsächlich sind Waffen in der Hand der Kriegstreiber beider Seiten grausam und terrori-sieren. Fliegen russische Drohnen über Estland oder Polen, dann ist das eine riesige Gefahr und der NA-TO-Rat tagt. Fliegen von der NATO gelieferte Droh-nen und Raketen nach Russland und zerstören dort, dann freut man sich. Gewartet wird davor, dass „der Russe“ demnächst in Berlin einmarschiert. In der Ukraine ist die russische Armee, obwohl sie mit allen Mitteln kämpft, in 3 Jahren kaum 200 km voran-gekommen. Von Moskau bis Berlin sind es 1800 km! Es sind Milchmädchenrechnungen, mit denen die Menschen „kriegstüchtig“ gemacht werden sollen.

### **Konsequenzen für die Arbeiterklasse**

Für die Arbeiterklasse haben Aufrüstung und Krieg viele Konsequenzen, die aber erst allmählich spür-bar werden.

Die Wehrpflicht wird schleichend eingeführt, um

den Widerstand klein zu halten. Ist sie aber durch-gesetzt, bedeutet das für viele Arbeiterjugendliche einen schweren Eingriff in ihr Leben. Im Kriegsfall werden sie zu Kanonenfutter. In „modernen“ Krie-gen ist, wie der in der Ukraine zeigt, der Bedarf an Kanonenfutter sehr hoch. Dank modernster Tech-nologie wie Drohnen sterben dort Soldaten massen-weise. Beide Seiten haben mittlerweile Nachschub-mangel bei den Soldaten. Viele fliehen vor dem Kriegsdienst. Sowohl Russland wie die Ukraine machen Jagd auf junge Menschen, um sie in die Armee zu zwingen. Beide Seiten haben Söldner rekrutiert. Aber da die Wehrpflicht scheibenweise einge-führt wird, ist der Widerstand noch gering, wenn auch die Mehrheit der Jugendlichen nach Umfragen nicht zur Bundeswehr will.

Demokratische Rechte werden abgebaut, z.B. durch das „Arbeitssicherstellungsgesetz“, das bereits mit den Notstandsgesetzen 1968 verabschiedet, aktuell aber verschärft wurde. Im Rahmen der Übung „Red Storm Bravo“ 2025 in Hamburg nahmen 75 Mitarbeiter der Arbeitsagentur teil. Ihre Aufgabe: Erfassen, wo im Bereich Medizin, Logistik, Versor-gung (Wasser, Abwasser, Strom usw.) im Kriegsfall Arbeitskräfte fehlen und zwangsrekrutiert werden müssen. Damit verbunden ist die systematische Er-fassung der vorhandenen Arbeitskräfte und ihrer Fähigkeiten. Doch noch ist das für die meisten nicht spürbar. Es wird vorbereitet und geübt, damit das im Kriegsfall funktioniert. Spürbar werden solche Übungen aber, wenn wie bei „Red Storm Bravo“ Pan-zerkolonnen mitten durch die Stadt rattern, Flug-zeuge und Hubschrauber über der Stadt auftauchen, in Krankenhäusern die Einrichtung von Feldlazaret-ten geprobt wird. Krieg soll „normalisiert“ werden. Die Arbeiterklasse soll darauf vorbereitet werden, dass sie zum Kriegsdienst muss und zwangsreku-riert werden kann.

Zuallererst und am stärksten spürbar werden die Kriegsvorbereitungen bei den Sparmaßnahmen in allen Bereichen, außer bei der Aufrüstung.

Die „Reform des Sozialstaates“, wie Bundespräsi-dent Steinmeier es Mitte September 2025 forderte, ist zum Dauerthema geworden. Gejammert wird, der „Sozialstaat“ sei zu teuer oder würde immer wei-ter ausufern. Die Löhne sind angeblich zu hoch, die

Lohnnebenkosten ebenfalls. Die Menschen gingen zu oft zum Arzt. Die Kosten für das Gesundheitswesen würden explodieren. Die Bürgergeldempfänger würden auf Kosten der Allgemeinheit leben. Die Kosten für die Renten seien kaum noch tragbar. In allen Bereichen werden Kürzungen gefordert.

Beispiele, was diese „Reform“ bedeutet, gibt es bereits. Das Deutschlandticket, das 2022 als 9-Euro-Ticket begonnen hat, wurde 2023 zum 49-Euro-Ticket umgewandelt. Anfang 2025 wurde der Preis auf 58 Euro pro Monat erhöht und soll nun auf 63 Euro steigen. Das ist innerhalb eines Jahres eine Steigerung von über 28% und in 3 Jahren um 700%!

Beim Bürgergeld gibt es das zweite Jahr in Folge eine Nullrunde. Bei einer Gesamtinflation für 2023 und 2024 von über 8% ist das gerade für die Menschen mit dem niedrigsten Einkommen eine drastische Kürzung. Gleichzeitig wird gegen Bürgergeldempfänger gehetzt, sie seien faul und würden sich in der „sozialen Hängematte ausruhen“. Aber laut Bundesagentur für Arbeit sind nur 16.000 von 5,4 Millionen sogenannte „Totalverweigerer“. 1,4 Millionen (zum größten Teil Kinder) sind nicht erwerbsfähig. 2,2 Millionen betreuen Kinder, Pflegen Angehörige, sind krank oder in Weiterbildung. Viele von ihnen arbeiten trotzdem, aber mit niedrigem Einkommen. 1,8 Millionen suchen Arbeit oder arbeiten in Minijobs und Teilzeit. So bekommen über 800.000 aufstockendes Bürgergeld, obwohl sie neben anderen Belastungen für Niedriglöhne arbeiten. Das ist eine Subvention für das Kapital, damit es Arbeitsverhältnisse anbieten kann, von denen man nicht leben kann.

Steuererhöhungen sind angeblich schädlich. Bei der Erbschaftssteuer zahlen Menschen, die unter eine Million Euro erben im Durchschnitt 20%. Bei Erbschaften über 1 Milliarde Euro fallen durchschnittlich 0% an. (Quelle: Monitor-Recherchen) 872.000 leben als „Privatiers“ laut DGB nur von ihrem Vermögen und Kapitaleinkünften, also von Profit, von der Arbeit anderer Menschen. Beim Bürgergeld liegt der Schaden durch Betrug bei ca. 60 Millionen Euro. Bei Steuerbetrug durch Millionäre liegt der erfasste Schaden bei rund 100 Milliarden Euro. Dazu kommt, dass beim Bürgergeld die Prüfquote bei 44% liegt, die Betrugsquote bei nur 2%. Bei Millionären

liegt die Prüfquote bei 6% und die Betrugsquote bei 75%! Der Staat schont also die Reichen, indem er sie kaum prüft, während Bürgergeldempfänger engmaschig mit großem Aufwand und sehr geringem Ertrag überprüft werden. Und dann dienen sie noch als Sündenbock und um vom Kapital abzulenken.

Aktuell wird permanent über Kürzungen geredet. Da verlangt der CDU-„Gesundheitsexperte“ Hendrik Streeck mehr Selbstbeteiligung von Patienten, ein Eintrittsgeld für Praxisbesuche. Dann wiederum soll die Rente „zukunftsfest“ gemacht werden, also runter damit. Jugend wird gegen Alte ausgespielt; Kranke gegen Gesunde; Arbeitslose gegen Arbeitende; Migranten gegen Einheimische... Die Liste könnte unendlich verlängert werden. Es ist immer das gleiche Schema: Spaltung, Hetze, Hass.

Doch trotz aller Bemühungen des Kapitals spüren die Menschen gerade im Sozialen die Angriffe auf ihr Leben immer stärker. Und sie ziehen durchaus Verbindungen zu dem unbegrenzten Geld für Ausrüstung und Kriegsvorbereitung. Das sehen wir auch bei den zunehmenden Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Wenn Betriebsräte wie bei Porsche oder ein Betriebsrat wie bei Volkswagen gegen Rüstungsproduktion auftreten, während Gewerkschaftsvorstände schweigen oder gar „Arbeitsplätze durch Rüstung“ begrüßen, dann wird deutlich, dass der Widerstand in der Arbeiterbewegung zunimmt. Gerade bei dem massiv zunehmenden Sozialabbau, den Angriffen auf Arbeitszeit und Löhne steigen Unzufriedenheit und Wut der Kolleginnen und Kollegen. Sie wollen nicht länger schuften, um weniger Rente zu bekommen. Sie wollen keine Ausdehnung der Niedriglohnberiche. Und sie wollen eine anständige medizinische Versorgung.

Hier gibt es viele Ansatzpunkte für Unzufriedenheit und Widerstand gegen den Kurs des Kapitals und seiner Regierung.

## Aufgaben der Friedensbewegung

Erfreulicherweise belebt sich die Friedensbewegung langsam wieder. Aber sie erreicht immer noch nicht große Teile der Bevölkerung, obwohl auch dort laut Umfragen die Angst vor Krieg und Sozialabbau spürbar zugenommen hat.

Diese Kluft hat sicher eine Ursache in der Dauerpropaganda für „Verteidigung“ gegen die „bösen Russen“. Aber es hat auch Ursachen in der Friedensbewegung selbst. Diese ist in sich selbst gespalten. Bei einigen Kräften gibt es Sympathien für Russland sowie China und eine „multilaterale Weltordnung“. Die haben wir bereits, denn keine der großen Weltmächte kann derzeit uneingeschränkt herrschen. Es findet eine Neuaufteilung statt, die zu vermehrten Konflikten und Kriegen führt. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse führt nicht zu mehr „Freiheit“ oder „Gerechtigkeit“. Positionen Pro-Russland oder Pro-China schaden der Friedensbewegung und isolieren sie von einem großen Teil der Bevölkerung. Ein weiterer Aspekt ist die fehlende Verbindung zu den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Gewerkschaften. Gerade die sozialen Folgen der massiven Aufrüstung bieten aber neue Möglichkeiten, die Themen Aufrüstung und Sozialabbau zu verbinden und damit mehr Menschen zu mobilisieren. Die Gewerkschaftsführungen machen es mit ihren Positionen Pro-Rüstung nicht leicht, diese Verbindung herzustellen. Aber gerade das macht es umso notwendiger, in die Gewerkschaften und in die Arbeiterklasse hineinzuwirken.

Die Friedensbewegung muss breit und vielfältig sein und zugleich Einigkeit demonstrieren. Das kann nur gelingen, indem man sich auf die wichtigsten gemeinsamen Positionen konzentriert und „Spezialitäten“ beiseitelässt. Statt Hoffnungen in Trump oder Putin müssen gemeinsam die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen unserer herrschenden Klasse in den Mittelpunkt gestellt werden. Der Kampf gegen die Kriegskredite, gegen die Wehrpflicht, gegen die zivil-militärische Zusammenarbeit, gegen die Kriegspropaganda in unserem Land muss im Mittelpunkt stehen. Die Friedensbewegung muss sich darauf konzentrieren, die Pläne unserer herrschenden Klasse aufzudecken und breit dagegen zu mobilisieren. Daher müssen die soziale Frage und die Kriegsfrage miteinander verbunden werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen und zu mobilisieren. Wenn alle gemeinsam an dieser Aufgabe arbeiten, dann hat die Friedensbewegung eine Chance zu wachsen und vor allem in der Arbeiterklasse wieder Einfluss zu gewinnen. Und sie hat die Chance, unsere herrschende Klasse in ihren Plänen zu behindern und zu bremsen.

## **ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS**

# DOMINIKANISCHE REPUBLIK

## Die Gesellschaft des Spektakels ist Ausdruck des Sieges der Wirtschaft über die Gesellschaft - mit Kultur ist es möglich, dies umzukehren

Die herrschenden Ideen sind die der herrschenden Klassen und stehen daher „letztendlich“ in Beziehung zur herrschenden Wirtschaft. Die Gesellschaft des Spektakels ist ein 1967 vom Philosophen Guy Debord aufgeworfenes Konzept, das sich damit befasst, wie die Erscheinung die Realität überlagert; meiner Meinung nach drückt es den Sieg der Wirtschaft, wie sie von der neoklassischen (marginalistischen) Theorie verstanden wird, über die Gesellschaft aus. Dies könnte man auch über die politische Ökonomie sagen. Was Letzteres betrifft, so gab es in der Dominikanischen Republik die formelle Fusion des Wirtschafts- und des Finanzministeriums, was gleichbedeutend ist mit der Unterordnung der Rationalität der integrierten Planung der gesamten wirtschaftlichen Komponente des Landes und die soziale Perspektive des Staates unter die Besteuerung, die Suche nach Geld für die Regierung.

In der Gesellschaft des Spektakels geht es darum, wie gesellschaftliche Beziehungen durch den Fluss und die Notwendigkeit des Konsums zirkulierender

Waren und durch die zu diesem Zweck von den Medien geschaffenen Bilder und Lebensstile, wie auch immer diese aussehen mögen, dominiert werden. Es ist die Ersetzung des realen Lebens durch eine spektakuläre Darstellung durch die verschiedenen Medien, Radio, Fernsehen, Presse und zunehmend auch soziale Netzwerke.

Und die ursprüngliche Quelle dieser Tatsache ist genau die Ware, die die wesentliche Einheit der kapitalistischen Produktion darstellt und mit der Karl Marx im ersten Band seines gleichnamigen Werks die Untersuchung des Kapitals begann.

Genau hier befasst sich Marx mit dem Warenfetischismus, also dem Prozess, durch den der Kapitalismus die Tatsache verschleiert, dass er ein System gesellschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse und menschlicher Arbeit ist, und der Öffentlichkeit eine fiktive Realität präsentiert, in der Waren, Geld und der Markt ein Eigenleben haben; nebst der Tatsache, dass sie die Menschen beherrschen.

Was Karl Marx als Warenfetischismus bezeichnet, ist eine Anklage, mit der er zu zeigen versucht, dass hinter dem oberflächlichen Austausch der von uns konsumierten Waren ein kapitalistisches Ausbeutungsverhältnis über der Arbeiterklasse steht, in dem die Arbeitskraft den Waren Gestalt und Wert verleiht. Ohne die menschliche Arbeit der Arbeiterklasse gäbe es keine Waren und der Fetischismus, also das Spektakel des Kaufens und Verkaufens von Waren, der Markt, verschleiert diese Realität. Die Gesellschaft des Spektakels ist eine Notwendigkeit des Kapitalismus. Sie ist ein Fetisch. Der Kapitalismus produziert Waren. Er verwandelt alles in Waren: Persönlichkeiten aus der Kunstwelt, dem Sport und sogar Familien.

Sendungen darüber, wie die Baseballspieler Alex Rodríguez und Juan Soto, der Fußballspieler Cristiano Ronaldo und ihre Familien, der dominikanische Dembow-Musiker Chimbala, die Kardashians und andere Prominente existieren und leben, werden zu Waren. Sie fördern den Sinn für bestimmte Lebensstile, zwingen sie auf und versuchen letztendlich, Werte zu etablieren, indem sie die Öffentlichkeit, die diese Werbung konsumiert, dazu auffordern, so zu leben wie sie und ihre Dinge, die Bilder und ihre Lebensweisen anzustreben. Sie zwingen eine magische Welt auf, die nichts mit der materiellen Realität der Mehrheit der Bevölkerung zu tun hat. Es ist die Logik des Konsums, die aufgezwungen wird.

Sei und lebe wie Alofoke, der einflussreichste Influencer mit dem größten dominikanischen Publikum! Und dies ist gleichzeitig eine fetischisierte Ware des Kapitals, die der Öffentlichkeit vermarktet wird, als eine Kultur, die die Menschen von ihrer Armut realität ablenken will. Alofoke ist eine Konterkultur, die die kritische Kultur, die die herrschende Ordnung infrage stellt, untergräbt. Es ist ein herrschendes Prinzip der herrschenden Klassen. All dies ist jedoch Ausdruck des Sieges des Kapitalismus, in dem die Logik des Warenkonsums herrscht. Es ist der Sieg der „Ökonomie“ über die politische Ökonomie.

Vor vielen Jahren war Ökonomie noch Politik, denn sie war Teil der Gesellschaft, wie die Soziologie, und somit eine Angelegenheit des Staates. Heute jedoch dominiert die „Ökonomie“ die Gesellschaft, und der Markt steht über dem Staat.

Für Adam Smith, Karl Marx und andere Ökonomen gab es immer eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik, der Staat hatte viel mit der Wirtschaftsleistung zu tun, und dies bezog sich auf die Quellen und die Entwicklung des nationalen Reichtums.

Aber es gab auch immer eine Strömung von Ökonomen, die diese Ansätze ablehnten, und 1890 begann Alfred Marshall, der als Vater der neoklassischen Strömung gilt, von „Wirtschaft“ zu sprechen, die losgelöst von der Politik, also vom Staat, ist. Dies ist eine der relevantesten gesellschaftlichen und politischen Tatsachen, die sich über viele Jahre hinweg herausgebildet und zur Niederlage sowohl der produktiven als auch der akademischen Tätigkeit, der Ideen von Adam Smith und Karl Marx, den führenden Persönlichkeiten der klassischen Ökonomie und der politischen Ökonomie, geführt hat, auch wenn sie gegensätzliche Differenzen miteinander hatten.

Es ist die Kommodifizierung des Lebens – das Imperium der Ware –, der Bedürfnisse. Es ist die Logik des Konsums und natürlich des Marktes über allen gesellschaftlichen Beziehungen. Es ist ein wesentlicher Aspekt der neoklassischen Theorie. Im Zentrum steht der Konsum.

Es ist der Aufstieg von Strategien, Techniken und Mechanismen, die zum Konsum anregen sollen. Die Konsumtheorie hat sich im Bereich der Mikroökonomie innerhalb der Wirtschaftswissenschaften herausgebildet. Marketingtechniken, aus der Wirtschaftswissenschaft abgeleitete psychologische Studien, Werbekampagnen und die Diversifizierung der Strategien und Kreditkarten der Banken folgen aufeinander, um den Konsum anzukurbeln.

Marketingtechniken und Werbung sprechen über Waren, aber sie wecken auch das Verlangen der Menschen, diese zu konsumieren. 1970 trat die sogenannte Konsumsoziologie (Jean Baudrillard) machtvol in Erscheinung, in der gezeigt wurde, dass Konsum nicht mehr direkt mit Bedürfnissen zusammenhängt, sondern mit der medialen Bewerbung von Symbolen und Marken; durch Konsum wird man Teil einer sozialen Gruppe oder grenzt sich von anderen ab. Neun Jahre später, 1979, begann man über Werbekampagnen zu sprechen, die den Konsum von Gütern und Waren, die Prestige verleihen

und die eigene Stellung in einer bestimmten sozialen Hierarchie zeigen, fördern.

Es ist kein Zufall, dass 2002 der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften an Daniel Kahneman verliehen wurde, einen Psychologen, der sich aus dieser Disziplin heraus mit Aspekten der Wirtschaftslehre befasste, die mit Konsumanregung zusammenhängen. Diesen Preis teilte er sich mit Amos Tversky, einem mathematischen Psychologen mit ähnlichen Studien, und Vernon Smith, einem Ökonomen, für seine Studie über die Auswirkungen von Zweitpreisauktionen [bei denen der Höchstbietende den Preis des Zweitbietenden zahlt] auf den Konsum. So hat die konsumorientierte Wirtschaft in verschiedenen Bereichen technische Ressourcen entwickelt, um Wünsche und Wahrnehmungen zu schaffen, die die Waren nachfrage steigern.

Eine wichtige Ressource dabei sind die immer vielfältigeren und effektiveren Kommunikationsmittel. Die Informationen, die die Kapitaleigner den Menschen vermitteln wollen, können über Mobiltelefone Millionen von Menschen gleichzeitig erreichen, und wenn diese sie nicht sofort empfangen können, können sie dies später nachholen.

Fiktive Realitäten, die Erfahrungen ersetzen, werden, orientiert an den Ergebnissen von Marktstudien, von den Medien geschaffen. Die Nachrichten sind in der Regel sensationell, spektakulär. Die Menschen

konsumieren künstlich konstruierte Nachrichten und Identitäten. Sogar die Politik und die Politiker sind zu Figuren in diesem Spektakel geworden. Sie sind von den Medien geschaffene Figuren, die in der Regel weit von der Realität entfernt sind.

Ist es möglich, die Gesellschaft des Spektakels zur Realität zurückzuführen?

Zweifellos ja. In dem wir verstehen, dass politische Arbeit für Veränderungen im Wesentlichen kultureller Natur sein muss – ein Feld, auf dem wir nicht erfolgreich sind. Im Verständnis der Notwendigkeit, dass alle gemeinsam, unter demselben Plan und im selben Sinne handeln müssen; alle Willenskräfte, die sich der etablierten Ordnung widersetzen. Diese kulturelle Arbeit ist vielfältig, folgt aber einer einzigen Linie und einem einzigen Plan... in einem Guerrillakrieg der Kultur, der an verschiedenen Fronten geführt wird.

Jede Stimme wird zu einem Megafon. Alle Stimmen zusammen werden zu Lautsprechern. Jeder Körper wird zu einem Plakat. Alle Körper zusammen werden zu Wandgemälden. Jede Aktion wird zu einem Kunstwerk.

Jederzeit. Überall.

## **KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (PCT)**

# ECUADOR

## Die Einheit der Kommunisten

von Pablo Miranda

Die Einheit der Kommunisten ist eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Verantwortung, die Revolution in jedem einzelnen Land und auf internationaler Ebene zu organisieren, Schultern zu können. Nur die Einheit der Kommunisten ermöglicht ein einheitliches Denken, d. h. eine programmatiche und politische Identität. Nur die Einheit der Kommunisten ermöglicht den Aufbau einer vereinten und unteilbaren Partei des Proletariats, die in der Lage ist, die großen Aufgaben der Organisation der Revolution zu übernehmen. Die Einheit der proletarischen Revolutionäre wird systematisch bekräftigt und herausgefordert. Das bedeutet, dass der Prozess des Aufbaus der Einheit der Kommunisten eine permanente Verantwortung ist, zu jeder Zeit und unter verschiedenen Umständen.

Die Einheit der Kommunisten wird in jedem Land nur im Prozess des Aufbaus einer revolutionären Partei des Proletariats geschmiedet; diese Einheit wird im Laufe des revolutionären Kampfes geschmiedet, in den täglichen Aktionen für die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der arbeitenden Massen, im Kampf für Forderungen, der in der Gesellschaft geführt wird und an dem die

Kommunisten aktiv, organisiert, einheitlich und entschlossen teilnehmen. Auf internationaler Ebene ist die Einheit der Kommunisten ebenfalls eine unverzichtbare Notwendigkeit, um die Revolution zu organisieren und durchzuführen. In diesem Szenario muss die Gültigkeit des Marxismus-Leninismus im Auge behalten werden. Die historische Erfahrung lehrt uns wichtige Lektionen:

Die Oktoberrevolution fand innerhalb der Grenzen eines Landes statt, des alten Zarenreichs. Sie entwickelte sich über mehrere Jahrzehnte unter der Führung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: einer Partei, die dank der Fähigkeit ihrer Führung, die Widersprüche des alten Russlands zu interpretieren, in Denken und Handeln durch die Prinzipien des Marxismus-Leninismus geeint war. Sie wurde durch die großen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer durchgeführt.

Die Russische Revolution war nur möglich aufgrund des unermüdlichen ideologischen und politischen Kampfes innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei; aufgrund der großen

theoretischen Kämpfe, die zwischen den proletarischen Revolutionären unter der Führung von Lenin und Stalin gegen die reformistischen und opportunistischen Thesen geführt wurden, die innerhalb der Partei, unter den Kommunisten selbst, vertreten wurden.

Die Oktoberrevolution lehrt uns die Notwendigkeit einer vereinten und kämpferischen proletarischen Partei, die sich an die Prinzipien des Marxismus-Leninismus hält und in der Lage ist, diese unter verschiedenen Umständen und zu verschiedenen Zeitpunkten anzuwenden, neu zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Das Bestehen und der Kampf der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, aus der später die Kommunistische Partei (Bolschewiki) der UdSSR hervorging, zeigen die Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis, die konsequente Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus unter den konkreten Bedingungen des zaristischen Reiches. Ohne den konsequenten Kampf zur Verteidigung der revolutionären Theorie, ohne die mutige Teilnahme an den verschiedenen Schlachten des Klassenkampfes ist es nicht möglich, zu wachsen und sich zur politischen Avantgarde der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution zu entwickeln.

Das Kapital und die Kapitalistenklasse entwickelten sich in bestimmten Ländern und verbreiteten sich über die ganze Welt, bis sie zum staatlichen Monopolkapital und zur internationalen Bourgeoisie wurden, die ihre Krallen auf alle Kontinente und Länder ausstreckte. Wie wir wissen, wurde das Kapital zum imperialistischen Kapital. Es entwickelte eine internationale Position, große wirtschaftliche, militärische und politische Macht; es entwickelte eine Theorie, nach der der Kapitalismus die höchste Stufe ist, die die Menschheit erreicht hat. Nach dieser Ideologie werden alle Veränderungen und Entwicklungen dazu tendieren, das Kapital, seine Natur und seine Macht zu stärken und es als unbesiegbare Gebilde darzustellen.

Diese Ideen leugnen die Behauptung des Marxismus-Leninismus, dass die Arbeiterklasse die gesellschaftliche Kraft ist, die den Reichtum schafft,

und gleichzeitig das historische Subjekt, das den Kapitalismus und Imperialismus stürzen wird, um die Gesellschaft der Arbeiter auf dem Weg zu einer klassenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus, aufzubauen.

Die Ideologie des Imperialismus berücksichtigt auch nicht die inneren Widersprüche des Kapitalismus, weder den zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung des geschaffenen Reichtums, noch den zwischen den einzelnen Monopolgruppen im Wettbewerb um die exklusive Nutzung des Mehrwerts. Das Monopolkapital entsteht und akkumuliert sich durch die Aneignung der Arbeitskraft von Millionen von Menschen in allen Teilen der Welt. Um ihre Herrschaft und Ausbeutung aufrechtzuerhalten, stützt sich die imperialistische Bourgeoisie auf Verbündete und Diener in allen Ländern. In jedem Land und zu jeder Zeit stehen sich unter diesen Umständen die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse als die wichtigsten sozialen Kräfte gegenüber. Das bedeutet, dass die Erzfeinde der Arbeiter Frankreichs ebenso wie der Arbeiter Argentiniens und Ecuadors die imperialistische Bourgeoisie und ihre nationalen Verbündeten sind: die Kapitalisten Frankreichs, Argentiniens und Ecuadors.

Das kapitalistisch-imperialistische System hat seine Krallen in allen Kontinenten und ist das Angriffsziel der Arbeiterklassen in den Städten und auf dem Land in allen Ländern. Die Arbeiter, die Völker und die Jugend müssen sich vereinen und in jedem Land für soziale und nationale Befreiung kämpfen. Diese Einheit und dieser Kampf der Arbeiter in jedem Land sind Teil des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse; sie bringen den internationalen Charakter der Revolution zum Ausdruck und machen die Notwendigkeit der weltweiten Einheit der Kommunisten deutlich.

Die historische Erfahrung lehrt uns, dass die Kommunisten stets den internationalen Charakter des Kampfes der Arbeiterklasse verstanden haben und sich unter verschiedenen Bedingungen und zu verschiedenen Zeiten um die Verwirklichung dieser Einheit bemüht haben.

Die Erste Internationale, die revolutionäre Periode der Zweiten Internationale und die Dritte Internationale hinterlassen uns gültige Lehren für uns Kommunisten, die wir heute für die Revolution kämpfen. Wir müssen sie verstehen, aus ihnen lernen und sie als Erfahrungen und Referenzen für den Aufbau der internationalen Einheit der Kommunisten nutzen.

Es ist notwendig, die Erfahrungen unserer eigenen kommunistischen Parteien und Organisationen zu berücksichtigen, die unter dem Banner der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) organisiert sind und kämpfen. Derzeit stellt die IKMLPO eine wichtige Etappe der Einheit der Kommunisten auf internationaler Ebene dar.

Wir gehen von dem Verständnis und der Entscheidung der Parteien und Organisationen aus, auf internationaler Ebene für die Revolution zu arbeiten und zu kämpfen, wobei wir das Szenario und die Zeiten, in denen wir handeln, verstehen. Für alle ist die Internationale eine historische Notwendigkeit; ihr Aufbau muss das Werk unserer Parteien und Organisationen sein.

Wir haben wichtige Schritte unternommen und bedeutende Erfolge erzielt: Wir bauen tatsächlich die Einheit der Kommunisten auf internationaler Ebene auf. Das Koordinierungskomitee der IKMLPO führt seine Aktivitäten regelmäßig durch und koordiniert die Aktionen unserer Parteien. Die IKMLPO ist zu einem Ort der Debatte und Diskussion über die Probleme der Revolution, den Aufbau der Partei und die Arbeit der Kommunisten unter der Arbeiterklasse, der Jugend und den Frauen geworden.

Die IKMLPO-Plenarsitzung wurde als Forum für die Diskussion aktueller Probleme der Revolution und die Verabschiedung allgemeiner politischer Leitlinien eingerichtet. Es organisiert die Internationalen Treffen der Arbeiterklasse in Lateinamerika, die Lateinamerikanischen Treffen der Frauen Lateinamerikas und der Karibik, das Internationale Seminar „Probleme der Revolution in Lateinamerika“, die Internationalen Jugendcamps und veröffentlicht die internationale Zeitschrift „Einheit und

Kampf“, von der bisher 51 Ausgaben erschienen sind. Sie trägt auch zur Bestätigung und Entwicklung neuer Parteien und Organisationen bei und wird so zu einem Bezugspunkt für die Kommunisten und Revolutionäre der Welt.

Das Wichtigste steht jedoch noch bevor. Wir müssen Missverständnisse, Einschränkungen und Schwächen überwinden, denn nicht alle Parteien und Organisationen nehmen diese Aufgaben in vollem Umfang wahr.

—

Die Kommunistische Partei ist Behälter und Inhalt zugleich. Sie umfasst alle Männer und Frauen, die sich entschlossen haben, für die gesellschaftliche Befreiung zu kämpfen, die erkennen, dass revolutionäre Aktivitäten vom Marxismus-Leninismus geleitet werden müssen, die die uneingeschränkte Gültigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus verteidigen und die in Theorie und Praxis gegen Opportunismus und Revisionismus kämpfen. Alle Kämpfer, die sich die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu eigen gemacht haben, entlarven das kapitalistisch-imperialistische System, prangern es vor der Arbeiterklasse und den Völkern an, delegitimieren ihn, setzen sich für die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus ein und schlagen den Aufbau der Arbeitergesellschaft, des Sozialismus, vor.

Die Kommunistische Partei ist eine Klassenpartei, genau wie die verschiedenen Parteien der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Die Kommunisten vertreten und verteidigen die unmittelbaren und kurzfristigen Interessen der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Klassen in Stadt und Land und kämpfen für ihre uneingeschränkte Umsetzung. Die Parteien der Bourgeoisie vertreten die Interessen der Kapitalistenklasse und ihrer verschiedenen Fraktionen; sie fördern und verteidigen die Interessen der internationalen Monopole und des Imperialismus. Die Parteien des Kleinbürgertums verteidigen ihrerseits die Interessen der Klassen und Schichten der kleinen und mittleren Eigentümer.

Der Klassencharakter der Kommunistischen Partei wird durch ihre ideologischen und politischen Vorstellungen, durch ihr Festhalten am Marxismus-Leninismus, durch ihre Einbindung in den gesellschaftlichen Kampf unter diesen Prinzipien und durch die Aufnahme fortgeschrittenen Arbeiters in ihre Reihen – sowohl an der Basis als auch in der Führung – definiert. Parteimitglieder aus anderen sozialen Schichten haben den Interessen und Vorstellungen ihrer Herkunftsklasse abgeschworen und sich die Ideen des Proletariats zu eigen gemacht.

Eine unverzichtbare Aufgabe ist es, sich für die Einbindung der Jugend aus den Arbeiterklassen in die Reihen der Partei, in die Basis und in die Führung einzusetzen. Wir übernehmen die Richtlinie „alle Generationen in der Führung der Partei“. Das Bestehen und der Kampf der Kommunistischen Partei für die Revolution und den Sozialismus erfordern eine Arbeit für die ideologische, politische und organisatorische Einheit der Kommunisten.

### **Programmatische Grundlagen der Einheit der Kommunisten**

Die Kommunisten vereinen sich, organisieren sich und kämpfen auf programmatischer Grundlage. Die Einheit der proletarischen Revolutionäre zeigt sich in der Einhaltung der revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis. Diese Einheit konkretisiert sich in der Militanz in den Reihen der Kommunistischen Partei, in der Teilnahme am Klassenkampf in seinen Demonstrationen, im politischen Kampf um die Macht, für die Diktatur des Proletariats, für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, im Prozess des Aufbaus der Partei, der Organisation, der politischen Bildung und des Kampfes der Arbeiterklasse, der anderen arbeitenden Klassen und der Jugend.

In allen Ländern besteht das Programm der proletarischen Revolution im Sturz der kapitalistischen Klassen und im Aufbau eines neuen Systems: des Sozialismus, auf einem ununterbrochenen Marsch zum Aufbau des Kommunismus. Dieses allgemeine Programm muss entsprechend der spezifischen sozioökonomischen Formation im Land und unter den konkreten sozialen und politischen Bedingungen, in der der gegenwärtige Kampf der Kommunisten stattfindet, definiert werden.

Die fortgeschrittenen Arbeiter, die sich entschließen, sich als politische Partei zu organisieren, beginnen mit dem Verständnis, dass der Kampf für den Sozialismus und Kommunismus durch die konsequente Konfrontation mit dem Klassenfeind geführt werden muss: den herrschenden Klassen ihres eigenen Landes und der Herrschaft und Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole. Sie kämpfen für die Machtübernahme und den Aufbau der Arbeitergesellschaft: den Sozialismus.

Das Programm der Kommunisten bringt in allen Bereichen die unmittelbaren und strategischen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Im heutigen Ecuador bringt das aktuelle Programm der Kommunisten auch die Interessen der anderen arbeitenden Klassen zum Ausdruck, der selbständigen Arbeiter in Stadt und Land, des Halbproletariats, der fortschrittlichen Intelligenz und der Jugend aus den arbeitenden Klassen. Es vertritt auch die Interessen und Ziele der ecuadorianischen Nation, der indigenen Völker und Nationalitäten, die vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Seit ihrer Gründung hat die PCMLE die Organisation und den Kampf für die ecuadorianische Revolution, die Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse die Vorreiterrolle der anderen arbeitenden Klassen übernimmt, den Aufbau des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern und die Einbeziehung der breiten Massen des städtischen und ländlichen Halbproletariats, der aus den arbeitenden Klassen stammenden Jugendschichten und der progressiven Intelligenz in den revolutionären Prozess vorangetrieben.

Das Programm der Partei legt die strategischen Ziele fest: die Erlangung der Macht durch den Einsatz revolutionärer Gewalt durch die Massen. Die soziale Revolution in Ecuador erfordert den Aufbau der Revolutionären Einheitsfront, die programmatische Einheit und das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Klassen, bekräftigt durch das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern und die Einbindung der Demokraten und Patrioten, die gegen die imperialistische Herrschaft kämpfen, in diese Plattform.

Die Revolution ist eine Aufgabe, an der Tag für Tag unter den konkreten Bedingungen der Gesellschaft

gearbeitet wird; sie drückt sich in der Ausarbeitung politischer Leitlinien aus, die es ermöglichen, den Feind, sein Wesen und seine spezifische Politik zu identifizieren.

Die Einheit der Kommunisten wird – in Theorie und Praxis, innerhalb der Partei – um das Programm der Revolution, die ideologische und politische Aneignung des Marxismus-Leninismus, den Prozess der theoretischen und politischen Definitionen und die aktive Teilnahme am Klassenkampf herum aufgebaut.

Für den Aufbau der Einheit der Partei verfügen die Kommunisten über wichtige Instrumente. Die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus bilden die grundlegende Säule für die Einheit der proletarischen Revolutionäre. Die Einhaltung dieser Prinzipien, ihre Anwendung in der politischen Debatte, bei der Formulierung von Politik, Orientierungen und Vorschlägen wird zum Prüfstein für die Unterscheidung der Kommunisten von den Opportunisten und Sozialdemokraten.

Die Annahme des demokratischen Zentralismus als Leitprinzip des Parteilebens bestimmt die Art ihrer Organisation, ihre Struktur und ihre Funktionsweise. Kritik und Selbstkritik sind Methoden, um die Probleme und Widersprüche innerhalb der Partei anzugehen und zu lösen, um die Militanz und Praxis ihrer Mitglieder zu bekräftigen, und sie sind eine mächtige Waffe, um die Einheit der Kommunisten aufrechtzuerhalten.

Der ideologische Kampf – zur Bekräftigung der proletarischen Ideologie und zur Bekämpfung äußerer Einflüsse innerhalb der Organisation – sowie die organisierte Beteiligung der Kämpfer am Klassenkampf, an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen und an der Verantwortung für die Organisierung und Durchführung der Revolution bringen die Einheit der Kommunisten zusammen.

Die Anwendung dieser Prinzipien und Instrumente wird es der revolutionären Partei des Proletariats ermöglichen, ihre Verantwortung und Aufgaben zu erfüllen, und sie in der Tat zur politischen Avantgarde der Arbeiterklasse, der anderen arbeitenden Klassen und der Jugend machen.

## Die Einheit der Kommunisten wird im Bestehen und Kampf der Partei bekräftigt

Die proletarischen Revolutionäre vereinen und organisieren sich in der Kommunistischen Partei, einer kampferprobten und kämpferischen Partei, die sich an der revolutionären Theorie des Proletariats orientiert: dem Marxismus-Leninismus.

Der Marxismus-Leninismus ist die Weltanschauung des Proletariats; er ist die Systematisierung der historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Ebene, die Klärung ihrer unmittelbaren und strategischen Ziele, er ist der Leitfaden für revolutionäres Handeln.

Der Marxismus-Leninismus ist auch das Werk der sozialen Kämpfer, die Fähigkeit und Genialität von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Enver Hoxha und anderen proletarischen Revolutionären, aus den Erfahrungen und Kämpfen der Arbeiter zu abstrahieren und sie zu programmatischen Vorschlägen und Prinzipien zu systematisieren.

Der Marxismus-Leninismus ist kein Dogma, sondern ein Handlungsleitfaden. Dies ist ein Grundsatz, den alle Kommunisten in allen Ländern und unter den unterschiedlichsten Umständen vertreten. Dieses Prinzip wird immer von allen Parteien und Organisationen bestätigt, die sich als kommunistisch bezeichnen. Es ist jedoch notwendig, die verschiedenen Auffassungen vom Marxismus-Leninismus zu berücksichtigen. Es reicht nicht aus, sich zu dieser Doktrin zu bekennen, um sich als Kommunist zu bezeichnen; es ist notwendig, dass die Politik, die Praxis und die Organisierung der Partei mit der Doktrin des revolutionären Proletariats übereinstimmen. Diese Bedingung ist sowohl schwierig als auch einfach: Sie ist schwierig, weil sie die Ablehnung des Geistes und der Praxis des kleinbürgerlichen Revolutionismus erfordert.

Die Kommunisten bauen ihre Einheit auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf, indem sie der Verantwortung für die Organisation der Revolution und die Führung des Kampfes der Arbeiter, der Völker und der Jugend gerecht werden.

# FRANKREICH

## Ein neuer Zyklus im Klassenkampf

Der französische Imperialismus wird zunehmend als der „kranke Mann Europas“ dargestellt. Die Wirtschaftskrise hat zu einigen der niedrigsten Wachstumsraten im Vergleich zu seinen wichtigsten Verbündeten und Rivalen geführt: durchschnittlich 0,6 % im Jahr 2025 gegenüber 1,1 % im Jahr 2024. Die Umstrukturierungspläne betreffen sämtliche Sektoren und haben insbesondere einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge. Innerhalb von weniger als einem Jahr ist die Staatsverschuldung um 70 Milliarden Euro angewachsen und hat 115,6 % des BIP erreicht. All dies sind deutliche Anzeichen struktureller Schwierigkeiten, auf die die Finanzmärkte mit steigenden Zinssätzen für Kredite an den französischen Staat (nahezu 3,6 %) reagieren.

Diese komplexe und instabile politische Lage entwickelt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Aktivität der Arbeiter- und sozialen Bewegungen, die zu Mobilisierungen auf nationaler Ebene geführt hat: Streiks und Demonstrationen am 10. und 18. September sowie am 2. Oktober, ergänzt durch zahlreiche Aktionen zu Fragen des Wohnens, der Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens, der Bildung, des Kampfes gegen umweltverschmutzende Monopole und die Agrarindustrie sowie gegen Rassismus und die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen.

Hinzu kommt die koloniale Krise: Alle Völker der französischen Kolonien im Pazifik, im Indischen Ozean, in der Karibik usw. leiden unter den verschärften Auswirkungen der Krise des französischen Imperialismus. Das Volk der Kanaken (Ureinwohner der Südseeinseln, besonders Neukaledoniens) fordert weiterhin sein Recht auf Selbstbestimmung ein und lehnt den Versuch ab, die kolonialen Beziehungen aufrechtzuerhalten, die Macron und seine aufeinanderfolgenden Regierungen ihm aufzwingen wollen.<sup>1</sup>

Der französische Imperialismus befindet sich im Vergleich zu seinen Rivalen in einer schwierigen Position. Er bemüht sich, seine Interessen zu verteidigen, die zunehmend von anderen imperialisti-

<sup>1</sup> Im Mai 2024 erhob sich das Volk der Kanaken, insbesondere die Jugend, gegen ein Gesetz, das sie daran hindern sollte, die in den Nouméa-Abkommen von 1998 festgelegte und in der französischen Verfassung verankerte Unabhängigkeit zu verwirklichen. Die Repression fiel hart aus: Führende Vertreter der Kanaken wurden verhaftet und in französische Gefängnisse deportiert, die sich 17.000 Kilometer von Kanaky entfernt befinden. Die Regierung manövrierte, um einen neuen Status vorzulegen, der faktisch das Recht auf Selbstbestimmung untergräbt. Dieses Abkommen wurde von der FLNKS (Front de libération nationale kanak socialiste – Nationale Befreiungsfront der Kanaken und Sozialisten) abgelehnt, dennoch beabsichtigte die Regierung Macron–Lecornu, es mit Unterstützung der Rechten durchzusetzen. Unsere Partei mobilisiert gemeinsam mit anderen Kräften im Solidaritätskollektiv Kanaky Unterstützung für die Forderung des kanakischen Volkes nach Unabhängigkeit.)

schen Mächten bedroht werden – auch von jenen, mit denen er über Bündnisse wie die NATO und die EU politische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen unterhält. Die privilegierten Beziehungen zum deutschen Imperialismus, die darauf abzielten, die EU gemeinsam im Interesse beider Seiten zu führen, geraten ins Wanken, da jede Seite zunehmend die Interessen ihrer eigenen Monopole in den Vordergrund stellt. Besonders deutlich wird dies im harten Wettbewerb innerhalb des militärisch-industriellen Komplexes.

Auch wenn wir die wachsenden interimperialistischen Widersprüche berücksichtigen, insbesondere als Folge der aggressiven Politik des US-Imperialismus gegenüber seinen sogenannten „Verbündeten“, konzentrieren wir uns auf die Entwicklung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit sowie zwischen Imperialismus und den Völkern, insbesondere den Völkern der vom französischen Imperialismus beherrschten Kolonien und Neokolonien. Auf diesen letzten Aspekt, der für den Kampf gegen das kapitalistisch-imperialistische System von zentraler Bedeutung ist und sich durch zunehmende Proteste gegen die imperialistische Herrschaft äußert, gehen wir in diesem Artikel nicht näher ein.

Im Folgenden behandeln wir einige Aspekte der Entwicklung des Klassenkampfes, der zentralen und unmittelbaren Achse unserer Tätigkeit als Partei, die für den revolutionären Sturz des kapitalistisch-imperialistischen Systems in unserem Land kämpft, im Rahmen des gemeinsamen Kampfes der marxistisch-leninistischen Parteien weltweit.

### **Die Elemente, auf denen wir unsere These eines neuen Zyklus des Klassenkampfes stützen**

Seit den großen Mobilisierungen gegen die Rentenreform im Jahr 2023 hat sich der Klassenkampf in verschiedenen Bereichen weiterentwickelt. Wie wir bereits in früheren Artikeln für Einheit und Kampf betont haben, wurde die Arbeiter- und Volksbewegung in diesem über Monate andauernden Kampf nicht besiegt. Die Rentenreform wurde von der amtierenden Regierung durchgesetzt, gestützt auf polizeiliche Repression und sämtliche ihr zur Verfügung stehenden antidemokratischen institutionellen Mechanismen. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat dies unmittelbar erfahren und sich mit

bemerkenswerter Einheit und Entschlossenheit bis zum Ende dagegen gewehrt. Dieser Kampf hat eine Generation von Aktivisten und jungen Menschen geprägt.

Ein bedeutender Teil dieser Aktivisten hat ein vertieftes Bewusstsein dafür entwickelt, dass Staat, Institutionen, Regierung und Justizsystem im Dienst des Kapitals stehen. Dieses Bewusstsein haben wir in einem Slogan zusammengefasst, der weiterhin seine volle Gültigkeit besitzt:

*„Kapitalismus, Zerstörer von Leben – wir wollen dieses System nicht, wir bekämpfen es!“*

Der soziale und politische Beginn des Jahres 2025 (September) war von einer Reihe von Mobilisierungen gegen den Haushaltsentwurf der Regierung geprägt, der als Mega-Sparhaushalt bezeichnet wurde. Dieser Haushalt wurde von einer Regierung unter Bayrou als Premierminister vorgelegt, die über keine parlamentarische Mehrheit verfügte und sich auf eine Allianz aus Macrons Partei, der politischen Mitte und Teilen der Rechten stützte. Es folgte eine weitere Regierung gleichen Typs unter Barnier, deren Haushaltsentwurf bereits vom Parlament abgelehnt worden war. Der noch aggressivere Entwurf Bayrous konzentrierte sich ausschließlich auf Einsparungen zur Reduzierung der Staatsverschuldung und sah Kürzungen in Höhe von 44 Milliarden Euro vor.

Diese Summe wurde sofort als das verstanden, was den Arbeitnehmern und der Bevölkerung zur „Schuldenentlastung“ entzogen werden soll – im Rahmen eines Haushalts, der vor allem Großunternehmen und Reichen zugutekommt, die weitgehend von Steuern befreit bleiben. Der Premierminister erklärte mehrfach, er habe keineswegs die Absicht, „Unternehmen und Reiche zu besteuern“, um zu verhindern, dass sie ihre Milliarden anderswo investieren. Dies ist die Linie, die Macron seit seinem Amtsantritt verfolgt und die ihm früh den Titel „Präsident der Reichen“ eingebracht hat. Zugleich forderte er eine Erhöhung der Mittel für Armee und Polizei, angeblich zur Abwehr „russischer Bedrohungen“ – Teil der umfassenden Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

## **Großunternehmen beteiligen sich offen am Klassenkampf**

In diesem neuen Szenario beziehen Großunternehmer offen Stellung. Bernard Arnault, der reichste Mann Frankreichs (LVMH), erklärte jedem Versuch, die Superreichen zu besteuern, offen den Krieg und drohte mit Standortverlagerungen. Diese Kampagne, verbreitet durch die von der Oligarchie kontrollierten Medien, setzt Macron und seine Regierung unter Druck, ihre „wirtschaftsfreundliche“ Politik nicht infrage zu stellen und das Tabu einer auch nur minimalen Besteuerung des Großkapitals nicht zu brechen. Was die Großunternehmen jedoch am meisten fürchten, ist das Anwachsen der Arbeiter- und Volksbewegung.

## **Was die Mobilisierungen vom 10. und 18. September offenbarten:**

### **1 Die Haushaltsfrage als Systemfrage**

Bislang mobilisierte die Haushaltsfrage vor allem parlamentarische Parteien oder bestimmte Sektoren. Die Veröffentlichung der staatlichen Beihilfen für Unternehmen in Höhe von 270 Milliarden Euro verstärkte jedoch das Bewusstsein für die Rolle des Staates als Instrument im Dienst der Monopole, denen er einen erheblichen Teil des gesellschaftlichen Reichtums überträgt – auch jenen, die Milliardengewinne erzielen und gleichzeitig Arbeitsplätze vernichten. Sparpolitik gilt für uns; für die Reichen gibt es Subventionen – und bezahlen müssen immer wir.

### **2 Rente mit 64: weiterhin ein klares Nein**

Die Renten-Gegenreform wurde 2023 trotz massiver Mobilisierung mittels antideokratischer Mechanismen wie Artikel 49-3 durchgesetzt<sup>2</sup>. Das Rentenalter von 64 Jahren bleibt für die Beschäftigten inakzeptabel, verschärft durch wachsende Altersarmut, Kürzungen im Sozialbereich und steigende Lebenshaltungskosten. Auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sichtbar an der hohen Zahl von Arbeitsunfällen, verstärkt den Widerstand. Nicht zufällig stand die Rücknahme der Reform im Zentrum der Verhandlungen mit der vorherigen Regierung unter Lecornu.

### **3 Die massive Präsenz junger Menschen**

Die starke Beteiligung junger Menschen am 10. und noch stärker am 18. September ist von großer Bedeutung. Seit über einem Jahr mobilisieren sich Teile der Jugend gegen den Völkermord am palästinensischen Volk und die Komplizenschaft der Regierungen. Diese Erfahrungen haben ihr politisches Bewusstsein geschärft, insbesondere hinsichtlich des Imperialismus und der Rolle des französischen militärisch-industriellen Komplexes. Dies zeigt sich auch in Umweltkämpfen, Solidaritätsbewegungen (Kanaken) und im Widerstand gegen Polizeirepression. Die palästinensische Flagge war bei den Demonstrationen stark präsent, getragen vor allem von jungen Menschen.

### **4 Verstärkte Einbindung der Gewerkschaftsbewegung am 18. September**

Am 18. September intensivierten sich die Mobilisierungen, mit starker Beteiligung der Gewerkschaften. Besonders mobilisiert waren die RATP in Paris, die SNCF, der Sozialsektor, kommunale Beschäftigte und Betriebe in laufenden Arbeitskämpfen. Die nationale Einheitsinitiative aller großen Gewerkschaftsverbände spielte dabei eine zentrale Rolle, auch wenn die treibenden Kräfte weiterhin CGT und Solidaires sind. Unter den Aktivisten herrscht Einigkeit darüber, dass Einheit wichtig ist, entscheidend aber der Ausbau der Mobilisierung bleibt.

### **Ein zunehmend blockiertes politisches und institutionelles System**

Seit 2017 hat Macron fünf Premierminister und 165 Minister ernannt. Nach der Auflösung der Nationalversammlung im Juni 2024 verfügt er über keine parlamentarische Mehrheit mehr. Das neue Kräfteverhältnis umfasst drei Blöcke ohne Mehrheit: die Neue Volksfront (194 Abgeordnete), der Macron-Block (161, davon 92 Macronisten) und die extreme Rechte um Le Pen (123 Abgeordnete plus 16 Verbündete)<sup>3</sup>. Diese Konstellation macht stabile Mehrheiten praktisch unmöglich.

Die breiten Massen erleben dieses politische Chaos, das die Kluft zwischen ihren Forderungen und den angebotenen „Lösungen“ vertieft. Während weniger

<sup>2</sup> Die Regel 49-3 ist ein verfassungsrechtlicher Mechanismus, der es der Regierung erlaubt, ein Gesetz zu verabschieden, indem sie ihre Verantwortung – unabhängig davon, ob sie abgesetzt wird oder nicht – den Abgeordneten zur Abstimmung vorlegt.

<sup>3</sup> Die NFP vereint 71 Abgeordnete der LFI (Mélenchon), 38 der Grünen und 17 der PCF. Die Sozialistische Partei, die mit 69 Abgeordneten Teil der NFP war, hat sich insbesondere von der LFI distanziert.

politisierte Schichten dies mit „alle sind korrupt“ beantworten, was der RN auszunutzen versucht, wird in kämpferischen Bereichen die Notwendigkeit radikaler Veränderungen immer deutlicher.

### **Unsere Arbeit in diesem neuen Zyklus**

Die von uns gewählte Orientierung für den 10. und 18. September – die größtmögliche Einbindung der Gewerkschaftsbewegung in den Streik – war richtig und zeigte dort Wirkung, wo sie umgesetzt wurde. Unsere Partei war in Demonstrationen, unter Arbeitern und Jugendlichen präsent, ihre Slogans wurden positiv aufgenommen. Tausende Flugblätter wurden verteilt. Dies bestätigt die Notwendigkeit, unsere Propaganda weiter zu verbessern, insbesondere visuelle Materialien und unsere Website.

Zugleich organisierten wir Treffen rund um unsere

Zeitung *La Forge*, deren Analysen halfen, Kontakte zu Aktivisten und Jugendlichen zu knüpfen. So setzen wir unsere grundlegende Orientierung um, neue Aktivisten im Kampf für die Partei zu gewinnen.

Unsere Slogans bleiben gültig:

*Geld für Gesundheit, Bildung und soziale Dienste – nicht für Krieg!*

*Kapitalismus, Zerstörer von Leben.*

*Wir wollen dieses System nicht, wir bekämpfen es!*

**KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICH (PCOF)**

# INDIEN

## Entwaffnung der Arbeiterklasse: Stärkung des Staates Die neu verabschiedeten Arbeitsgesetze vom indischen Parlament

von CN Subramaniam

Im Jahr 2019 legte die Zentralregierung vier Entwürfe zu Arbeitsgesetzen vor, angeblich um 29 zentrale Gesetze zu konsolidieren. Diese sind:

1. Gesetz über Löhne
2. Gesetz über Arbeitsbeziehungen
3. Gesetz über die Sozialversicherung
4. Gesetz über Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Arbeitsbedingungen

Während das Gesetz über Löhne bereits 2019 verabschiedet wurde, wurden die anderen drei Gesetzesentwürfe im September 2020 verabschiedet. Eine Konsolidierung scheint auf den ersten Blick eine harmlose Idee zu sein, doch in Wirklichkeit geht sie weit über das Mandat hinaus und führt zu einer grundlegenden Umstrukturierung der Arbeitsbeziehungen im Land und einer Festigung der Rolle der Zentralregierung in den Arbeitsbeziehungen.

Die Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts konzentrierte sich darauf, das Recht auf Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer auf Betriebsebene, Branchen- oder Stadtebene und sogar auf nationaler Ebene sicherzustellen. Die Idee war nicht nur,

dass die Arbeitnehmer bessere Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie ein gewisses Maß an Kontrolle über den Produktionsprozess erhielten, sondern es sollte auch helfen, das Bewusstsein und Organisationen, die die Solidarität und Macht der Arbeiterklasse stärken, zu fördern. Diesen Rechten wurde ein gesetzlicher Schutz verliehen, sodass die Exekutive sie nicht willkürlich aufheben oder manipulieren konnte. Mit anderen Worten: Jede Änderung dieser Rechte musste vom Parlament durch einen Prozess der Debatte, Konsultation, Beratung und Abstimmung beschlossen werden. Zu den wichtigsten Rechten zählen das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und kollektive Verhandlungen zu führen, sowie das Recht auf Streik als legitime Form des Kampfes.

In vielerlei Hinsicht ging ein solches System, in dem die Arbeitnehmerrechte gesichert wurden, mit einer großen fabrikbasierten Produktion einher, bei der ein Großteil der Arbeiterklasse beschäftigt war. Es ging auch mit einem kapitalistischen System einher, das in Nationalstaaten angelegt war, von denen einige imperialistisch, andere kolonial oder halbkolonial oder einfach nur national kapitalistisch waren.

Dieses System aus Kapital, Staat, Arbeiterklasse und ihrer Rechte hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Transnationales Kapital ist nach wie vor in Nationalstaaten verwurzelt, überschreitet jedoch nationale Interessen zugunsten der Kapitalakkumulation; ein Produktionssystem, das nicht nur über kleine, kurzlebige Betriebe in verschiedenen Ländern verteilt ist, sondern auch relativ wenige Arbeitnehmer an automatisierten Maschinen beschäftigt; Der Großteil der arbeitenden Bevölkerung befindet sich in einem besonderen Status der Selbstständigkeit (sie beschäftigen sich selbst mit ihrem eigenen mageren Kapital) oder sind „Gig“-Arbeiter, die als „lokale Partner“ transnationaler Unternehmen behandelt werden, ohne auch nur den Status von Angestellten zu haben, oder sie sind als Vertragsarbeiter bei kleinen Arbeitsvermittlern beschäftigt... Offizielle Daten zu Fabriken zeigen, dass mehr als 47 % der Unternehmen weniger als 20 Arbeiter beschäftigen und nur 0,3 % der Unternehmen mehr als 5000 Arbeiter beschäftigen. Die große Bauernschaft hält prekär an ihrem Land fest und produziert für Agrarunternehmen und Banken unter Verwendung zunehmend schädlicher Betriebsmittel und Anbaumethoden. Diese Umwandlung der industriellen proletarischen Arbeiterklasse in „Selbstständige“, „Vertragsarbeiter“, „Hausarbeiter“ und „Gelegenheitsarbeiter“ ist ein markantes Merkmal des heutigen Sozialsystems. Bemerkenswert ist, dass mit dem beispiellosen Tempo der ursprünglichen Akkumulation, die traditionelle Bauern, Waldbewohner, Handwerker und Frauen ihrer traditionellen Kontrolle über Ressourcen und Arbeit beraubt und entfremdet und immer mehr Menschen proletarisiert und auf den Arbeitsmarkt geworfen werden.

Da das Kapital ungebunden wird und mit beispieloser Geschwindigkeit über Kontinente hinweg wandert, haben die Nationalstaaten es sich zur Aufgabe gemacht, einen einfachen Zugang zu billigen natürlichen Ressourcen, billigen und flexiblen Arbeitskräften und Märkten zu gewährleisten. Gesetze in Bezug auf Gemeingüter, Wälder, Mineral- und Wasserressourcen aller Menschen und sogar private landwirtschaftliche Flächen werden überarbeitet, um einen einfachen und unverantwortlichen Zugang zu Kapital zu ermöglichen. Auch Gesetze in Bezug auf soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung, die normalerweise ebenfalls in den Zustän-

digkeitsbereich des Nationalstaates fallen, werden überarbeitet. Die derzeitige Überarbeitung der Arbeitsgesetze in vier Arbeitsgesetzbücher muss ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Der vorgebliche Zweck der Gesetzbücher bestand darin, Dutzende von Gesetzen zu Arbeitsbeziehungen und Tausende von Gerichtsentscheidungen zu konsolidieren und zu rationalisieren sowie die Probleme der Arbeiter im boomenden „unorganisierten“ Sektor anzugehen. Es lässt sich nicht leugnen, dass die Arbeitsgesetze chaotisch waren und einer Rationalisierung bedurften. Ebenso ist genauso zutreffend, dass die bestehenden Gesetze nicht den Interessen der großen Mehrheit der Arbeitnehmer dienten, die nicht unter die Kategorie der Fabrikarbeiter fielen. Idealerweise hätte dies in Absprache mit den Gewerkschaften und nach eingehender Prüfung durch das Parlament geschehen müssen. Tatsächlich wurden die meisten Gesetze ohne jegliche Diskussion im Parlament verabschiedet.

Einige der Ideen, die die Gesetze durchziehen, sind wichtig zu beachten. Erstens sollen die gesetzlich gesicherten Sozialleistungen für Arbeitnehmer durch willkürliche, nicht einklagbare Sozialhilfeleistungen des Staates ersetzt werden. Angeblich sollen diese auch für nicht organisierte Arbeitnehmer gelten. Allerdings wurde eine große Zahl von Landarbeitern, Ladenangestellten und Hausangestellten aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgeklammert. Geschlechtsspezifische Themen wie sexuelle Belästigung von Frauen und Diskriminierung am Arbeitsplatz werden von dem Gesetz nicht abgedeckt. Ebenso wurde auch Kinderarbeit aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeklammert. Die Liste der von den Vorschriften ausgenommenen Berufsgruppen ist sehr lang: Sie umfasst Gelegenheitsarbeiter, Arbeitnehmer im Rahmen staatlicher Beschäftigungsgarantieprogramme (MNREGA), Beschäftigte in staatlichen Projekten wie Gesundheits- und Kinderbetreuungsarbeitern, Arbeitnehmer in Heimarbeit (wie „Bidi-Arbeiter“, die von zu Hause aus produzieren), Sexarbeiter usw. Somit ist das Gesetz nicht wirklich umfassend. Zweitens übertragen sie das, was zuvor gesetzlich geregelt war, zur Durchführung an die Exekutive. Mit anderen Worten: Die Definition einer Fabrik, wer ein Arbeitnehmer ist, welche Rechte er hat usw. wird nun von

der Regierung durch eine Verordnung festgelegt und durchgeführt. Auch hier hat sich das frühere System der Dezentralisierung, bei dem jede Landesregierung frei war, den Mindestlohn für den jeweiligen Bundesstaat festzulegen, geändert und liegt nun in den Händen der Zentralregierung. Drittens kriminalisieren sie gewerkschaftliche Aktivitäten wie Streiks und machen es Gewerkschaften unmöglich, eine formelle Anerkennung für Tarifverhandlungen zu erlangen. Andererseits entkriminalisiert es die Nichtzahlung von Mindestlöhnen, was einer Zwangsarbeit gleichkommt.

Das „Centre for Worker’s Management“ in Delhi, das mit der New Trade Union Initiative (NTUI) verbunden ist, hat eine ausführliche Kritik der neuen Arbeitsgesetze veröffentlicht und sie mit den älteren Gesetzen verglichen, die sie ersetzen sollen. Interessierte können diese Studie einsehen.

Wir werden die wichtigsten Argumente dieser Studie hier zusammenfassen.

### **Das Gesetz über Löhne**

Dieses ersetzt vier frühere Gesetze über die Zahlung von Löhnen, Mindestlöhnen, Prämien und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.

Die wichtigste Neuerung besteht darin, dass das Gesetz nicht mehr nur für bestimmte Bereiche gilt, wie es beim Mindestlohngesetz der Fall war, sondern auf alle Beschäftigungskategorien ausgedehnt wird, die von der Zentralregierung von Zeit zu Zeit durch einen Erlass festgelegt werden. Das frühere Gesetz übertrug diese Befugnisse den Landesregierungen, die nun von der Zentralregierung übernommen wurden. Dennoch wurde eine große Anzahl von Arbeitnehmerkategorien aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen: Landarbeiter, Hausangestellte, MNREGA-Arbeiter, Arbeiter im Rahmen staatlicher Programme, Gelegenheitsarbeiter, Heimarbeiter, Sexarbeiter usw. Diese Arbeitnehmer, die aus der Liste ausgeschlossen wurden, haben keinen Anspruch auf den Schutz durch Gesetze in Bezug auf Mindestlöhne usw.

Die Grundlage für die Berechnung des Mindestlohns wurde so angepasst, dass die jeweilige Regierung ihn deutlich unter dem Niveau festlegen

kann, das für ein gesundes Familienleben erforderlich ist. Dabei verleiht das Gesetz einem neuen Konzept namens „Floor Wage“ (Existenzlohn) im Gegensatz zum Mindestlohn Rechtsgültigkeit, unterhalb dessen keine Regierung den Mindestlohn festlegen kann. Nach den bisherigen Gesetzen war der Mindestlohn für alle Beschäftigungsverhältnisse einschließlich MNREGA verbindlich. Daher kam es unter dem früheren Regime nicht in Frage, etwas unterhalb des Mindestlohns festzulegen. Der Zweck der Einführung des Existenzlohns besteht darin, sicherzustellen, dass Arbeitnehmer, die im Rahmen informeller Vereinbarungen arbeiten, nur den Existenzlohn erhalten, der weit unter dem Mindestlohniveau liegt. Somit ist der vermeintliche Zweck der Ausweitung des Geltungsbereichs des Gesetzes auf alle Kategorien von Arbeitnehmern nur ein Vorwand, um doppelte Beschäftigungsstandards zuzulassen, nämlich solche unterhalb des Mindestlohns und solche unterhalb des Existenzlohns. Langfristig wird dies auch zu einer Senkung des Mindestlohniveaus führen.

Der Kodex greift in eine der ältesten Errungenschaften der Arbeiterklasse ein, nämlich den 8-Stunden-Arbeitstag, und ebnet den Weg für die Zentralregierung, durch eine Verordnung zu definieren, was ein Arbeitstag ist.

Auch die Bestimmung über gleichen Lohn für gleiche Arbeit wurde insofern angetastet, als das das neue Gesetz vorsieht, dass derselbe Arbeitgeber für ähnliche Arbeit nicht ungleich bezahlen darf – mit anderen Worten, in derselben Fabrik kann ein männlicher Arbeitnehmer, der direkt bei dem Unternehmen beschäftigt ist, für die gleiche Arbeit mehr bezahlt werden als eine weibliche Arbeitnehmerin, die über eine Leiharbeitsfirma eingestellt wurde.

Das neue Gesetz ändert auch die Rechtsvorschriften zur Zahlung von Boni (Anteil am Gewinn des Unternehmens), legt jedoch fest, dass die Kategorien von Arbeitnehmern, die Anspruch auf Boni haben, nicht durch das Gesetz, sondern durch eine Verordnung der Zentralregierung festgelegt werden. Ebenso wird die Methode zur Berechnung des Unternehmensgewinns (der den Bonus bestimmt) nicht durch das Gesetz festgelegt, sondern der jeweiligen Regierung überlassen.

Bisher wurden die Nichtzahlung des Mindestlohns und andere Verstöße gegen das Lohngesetz mit Geldstrafen und auch Freiheitsstrafen für den Arbeitgeber geahndet. Nach dem neuen Gesetz wurde zwar die Höhe der Geldstrafen erheblich erhöht, aber die Freiheitsstrafe wurde für den ersten Verstoß gestrichen, wodurch solche Handlungen faktisch entkriminalisiert wurden. Selbst bei wiederholten Verstößen wurde die Freiheitsstrafe erheblich reduziert (z. B. von fünf Jahren Freiheitsentzug auf drei Monate Freiheitsentzug für die Nichtzahlung des Mindestlohns).

### **Gesetz über Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Arbeitsbedingungen**

Dieses Gesetz ersetzt etwa 13 frühere Gesetze. Zu den wichtigsten Änderungen gehört die Anerkennung eines Arbeitsvermittlers als Arbeitgeber, der für die Sicherheit der Arbeitnehmer anstelle des eigentlichen Eigentümers der Fabrik verantwortlich ist. Dies eröffnet die Möglichkeit, die Beschäftigung von Leiharbeitern zu erhöhen, ohne dass der tatsächliche Eigentümer des Unternehmens dafür haftet. Gleichzeitig gilt das Gesetz nur für Fabriken mit mehr als 20 Beschäftigten (im Gegensatz zu 10 Beschäftigten in den bisherigen Gesetzen), wodurch fast die Hälfte der Unternehmen aus seinem Geltungsbereich herausfällt. Die früheren Gesetze legten die Arbeitszeit auf einen 8-Stunden-Arbeitstag fest und begrenzten die Überstunden pro Woche. Das neue Gesetz behält die 8-Stunden-Regelung bei, hebt jedoch die wöchentliche oder vierteljährige Begrenzung der Überstunden auf und eröffnet damit die Möglichkeit, die tatsächliche Arbeitszeit unbegrenzt zu verlängern. Während früher die Arbeitszeit, die Ruhezeiten usw. gesetzlich festgelegt waren, werden sie nun der Regierung überlassen. Während die Vorschriften bezüglich wöchentlicher Ruhetage und Ausgleichsurlaub für an Ruhetagen geleistete Arbeit überarbeitet wurden, um den Arbeitgebern mehr Flexibilität zu geben, wurden die Vorschriften bezüglich des Jahresurlaubs zugunsten der Arbeitnehmer geändert. Während nach den früheren Gesetzen 240 Arbeitstage geleistet werden mussten, um Anspruch auf einen Urlaubstag pro 20 Arbeitstage zu haben, hat ein Arbeitnehmer nach dem Gesetz Anspruch auf Urlaub, nachdem er 180 Arbeitstage geleistet hat.

Das neue Gesetz erlaubt die Beschäftigung von Frauen in Nachschichten, ohne ihre Sicherheit gesetzlich zu garantieren. Es sieht auch vor, dass eine Fabrik eine nahe gelegene, von der Regierung betriebene Kindertagesstätte (Anganwadi) für die kleinen Kinder ihrer Arbeiter benennen kann und die Einrichtung von Kindertagesstätten auf dem Fabrikgelände zu vermieden wird, damit berufstätige Mütter oder Väter ihre Kinder während der Arbeit betreuen lassen können.

Wie bereits erwähnt, entwickelt sich Leiharbeit zu einer wichtigen Methode, um Arbeitnehmern das Recht auf menschenwürdige Beschäftigung (mit Arbeitsplatzsicherheit, Familienlohn, sozialer Sicherheit usw.) zu verweigern und den Hauptarbeitgeber von jeglicher Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern zu entbinden. Sie macht die Arbeitsbedingungen für den Arbeitgeber flexibel und lässt die Arbeitnehmer für die Unwägbarkeiten des Marktes bezahlen. Außerdem führt sie zu Spaltungen zwischen den Arbeitnehmern eines Unternehmens, zwischen denen, die direkt vom Unternehmen beschäftigt werden, und denen, die über Leiharbeitsfirmen beschäftigt werden. Die Kämpfe der beiden Gruppen werden voneinander getrennt, und eine Gruppe von Arbeitern wird gegen die andere ausgespielt. Die weit verbreitete Praxis der Leiharbeit stärkt die Verhandlungsmacht der Arbeitgeber. Im Großen und Ganzen hat die Prekarität der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern deren gewerkschaftliche Organisation extrem erschwert. Lange und hartnäckige Kämpfe der indischen Arbeiterklasse hatten die damaligen Regierungen dazu gezwungen, Gesetze zu erlassen, um den Einsatz von Leiharbeitern zu regulieren und zu begrenzen. Diese Gesetze legen fest, für welche Art von Arbeit Leiharbeit nicht eingesetzt werden darf und unter welchen Bedingungen sie eingesetzt werden darf. Natürlich schützen diese Gesetze in der Regel die Interessen der Arbeitgeber, sie schränkten diese aber auch ein. Im Laufe der Jahrzehnte führten Rechtsstreitigkeiten auch zu Gerichtsurteilen, die oft die Interessen der Arbeitnehmer schützten und zu Präzedenzfällen wurden. Das neue Gesetz versucht, all dies zu konsolidieren und gleichzeitig seine Bestimmungen zu verwässern und der Regierung die Befugnis zu übertragen, einige wichtige Fragen zu regeln. So wurde beispielsweise die Schwelle für

die Anwendbarkeit der Bestimmungen über Leiharbeit von 20 auf 50 Arbeitnehmer angehoben. Somit kann ein Unternehmen nun bis zu 50 Arbeitnehmer beschäftigen, ohne dass die Bestimmungen dieses Gesetzes greifen. Früher durften Leiharbeitsfirmen Arbeitnehmer nur mit einer Lizenz beschäftigen, in der die Arbeitszeiten, Löhne usw. der Leiharbeiter festgelegt waren. Diese wurde nun durch eine unbestimmte „arbeitsspezifische Lizenz“ ersetzt. Das neue Gesetz sieht auch mehrere Möglichkeiten für die Beschäftigung von Leiharbeitern in sogenannten „Kernbereichen“ vor, in denen ein Unternehmen bisher nur reguläre Arbeitnehmer beschäftigen durfte. Darüber hinaus wurde für eine Vielzahl von Tätigkeitsbereichen (Reinigung, Sicherheitsdienste, Kantinen, Be- und Entladen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, Gästehäuser, Kurierdienste, Bauarbeiten, Garten Hauswirtschaft, Transport usw.) die Beschäftigung von Leiharbeitern erlaubt, wenn das Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens nicht in diesen Bereichen liegt.

Was die Arbeitssicherheit betrifft, so streicht das neue Gesetz mit einem Schlag alle Details zu branchenspezifischen Sicherheitsstandards aus dem Gesetz heraus und überträgt sie der Exekutive. Damit werden den Arbeitnehmern der rechtliche und justiziable Schutz am Arbeitsplatz genommen und dem Gesetzgeber das Recht entzogen, über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu beraten und Gesetze zu erlassen, die nun in die Zuständigkeit der Exekutive fallen. Außerdem wird festgelegt, dass die Regierungen der Bundesstaaten die vorherige Genehmigung der Zentralregierung einholen müssen, wenn sie solche Bekanntmachungen für ihre eigenen Bundesstaaten ändern wollen. Das neue Gesetz entzieht den Regierungsbehörden auch die Kontrolle der Einhaltung von Sicherheitsvorschriften und überträgt sie privaten Zertifizierungs- und Prüfstellen, die von den Fabriken beauftragt werden.

### Gesetz zur Sozialversicherung

Das neue Gesetz, das eine Reihe von Gesetzen zur sozialen Sicherheit von Arbeitnehmern ersetzt, berücksichtigt nun die Existenz einer großen Mehrheit von Arbeitnehmern, die außerhalb des organisierten Sektors tätig sind. Der unorganisierte Sektor umfasst Arbeitnehmer, die unter „unorganisierten“ Bedingungen innerhalb des organisierten Sektors

arbeiten (als Vertrags- oder Gelegenheitsarbeiter oder als Auszubildende), Arbeitnehmer in „ausgelagerten“ Tätigkeiten, wie z.B. „Bidi roller workers“, Gelegenheitsarbeiter usw. Diese arbeiten tatsächlich für bestimmte Unternehmen, auch wenn sie möglicherweise auf deren Gehaltslisten stehen. Seit langem fordern diese Arbeitnehmer die Anerkennung als Arbeitnehmer des Hauptunternehmens und Arbeitsbedingungen und Sozialversicherung, die denen regulärer Arbeitnehmer entsprechen. In vielen Fällen wurden Rechtsstreitigkeiten zugunsten dieser Arbeitnehmer entschieden. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl von „selbstständigen“ Arbeitnehmern, die Gelegenheitsarbeiten verrichten, Waren verkaufen, be- und entladen und eine Vielzahl von Dienstleistungen für eine große Zahl von Verbrauchern erbringen. Das neue Gesetz fasst beide Arten von nicht organisierten Arbeitnehmern in einer Kategorie von „nicht organisierten Arbeitnehmern“ zusammen und gewährt ihnen Versicherungsschutz im Rahmen staatlich geförderter Sozialversicherungssysteme. Dies kommt einer rechtlichen Ablehnung der Forderungen von Arbeitnehmern gleich, die indirekt bei größeren Unternehmen beschäftigt sind, als deren Arbeiter einen gesetzlich gesicherten Status und Sozialversicherung zu erhalten.

Die Arbeitnehmer des sogenannten unorganisierten Sektors müssen sich nun bei der Regierung registrieren lassen, um Sozialversicherungsleistungen in Anspruch nehmen zu können. Bei diesen Leistungen handelt es sich in Wirklichkeit um Zuwendungen der Regierung, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, sondern im Ermessen der Regierung liegen und von ihrer finanziellen Situation abhängen. Die Registrierung für diese Leistungen erfolgt „online“, und angesichts der begrenzten digitalen Kompetenz und Verfügbarkeit digitaler Geräte könnte es für Millionen von Arbeitnehmern sehr schwierig sein, sich mit den erforderlichen Unterlagen zu registrieren.

Einige dieser Sozialversicherungssysteme werden von kommerziellen Versicherungsgesellschaften betrieben, wie beispielsweise die Krankenversicherung. Verständlicherweise handelt es sich hierbei um gewinnorientierte Unternehmen, die versuchen, die Schadensfälle zu minimieren und eine Reihe von Bedingungen zu stellen. Im Gegensatz zur kostenlo-

sen medizinischen Versorgung für alle Erkrankungen, die die Zentralregierung für Armee-, Eisenbahn- und Regierungsangestellte bereitstellt, oder der staatlichen Arbeitnehmerversicherung, die für Arbeitnehmer des organisierten Sektors verfügbar ist, decken diese Versicherungssysteme nur einen Teil der medizinischen Bedürfnisse der Versicherten ab, und die Regulierung der Schadensfälle ist mit langwierigen Verfahren verbunden. Die Versicherungsprämien sollen von der Zentralregierung finanziert werden, aber es ist offensichtlich, dass die staatlichen Zuweisungen weit unter den tatsächlichen Haushaltsmitteln liegen, die erforderlich wären, um alle nicht organisierten Arbeitnehmer (die über 95 % der Erwerbsbevölkerung ausmachen) abzudecken.

Das neue Gesetz erlaubt es einem Arbeitgeber auch, mit Zustimmung der Mehrheit der Arbeitnehmer aus dem ESI-System auszusteigen, was in der Praxis bedeutet, dass den Arbeitnehmern höhere Löhne oder private Krankenversicherungen angeboten werden und die Gesundheitsversorgung privatisiert wird.

Das frühere Gesetz über Vorsorgefonds verpflichtete alle Arbeitgeber, 12 % des Lohns der Arbeitnehmer abzuziehen und einen gleich hohen Betrag für die Arbeitnehmer einzuzahlen. Dies würde den Rentenfonds für die Arbeitnehmer und auch einen Notfallfonds bilden. Nach dem neuen Gesetz wurde der Beitragssatz sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber auf 10 % des Lohns gesenkt, angeblich um den Arbeitnehmern ein höheres Nettoeinkommen zu ermöglichen. Dies gefährdet jedoch in Wirklichkeit die Zukunft der Arbeitnehmer, wenn sie nicht mehr arbeiten können.

Was die Mutterschaftsleistungen betrifft, so sieht das Gesetz eine wichtige Änderung zugunsten der Frauen vor: Während nach dem bisherigen Gesetz eine Arbeitnehmerin in den letzten 12 Monaten mindestens 160 Tage gearbeitet haben musste, um Mutterschaftsleistungen in Anspruch nehmen zu können, wurde dieser Zeitraum im neuen Gesetz auf 80 Tage verkürzt. Während jedoch nach dem bisherigen Gesetz der Mutterschaftsurlaub nichts mit der Anzahl der Kinder zu tun hatte, hat eine Frau nach dem neuen Gesetz für die ersten beiden Kinder Anspruch auf

26 Wochen Urlaub, für die folgenden Kinder wurde dieser jedoch auf 12 Wochen reduziert.

## **Gesetz über Arbeitsbeziehungen**

Das neue Gesetz ersetzt mindestens drei frühere Gesetze zu Arbeitskonflikten, Gewerkschaften und Arbeitsordnungen in der Industrie. Zunächst einmal erhöht das Gesetz die Schwelle für Unternehmen, die die Musterarbeitsordnung (Model Standing Orders, MSO) einhalten müssen, die sich auf die Offenlegung und Genehmigung verschiedener Aspekte der Arbeitsbedingungen durch einen Arbeitsbeauftragten bezieht. (Die MSO ist eine Reihe vordefinierter Regeln, die die Arbeitsbedingungen und das Verhalten in Industriebetrieben regeln. Diese Vorschriften zielen darauf ab, die Beschäftigungsbedingungen klar zu definieren und den Arbeitnehmern bekannt zu machen. Sie decken verschiedene Aspekte wie Arbeitnehmerklassifizierung, Arbeitszeiten, Urlaub, Kündigung und Disziplinarmaßnahmen ab. Unternehmensspezifische Standing Orders oder SO werden nach diesem Modell erstellt, ordnungsgemäß zertifiziert und ausgehängt.) Während das frühere Gesetz Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten betraf, wurde diese Schwelle nun auf 300 Beschäftigte angehoben. In einer Zeit, in der Fabriken automatisiert und Personal abgebaut wird, bedeutet dies, dass fast 90 % der Unternehmen nicht mehr darunterfallen. Somit wird fast die gesamte Belegschaft willkürlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sein.

Wie in vielen anderen Fällen schränkt das Gesetz auch die Befugnisse der Bundesstaaten zur Ausarbeitung von MSOs stark ein und ermöglicht es der Zentralregierung, bestimmte gemeinsame Regelungen für das gesamte Land festzulegen. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese gemeinsamen Regelungen entsprechend den Bedingungen von Bundesstaaten mit begrenzter Industrialisierung und Gewerkschaftsaktivität festgelegt werden und dass Bundesstaaten mit starken Gewerkschaften nicht in der Lage sein werden, die MSOs an die Bedingungen des Bundesstaates anzupassen.

Eine der wichtigsten Änderungen der Betriebsordnung für jedes Unternehmen besteht darin, dass sie nicht mehr für Probezeitbeschäftigte und Auszubildende gilt. In den letzten Jahren ist es zu einem

Trend geworden, eine große Anzahl von Arbeitnehmern unter diesen Bedingungen zu beschäftigen, und durch ihren Ausschluss aus der Betriebsordnung bringt das neue Gesetz sie nicht nur in eine prekäre Lage, sondern ermutigt die Unternehmen auch, mehr von ihnen zu beschäftigen.

Bei der Definition eines Arbeiters versuchten frühere Gesetze und Gerichtsentscheidungen, diese anhand der Art der Kontrolle über den eigenen Arbeitsprozess zu definieren, unabhängig davon, ob dieser beaufsichtigt wird oder nicht. Nach dieser Definition haben die Gerichte sogar einen Software-Ingenieur als Arbeiter behandelt. Nun streicht das Gesetz all diese Überlegungen und definiert einen Arbeiter unabhängig von der Art der Arbeit als jemanden, der ein Gehalt von weniger als 18.000 Rupien pro Monat bezieht. (Natürlich sind sowohl früher als auch heute die Polizei, die Streitkräfte usw. von dieser Definition ausgenommen.) Angesichts der relativ niedrigen Schwelle werden die meisten regulären Arbeiter, die mehr als diesen Betrag verdienen, vom Schutz des Gesetzes ausgeschlossen sein. In ähnlicher Weise nimmt das Gesetz erhebliche Änderungen an der Definition des Begriffs „Industrie“ vor. Während diese früher in erster Linie auf dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Herstellung von Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung materieller Bedürfnisse beruhte, macht das Gesetz nun das Gewinnstreben zum Hauptkriterium und schließt damit diejenigen aus, die angeblich gemeinnützige Arbeit und häusliche Dienste verrichten. Es sieht auch vor, dass die Zentralregierung alle Tätigkeiten bekannt gibt, die nicht unter diese Definition fallen. In jüngster Zeit haben die meisten großen Banken und Industrieunternehmen umfangreiche Aktivitäten ins Leben gerufen, die angeblich der Erbringung sozialer Dienstleistungen dienen (soziale Verantwortung von Unternehmen), und die meisten von ihnen erhalten lächerliche Gehälter, die weit unter den festgelegten 18.000 Rupien liegen. Das Gesetz scheint solche Arbeiter von seinem Geltungsbereich auszuschließen. Indem es sich auch das Recht vorbehält, weitere Kategorien von Tätigkeiten aus dem Geltungsbereich auszuschließen, verleiht es der Exekutive enorme Macht.

Was die Registrierung von Gewerkschaften betrifft, folgt das neue Gesetz der vor einigen Jahren

vorgenommenen Gesetzesänderung, wonach 10 % (oder 100 Arbeitnehmer) der Belegschaft einen Antrag stellen müssen und die Mitgliedschaft von der Unternehmensleitung überprüft werden muss, was der Unternehmensleitung ein Druckmittel zur Einschüchterung und Manipulation an die Hand gibt. Außerdem muss die Gewerkschaft weiterhin eine ähnliche Anzahl von Arbeitnehmern haben, was bedeutet, dass die Unternehmensleitung auch in Zukunft jederzeit nach Belieben ein Überprüfungsverfahren einleiten kann.

Während die Registrierung einer Gewerkschaft erschwert wird, läuft eine registrierte Gewerkschaft Gefahr, ihre Anerkennung zu verlieren, wenn sie gegen eine Bestimmung neuen Gesetzes verstößt. Wenn also eine Gewerkschaftsaktion wie ein Streik für illegal erklärt wird, kann die Registrierungsstelle ein Verfahren zur Aufhebung der Registrierung der Gewerkschaft einleiten. Im Gegensatz dazu führt ein Verstoß gegen das neue Gesetz durch den Arbeitgeber nicht zur Aufhebung der Registrierung oder gar zu strafrechtlichen Maßnahmen, sondern nur zu einer geringen Geldstrafe beim ersten Verstoß.

Eine der wichtigsten Kampfmethoden der Arbeitnehmer ist der Streik. Das Gesetz macht es praktisch unmöglich, legal zu streiken, indem es eine Vielzahl von Situationen festlegt, in denen Arbeitnehmer nicht streiken dürfen. Solche pauschalen Bestimmungen galten früher nur für öffentliche Versorgungsbetriebe und die Zivilverwaltung. Nach dem neuen Gesetz gelten sie nun praktisch für alle Industriebetriebe. Verstöße gegen diese Bestimmungen können nicht nur rechtliche Schritte nach sich ziehen, sondern auch Verfahren zur Aberkennung der Anerkennung einer Gewerkschaft.

Der allgemeine Trend der oben diskutierten Änderungen im neuen Arbeitsgesetzbuch deutet darauf hin, dass die Zentralregierung versucht hat, sich weitreichende Befugnisse bei der Regulierung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen anzumaßen. Obwohl dies angeblich dazu dienen soll, größere Investitionen durch transnationales Kapital zu ermöglichen und Arbeitsplätze im Land zu schaffen, vereinfacht es die Arbeitsbeziehungen in Wirklichkeit nicht, sondern erhöht nur die willkürlichen

Befugnisse der Exekutive des Staates. Dies dürfte zugunsten der kapitalistischen Clique genutzt werden, die die Regierung kontrolliert, und den Cliquen der Regierungspartei Möglichkeiten bieten, mit Investoren über illegale Gefälligkeiten zu verhandeln. Gleichzeitig werden durch die Zentralisierung dieser Möglichkeiten den regionalen Parteien und den in den Bundesstaaten regierenden Parteien ähnliche Möglichkeiten genommen.

Ein Argument, das im Zusammenhang mit diesen Gesetzen häufig angeführt wird, ist, dass sie alle Arbeiter, insbesondere die Arbeiter im informellen Sektor, abdecken. Die tatsächliche „Abdeckung“ bezieht sich jedoch eher auf staatlich geförderte Sozialleistungen und kommerzialisierte Versicherungsdienstleistungen als auf die Regulierung der Arbeitsbedingungen oder das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen dieser Arbeitnehmer. Tatsächlich werden diese Arbeiter ausdrücklich von der Anwendung solcher Regulierungsmechanismen oder der Gewerkschaftsbildung ausgeschlossen. Die staatlich geförderten Sozialleistungen werden nicht

als Ansprüche oder Rechte der Arbeitnehmer ausgezahlt, sondern als großzügiges Geschenk des Regierungschefs und dienen als Wahlkampfmittel. Sie werden somit eher dazu genutzt, den Personenkult um die Herrschenden zu stärken, als die Interessen, die Identität und die Organisation der Arbeitnehmer zu fördern.

Die Frage, die noch zu beantworten bleibt, ist, wie es der Zentralregierung gelungen ist, diese Gesetze im Parlament ohne auch nur ein Minimum an Konsultation oder Diskussion zu verabschieden. Wie konnte der Staat die gesamte Arbeiterklasse des Landes auf diese Weise als selbstverständlich annehmen? Dies deutet darauf hin, dass die Arbeiterbewegung und die Organisationen im Land in den letzten Jahrzehnten so geschwächt wurden, dass der Staat mit einer solch offensichtlichen Aufhebung von Rechten davonkommen konnte. Die Arbeiterbewegung muss daher ernsthaft über die langfristigen Auswirkungen dieser Entwicklung nachdenken und sich selbst überprüfen.

## REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE

# ITALIEN

## Kriegspolitik und Militarismus in Italien

### Italiens Stellung in der Atlantik-Frage

Seit der Landung der Alliierten im Juli 1943, während des Zweiten Weltkrieges, ist der US-Imperialismus besonders an der Position Italiens interessiert. Es gilt als „Schlüsselland“, in dem dieser eine dauerhafte Präsenz in Europa aufbauen, Militärbasen errichten und das er den eigenen antikommunistischen und hegemonialen Vorstellungen unterwerfen kann.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben unser Land stets als einen der Grundpfeiler gesehen, um ihre Vorherrschaft in Europa aufrecht halten zu können. Als verbündeter Staat, der bereit ist, ihre Außenpolitik zu unterstützen, sowie eine geostrategische Plattform, die es ihnen ermöglicht, leicht und schnell Gebiete zu erreichen, in denen enorme wirtschaftliche, energetische, politische und strategische Interessen auf dem Spiel stehen. Aufgrund dieser besonderen Lage beherbergt Italien das umfassendste Militärarsenal, über das die Vereinigten Staaten außerhalb ihres eigenen Territoriums verfügen, darunter etwa 90 Atombomben (50 in Aviano und 40 in Ghedi), was unser Land schrecklichen Risiken aussetzt. In den letzten Jahrzehnten hat der US-Imperialismus Italien durch offene (Marshall-Plan) und verdeckte Wirtschaftsfinanzierung, politische Einmischung, kulturelle Konditionierung

und geheime Aktivitäten fest im Griff gehalten. Dadurch konnten seine strategischen Interessen weiter verfolgt werden und eine Veränderung der politischen Ordnung Italiens wurde verhindert, das lange Zeit als „Grenzland“ (sowohl nach außen als auch nach innen) im Kampf gegen die Sowjetunion und die kommunistische und Arbeiterbewegung galt.

Die Politik und Gesellschaft Italiens, von der Nachkriegszeit bis heute, wurde enorm geprägt durch die Präsenz, der stetigen Einmischung und massive Interventionen des US-Imperialismus mit Unterstützung der herrschenden Klasse. Italien wurde dadurch zu einem Land mit einer stark eingeschränkten Souveränität, in dem ein republikanisches Regime mit formaler und begrenzter konstitutioneller Demokratie ein im Wesentlichen diktatorisches, bürgerliches, arbeiterfeindliches und antikommunistisches Regime verschleiert. Und das die innenpolitische Landschaft und Außenpolitische Entscheidungen konditioniert und sie der politisch-militärischen Strategie des Pentagons und der CIA unterordnet. Dies wurde ermöglicht durch die Komplizenschaft des antikommunistischen Machtblocks, bestehend aus den politischen Kräften des katholischen, liberalen, reaktionären und reformistischen Lagers, sowie den großen Staatsapparaten (ziviler-, militärischer-, offener- und verdeckter Natur), den wichtigsten

Industrie- und Finanzkonzernen, den Mainstream-Medien, den faschistischen und separatistischen Kräften, der Freimaurerei, der Führung der kollaborierenden Gewerkschaften, dem Vatikan und den reaktionären Predigern, der Mafia und anderen kriminellen Organisationen.

### **Die Mitgliedschaft in der NATO, eine Organisation des Krieges und des Terrors**

Der Beitritt Italiens in die NATO, gegründet im April 1949, ging mit einer Verstärkung der Streitkräfte und der Einrichtung geheimer Netzwerke für den „unorthodoxen Krieg“ gegen den Kommunismus (Operation Gladio und andere „Stay-behind“ Strukturen) einher und war das Kennzeichen dieser besonderen Situation. Alle Regierungen der Italienischen Republik und die Parteien, die sie unterstützten, schworen einerseits (formal) auf die Achtung der Verfassung, trugen aber andererseits auf verschiedenen Ebenen zur Verwirklichung der strategischen Ziele bei, die von den Vereinigten Staaten beschlossen worden waren, um den „Kalten Krieg“ mit allen Mitteln zu gewinnen und ihre Position als Hegemonialmacht zu behaupten.

Die Mitgliedschaft in der NATO und die Präsenz des US-Militärapparats in unserem Land waren für die herrschende Klasse und ihre verschiedenen politischen Kräfte bisher eine „unveränderliche und unbestreitbare“ Tatsache.

Dies erlaubte den Streitkräften der USA und der NATO sich vollständig in unser Territorium einzunisten (und dabei die Umwelt enorm zu verschmutzen, wie etwa in den Militärbasen in Sardinien). Militärische Stützpunkte und -Zentren wurden errichtet, um die Kontrolle über das Mittelmeer durchzusetzen und ihre militärischen Aktivitäten in Nordafrika und dem Nahen Osten durchzuführen. Nicht zuletzt auch als Rückzugs- und Startpunkt für Operationen in Osteuropa: Vom Balkan (Wir erinnern hier an den NATO-geführten Krieg gegen Jugoslawien) bis in die Ukraine.

### **Eine Konstante der italienischen Politik**

Ein konstantes Merkmal der bürgerlichen Politik Italiens, von der Nachkriegszeit bis heute, ist die besondere Anwendung der allgemeinen Strategie der USA, die sich „spezielle“ Mittel für ihre Umsetzung

und Verwirklichung verschafft hat. Zu diesen Mitteln gehören die Strategie der Spannung, Putschpläne, psychologische Kriegsführung, krimineller Handel, terroristische Operationen gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, gegen revolutionäre und jugendliche Protestbewegungen, gegen den Aktivismus der Bevölkerung. Das verfolgte Ziel war die Destabilisierung der Gesellschaft und die zeitgleiche Stabilisierung des reaktionären Lagers.

Die Leitung dieser Strategie lag seit jeher in den Händen der Kommandozentralen der USA und der NATO, in Kooperation mit der italienischen herrschenden Klasse und den Staatsapparaten. Die essentiellen Bestandteile zur Verfolgung dieser Strategie sind die garantie Erhaltung der Militärbasen der USA und NATO und ihr Zugang zu italienischem Territorium, zu den Häfen und dem Luftraum Italiens. Weiterhin ist die Stationierung strategischer und taktischer Raketen, der Kauf von immer ausgefeilterer Kriegsmaschinerie, die Erhöhung des Wehretats, die Vertraulichkeit von als „Verschlusssachen“ eingestuften Informationen, die Kontrolle über die wichtigsten Institutionen des Staats, die Bereitschaft, sich an militärischen und psychologischen Operationen zu beteiligen etc., von großer Bedeutung, um Spaltungen innerhalb des NATO-Raums entgegenzuwirken.

Aus diesem Grund wurde den Parteien und Elementen, welche die US-amerikanischen „Sicherheitsinteressen“ nicht vollständig garantierten, der Zugang zu Macht, insbesondere in Schlüsselministerien verwehrt, vor allem im Hinblick auf die Einhaltung der US-Richtlinien in konventionellen und nuklearen Militärangelegenheiten.

### **Die italienische Bourgeoisie als „Klient“ der USA**

Es lässt sich, ohne Zweifel, von keiner Allianz (auf Augenhöhe) zwischen den USA und Italien sprechen; aber wir können diese Beziehung auch nicht als eine simple Vasallenschaft verstehen.

Tatsächlich hat sich die italienische Bourgeoisie der Supermacht USA untergeordnet, indem sie Vertuschungen und Irreführungen usw. gedeckt hat. Dies nicht nur, um ihre Loyalität gegenüber dem Atlantik zu bekräftigen, sondern auch um ihre Klasseninter-

essen und Privilegien zu verteidigen, ihre imperialistischen Ambitionen in einem von zahlreichen Konflikten geprägten Gebiet zu verfolgen, ihre Position auszunutzen und die „Rendite“ der US-Finanzierung zu maximieren. Und um das System der Ausbeutung und seine unterdrückerischen Institutionen zu erhalten, die politische Lage zu stabilisieren und den revolutionären Prozess zu blockieren.

Belege für diese „aktive“ Unterordnung, in der sich die herrschende Klasse einen begrenzten Spielraum vorbehalten hat, sind in den zahlreichen Auslandseinsätzen zu finden (etwa 50, auch außerhalb des NATO-Einsatzgebietes). Ob es die spezifischen Motivationen des italienischen Imperialismus in Libyen und anderen afrikanischen Staaten, auf dem Balkan, im erweiterten Mittelmeerraum sind oder die Rolle Italiens auf europäischer Ebene bei der Herstellung und dem Verkauf von Waffen und Militärsystemen weltweit. All diese Aktivitäten erfolgen stets in Übereinstimmung mit den von den USA auferlegten Beschränkungen. Natürlich gibt es gemeinsame Interessen des westlichen NATO-Blocks, der eine militärische Präsenz an strategischen Positionen wie dem Roten Meer und dem Nahen Osten aufrechterhält und pro-westliche und reaktionäre Regime wie das von Al Sisi in Ägypten unterstützt.

Dennoch sind die Beweggründe für die sorgfältige und ununterbrochene Kontrolle der USA über die italienische Bourgeoisie darin zu finden, unser Land in ihrem Einflussbereich zu halten und sich die vollständige Bereitschaft des italienischen „Satelliten“ zu garantieren. Ein Land, welches für die Kontrolle und Stabilität des Mittelmeerraums und Europas von entscheidender Bedeutung und gleichzeitig der heikelste Punkt der atlantischen Ausrichtung für die Programme und Operationen der USA ist.

Nach dem Zerfall der revisionistischen Sowjetunion kam es zu einer Herabstufung der geostrategischen Bedeutung Italiens. Das grundlegende Interesse der Vereinigten Staaten an unserem Land hat jedoch nie nachgelassen und wurde sogar noch verstärkt. Dies hat sich in der Stärkung der Südflanke der NATO und in der Herausforderung rivalisierender Länder, insbesondere Chinas und Russlands, niedergeschlagen, um diese im Kampf um die globale Vorherrschaft zu behindern und zu schwächen (z. B. durch

die Weigerung, sich an der Neuen Seidenstraße zu beteiligen, durch die Teilnahme an euro-atlantischen Initiativen, durch die Präsenz im Mittelmeerraum und im Indopazifik usw.). Aber auch, um als „Trojanisches Pferd“ in der EU zu agieren, um diese an die Vereinigten Staaten zu binden und das imperialistische Deutschland in Schach zu halten.

### **Der kontinuierliche Anstieg der Militärausgaben**

Mit der Zuspitzung der interimperialistischen Widersprüche begann der Anstieg der Militärausgaben in der EU und in unserem Land. Die Meloni-Regierung erhöhte diese von 24 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 32 Milliarden Euro im Jahr 2024, und belegt damit den fünften Platz innerhalb der NATO und den 12. Platz im weltweiten Vergleich. Das Ziel 2% des eigenen BIPs für das Militär auszugeben, was im Falle Italiens 42 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten würde, soll noch 2025 eingehalten werden. Dies würde schwere Einsparungen im Gesundheitswesen, Verkehr, Bildung und wissenschaftliche Forschung zur Folge haben.

Der Wiederaufrüstungsprozess ist in den letzten Jahren rasch vorangeschritten, wobei mehrere Programme betroffen waren:

Die Armee, mit dem Programm zur Verstärkung der gepanzerten Streitkräfte:

- 280 neue Schwerpanzer des Typs „Panther“ und weitere Tausend Leichtpanzer des Typs „Lynx“ unterstützen die schon einsatzbereiten 125 schweren „Ariete“-Panzer.
- Geplant sind circa 150 neue selbstfahrende Haubitzen „Rch155“, die die bereits modernisierten 70 „Pzh2000“ ergänzen. Darüber hinaus werden auch die Radpanzer-Einheiten um 150 „Centauro 2“ und 76 „Freccia Plus“ ergänzt, neben den 250, die bereits im Einsatz sind. Renoviert wird auch die Kampfhubschrauber-Flotte mit über 100 neuen Flugzeugen der „Aw249“- und „Aw169“-Modelle. Erwartet werden dazu noch sechs Raketenbatterien zur Flugabwehr „Samp/t“ und rund 20 Raketenwerfer „Himars“, neben umfangreichen Lieferungen von 155 mm-Artilleriegeschossen.

Die Luftwaffe:

- Das Eurofighter-Programm, mit der Bestellung

von 24 "Typhoon"-Kampfflugzeugen im Wert von 7,5 Milliarden Euro, erweitert das bereits bestehende Arsenal von 93 bereits im Einsatz. Für das F-35-Programm werden 25 Bomber nachgefragt, im Wert von 7 Milliarden Euro, neben den 90 bereits bestellten. Zudem wird die derzeitige Flotte von Radarflugzeugen für die elektronische Kriegsführung und Tankflugzeuge zur Luftbetankung verstärkt. Darüber hinaus rüstet sich die Luftwaffe mit einer Flotte bewaffneter Drohnen aus.

Die Marine:

- mit den neuen, mit Raketenabschussvorrichtungen ausgestatteten, Fregatten "Fremm". Das Bauprogramm für sieben Hochsee-Patrouillenboote Ppa und vier leicht gepanzerte Patrouillenboote Ppx (insgesamt mit einem Wert von 1,2 Milliarden) wird fortgesetzt. Dazu kommen vier europäische Korvetten und zwei neue Schiffe für spezielle Unterwasseroperationen. Die zwei Zerstörer "Orizzonte" werden momentan ausgebaut und erhalten Verstärkung in Form zweier Superzerstörer/Kreuzer Ddx (für 2,7 Milliarden Euro). Nach dem Stapellauf des neuen Flaggenschiffs "Trieste", einem Flugzeugträger für die F-35B-Kampfflugzeuge, werden vier zusätzliche U-Boote, sowie 12 Minensuchboote und drei Landungsschiffe gebaut.
- Auch die Bordluftkomponente wurde erneuert: nicht nur mit den F-35B, sondern auch mit 9 weiteren U-Boot-Abwehrflugzeugen, mit der Modernisierung und Erweiterung der Hh101-Hubschrauber und mit eingebetteten Drohnen. (Quelle: Milex)

Zeitgleich mit der Aufrüstung steigt auch der Export von Waffen. Zwischen 2020 und 2024 erhöhte sich die Anzahl gelieferter Waffen aus Italien um 138%, verglichen mit den Jahren 2015 bis 2020, was Italien vom zehn größten- zum sechstgrößten Waffenexporteur weltweit macht. (Quelle: Sipri). Laut der „Rete Italiana Pace e Disarmo“ (italienisches Netzwerk für Frieden und Abrüstung) bringen Lizenzen für italienische Waffenexporte mehr als 7,5 Milliarden Euro Gewinn ein. Leonardo S.p.A. hält 30% dieser Gewinne. Der Mischkonzern zählt zu den 20 größten Waffenherstellern weltweit, mit einem geschätzten Umsatz von 11,5 Milliarden Euro.

## Die neue Erhöhung des Militärbudgets und ihre Profiteure

Heute gibt es starken Druck seitens der USA und der NATO, die Ausgaben zu erhöhen, was von der Regierung Meloni voll und ganz unterstützt wird.

Das zuvor angesprochene Ziel, die italienischen Investitionen in die Armee auf 2% des BIP anzuheben, soll innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 5% des BIP erhöht werden. Dies würde Militärausgaben von über 100 Milliarden Euro jährlich bedeuten. Die Folgen für die Sozial- und Sozialversicherungsausgaben sowie für die Besteuerung werden verheerend sein. Dazu kommen die Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union. Am 6. März dieses Jahres hat der Europäische Rat "ReArm Europe" verabschiedet, einen 800 Milliarden Euro schweren europäischen Aufrüstungsplan, um die "gemeinsame Verteidigung" zu stärken.

Der neue Europäische Verteidigungshaushalt von 131 Milliarden Euro, wie es die Europäische Kommission unter Präsidentin von der Leyen vorschlug, wird für unser Land über einen Zeitraum von sieben Jahren Beiträge in Höhe von etwa 16,8 Milliarden Euro bedeuten, was zusätzliche Ausgaben von 2,4 Milliarden Euro pro Jahr bedeutet. Oft werden diese Ausgaben als zivile Investitionen getarnt, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Wer tatsächlich von diesen gigantischen Investitionen profitiert sind die Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes (Leonardo, Financier, Beretta, Mdb, etc.), die ihre Vertreter in Regierung und Parlament haben, wo sie großen Einfluss auf die politische Agenda in Italien ausüben. Dieselben Kräfte, die die Kriegswirtschaft stärken wollen, setzen sich für die erzwungene Befriedung der Hinterfront der Kriegsgebiete durch Sicherheitsgesetze (etwa mit dem Gesetz 80/2025, welches "zum Schutz der Bevölkerung vor Terrorismus und der Mafia" bewilligt wurde).

## Die Militarisierung der Jugend

In diesem Kontext beobachten wir eine zunehmende Militarisierung in den Schulen, in den Universitäten und der Jugend im Allgemeinen. Militärpersonal greift weitreichend in diese Bildungsstätten ein, begleitet von unaufhörlicher kriegstreiberischer Pro-

paganda. Dies stellt ein ideologisches Instrument der Kriegsabhängigkeit und der „Überwachungsellschaft“ dar.

Die Unterwanderung der Förderung des Militarismus in Italien schreitet in alarmierender Weise voran und betrifft eine immer jüngere Altersgruppe. Die Aktivitäten reichen von Besuchen in Militärzentren, Konferenzen, Unterricht, Treffen und Feiern mit Offizieren und Unteroffizieren der Armee und der Carabinieri über Trainingsübungen in militärischen Einrichtungen bis hin zu Stipendien für „Kriegshelden“ usw.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Bildungsministerium, regionaler Schulbehörden und dem Verteidigungsministerium, der Marine, den Carabinieri (Militärpolizei in Italien), den Bersaglieri (Infanterietruppe des italienischen Heeres), etc. geht soweit, dass sogar die staatsbürgerliche Erziehung den Streitkräften anvertraut wird.

In den Schulen werden Interventionen von hochrangigen Militärrkommandanten und Armeeeinheiten organisiert, zusammen mit Jugendlichen, die in ihrer Kindheit und Pubertät von den Manifestationen der Gewalt und des Autoritarismus der Streitkräfte mitgerissen werden.

Dass kein Bereich des öffentlichen Lebens von dieser Entwicklung ausgenommen ist, zeigt ein Beispiel: Der italienische Spielzeughersteller „Giochi Preziosi“ nahm vor einigen Jahren nach mehreren Protesten und öffentlicher Empörung eine Reihe von Schultaschen mit militärischen Logos und Slogans mit stark militärischer Konnotation vom Markt. Es ist festzustellen, dass eine wichtige Zielgruppe vieler Modeartikel Kinder sind, die von klein auf mit Inhalten konfrontiert werden, welche die militärische Subkultur normalisieren und fördern.

Im Internet finden wir die intensivste Form dieser Propaganda vor. Tatsächlich vervielfachen sich, vor allem auf den Social-Media-Seiten, die Werbeanzeigen für Militärschulen und Rekrutierungszentren unverhältnismäßig stark. Um die Rekrutierung weiter anzutreiben, wird der Militarismus auch über Freizeitaktivitäten und sportliche Angebote verbreitet. In Italien findet man zahlreiche Initiativen im

Zusammenhang mit „Militärischer Fitness“, die aus militärischen Touren und Trainings zur Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit bestehen. Wir sollten die Hintergedanken hinter dem einfachen körperlichen Training nicht unterschätzen: öffentliche Zugänglichkeit, die oft auf der Ebene der PCTO (obligatorische Ausbildungswege für Schüler der Sekundarstufe) und der „Tage der offenen Tür“ für diese Aktivitäten gefördert wird, die manchmal von Propaganda zum Zwecke der Rekrutierung für die Streitkräfte begleitet werden.

Diese voranschreitende Unterwanderung entlarvt, welche bevorzugte Stellung die Rekrutierung in der Gesellschaft genießt und mit welchen Anreizen und üppiger Finanzierung noch attraktiver gemacht wird. Oftmals begleitet von Unternehmen und öffentlichen Trägern, welche aus Profitinteressen die Aufrüstung anheizen. Dazu gehört auch Leonardo S.p.A., der Gigant der italienischen Rüstungsindustrie, der häufig an „alternativen Arbeits- und Schulprojekten“, PCTOs und „Dual-Use“-Projekten beteiligt ist, die an Universitäten entwickelt werden, wo die Universitäten und technischen Institute in Zusammenarbeit mit den Streitkräften Ausbildungsaktivitäten in technologischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereichen fördern, die mit der Kriegspolitik in Zusammenhang stehen.

Die große Gefahr liegt darin, dass weitere Kriegsunternehmen zunehmend die Schulen unterwandern und durch die Förderung einer pro-aufrüstungs- und pro-kriegsorientierten Rhetorik zur Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen beitragen. Die Schüler nehmen an PCTO-Projekten im Zusammenhang mit militärischen Strukturen teil, mit dem Ziel, Disziplin, Führungsqualitäten, Notfallmanagement und Zivilschutz zu erlernen, manchmal sogar mit körperlichen Übungen. Diese Aktivitäten werden unter der Aufsicht von Militärpersonal durchgeführt, und in einigen Fällen werden Technologien im Zusammenhang mit der „Verteidigung“ vorgestellt.

Kasernen und andere militärische Basen werden zu Bildungseinrichtungen für die dort arbeitenden Studierenden und SchülerInnen, wie etwa auf dem NATO-Flugplatz in Sigonella auf Sizilien. Hier haben Tausende von Studierenden und SchülerInnen

an „Orientierungsprogrammen“ teilgenommen. Ebenfalls auf dem NATO-Stützpunkt in Sigonella wurden Veranstaltungen wie Schulausflüge dokumentiert, bei denen Schüler an Werbeaktionen von US-Fastfood-Unternehmen innerhalb des Militärstützpunkts teilnahmen. Diese Initiativen sind ein Versuch, die Präsenz des US-Militärs im lokalen Schulleben zu normalisieren und Freizeitveranstaltungen zu nutzen, um die Bindung zu jungen Menschen zu stärken.

Dies geschieht während Militärmanövern wie dem sogenannten „Open Sea“, das im März-April 2025 in den Gewässern des Mittelmeers unter der Schirmherrschaft der NATO und unter Beteiligung von 9.500 Militärangehörigen und 15 italienischen Universitäten durchgeführt wurde, an denen Dutzende von Teilnehmern, darunter Professoren und Studenten verschiedener Fachrichtungen, beteiligt waren. Eine weitere Erscheinung der Militarisierung in Italien ist der „Frecce tricolori“, der Kunstflugstaffel der italienischen Luftwaffe, welche die drei Farben der italienischen Flagge an hohen Feiertagen versprüht. Neben der offensichtlichen Verschwendug von Geld stellt sie auch ein enormes Sicherheitsrisiko für die Allgemeinheit dar, wenn man sich die vielen zivilen Opfer dieser Stunteinlage der letzten 40 Jahre ins Gewissen ruft.

Ein Argument im Zusammenhang mit dem Phänomen des zunehmenden Militarismus ist die Rhetorik, dass „die Streitkräfte konkrete Beschäftigungsmöglichkeiten bieten“. Diese Propaganda findet leicht Akzeptanz bei Generationen, die keine sichere berufliche Zukunft haben, kein stabiles Einkommen beziehen und oft in den vermeintlichen Werten der Streitkräfte eine Funktion sehen, die die Leere in ihrem Leben füllt.

Die fortschreitende Unterwanderung der Schulen durch Militarismus geht Hand in Hand mit der Zerstörung des antifaschistischen Bewusstseins. Tatsächlich hat die Regierung Meloni den Vertrag mit der ANPI (Nationale Vereinigung der Partisanen) über antifaschistische Bildung in Schulen nicht verlängert, die jungen Menschen die Gewalt und Zerstörung bewusst macht, die der Faschismus in Italien vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht hat.

Ein weiterer Aspekt der Militarisierung ist die Institutionalisierung der Streitkräfte an nationalen Feiertagen. Der 4. November (Tag der nationalen Einheit und der Streitkräfte) und der 2. Juni (Tag der Republik) sind ein deutliches Beispiele dafür, Militärparaden und Feierlichkeiten der Streitkräfte dienen dazu, die Natur, die Ursachen und den Kontext des Ersten und Zweiten Weltkriegs zu verschleiern, in denen Hunderttausende jungen Menschen masakriert wurden, im vom Imperialismus und Faschismus geführten Kampf.

Die Mentalität, die die Bourgeoisie den jungen Menschen einflößen will, hat Verteidigungsminister Crosetto selbst auf den Punkt gebracht:

*“Wenn ihr studieren wollt, müsst ihr aufrüsten!”*

Ist das, was die neuen Generationen lernen sollen? Eine Zukunft des Krieges und der Zerstörung für unser Land und für den Rest der Welt? Wir müssen uns mit aller Macht gegen diese Demagogie, gegen diese politischen und kulturellen Fallen wehren, mit denen die Bourgeoisie das Kriegsklima schürt und normalisiert, und wir müssen ihre Unterstützer entlarven. Dazu gehören auch die reformistischen Parteien, die, wie vor einem Jahrhundert, weiterhin das System und die unvermeidlichen Kriege unterstützen, die im Namen des Kapitals geführt werden.

## Die Stärkung der Reihen der Streitkräfte

Die Kriegspolitik kommt nicht ohne die Vorbereitung angemessener Streitkräfte aus, insbesondere einer großen stehenden Armee als Instrument der Gewalt des bürgerlichen Staatsapparats für externe Aggression und interne Repression. Die Armee besteht hauptsächlich aus jungen Menschen, die aus den Reihen der Arbeitslosen rekrutiert und ideologisch und militärisch ausgebildet werden. Die Ausbildung beginnt, wie wir gesehen haben, bereits in den Schulen und ist ein zentraler Aspekt der Kriegspolitik.

In Italien wurde die Wehrpflicht per Gesetz im Jahr 2004 ausgesetzt, aber nie abgeschafft. Das Gesetz sieht vor, dass die Wehrpflicht in folgenden Fällen wieder eingeführt werden kann:

- Erklärung des Kriegszustands gemäß Artikel 78 der Verfassung;

- einer schweren internationalen Krise, in die Italien direkt verwickelt ist oder aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation (NATO).

In mehreren Gemeinden in Italien wird derzeit die Aktualisierung der Wehrdienst-/Einberufungslisten durchgeführt; sie umfassen männliche Bürger im Alter von 17 bis 45 Jahren.

Mit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine begann eine Debatte innerhalb bürgerlicher Parteien über die Wiedereinführung der Wehrpflicht (Die Lega Nord hat einen entsprechenden Gesetzesvorschlag eingebbracht), wie sie auch in Deutschland mit der Reform des Wehrdienstes vorgeschlagen wird. Angesichts der aktuellen Instabilität, der Eskalation von Krisen und der starken interimperialistischen Spannungen, drängt die Militärführung auf eine Aufstockung der Personalstärke.

Masiello, der Generalstabschef des Heeres, erklärte, dass zur Aufrechterhaltung eines hochintensiven Konflikts über 40.000 zusätzliche Männer und Frauen für das Heer erforderlich wären. Cavo Dragone, ehemaliger Chef des Verteidigungsstabs, sagte, dass die italienischen Streitkräfte mit 170.000 Aktiven „am Rand des Überlebens“ seien. Credentino, Stabschef der Marine, forderte eine Aufstockung der Mittel auf 39.000 Truppen.

Als Alternative zur Wehrpflicht, die hohe Kosten verursacht und negative wirtschaftliche Auswirkungen hätte, setzen die Kriegsbefürworter auf die Schaffung einer operativen Reserve von mindestens 30.000 Einheiten, die je nach Bedarf unterschiedliche Aufgaben übernehmen kann (von der Gebietsspatrouille bis zur Unterstützung professioneller Einsatzkräfte). In diesem Punkt sind sich Regierung und Oberkommando einig. Verteidigungsminister Crosetto erklärte, die Regierung werde eine „Überarbeitung der Reserve“ vorantreiben, insbesondere der „ausgewählten Reserve“, bestehend aus ausgebildetem Personal (nicht nur ehemaligen Militärangehörigen, sondern auch Ingenieuren, IT-Experten und Hackern), um Truppen bei lang andauernden Konflikten zu unterstützen.

Parallel zu diesen Vorhaben entwickeln sich weitere Projekte, etwa jenes aus einem Gesetzentwurf der Fratelli d’Italia (Brüder Italiens, der Partei Melonis), der dem Militär den Status von Amtsträgern und die Befugnis zur Durchführung von Durchsuchungen einräumt.

## Der Kampf gegen den Militarismus

Militarismus ist ein weitreichendes, facettenreiches Phänomen, das in der Ära des Imperialismus sehr verbreitet ist. Er ist Ausdruck der brutalen Gewalt innerhalb von Gesellschaften, die zwischen Klassengegensätzen zerrieben werden. Ein Kind der imperialistischen Bourgeoisie, Zwillingsbruder von Faschismus und Chauvinismus, enger verbunden mit der Staatsbürokratie. Er vergiftet das gesellschaftliche Klima, erstickt die proletarische Jugend und bereitet sie auf neue Massaker vor.

Der moderne Militarismus ist eine Medaille mit zwei Seiten: eine äußere, verbunden mit Raub- und neokolonialen Kriegen und eine innere, mit der Aufgabe, die verfallene bestehende Gesellschaftsordnung zu verteidigen und den Kampf für die Emanzipation des Proletariats zu unterdrücken. Um seine Ziele zu erreichen, braucht der Militarismus mächtig, agile und gefügige Instrumente, die ideologisch gut kontrolliert werden. Der „militärische Geist“ wird den neuen Generationen insbesondere durch alle Kanäle von Kommunikation, durch Bildung und Technologie eingeimpft. Dies geschieht in jedem Lebensbereich, in denen junge Menschen leben, produzieren und sich fortpflanzen.

In den Schulen und Universitäten wird eine echte militaristische Pädagogik entwickelt, wo Programme zur intellektuellen, psychologischen und kulturellen Konditionierung entwickelt werden, um den Hass zwischen den Völkern zu schüren, junge Menschen zu vergiften und sie in ausreichender Zahl anzuziehen, um den „modischen Beruf“ wiederzubeleben, der durch die Uniform mit Insignien geweiht ist. Auch die Faschisierung schreitet durch diese Programme voran. Unter dem Motto „si vis pacem para bellum“ (tatsächlich gilt: wer den Krieg vorbereitet, wird den Krieg bekommen) verbreiten unzählige Organisationen, Vereine, Programme und

Kooperationen die Militarisierung der Schülerschaft und wecken falsche Erwartungen.

Der Einfluss des Militarismus auf die Bevölkerung wird von einem Heer von Scharlatanen und Verkäufern der Ware „Sicherheit“ ausgenutzt. Sie finden ihre entschiedensten Verteidiger unter den Managern der großen staatlichen und privaten Kriegsunternehmen, die sich mit sagenhaften Dividenden bereichern, und unter den gut bezahlten hohen Offizieren der Streitkräfte sowie den Ministern und Führern der bürgerlichen, reaktionären und reformistischen Parteien.

In unserem Land entwickelt sich das Phänomen des Militarismus in einem bestimmten Bereich: Dem der NATO, die Programme ausarbeitet, Zeiten und Rhythmen vorgibt, gemeinsame Verpflichtungen festlegt sowie Ziele und Aufgaben definiert. Ökonomisch nährt er sich aus dem Staatshaushalt, der bei den Posten „Militär- und Sicherheitsausgaben“ kontinuierlich aufgestockt wird, wobei die gesamte Last vollständig auf die Schultern der Arbeiterklasse sowie auf die ärmsten und schwächsten Teile der Gesellschaft abgewälzt werden.

Die wachsende Bedeutung der großen Unternehmen im Kriegssektor, als Treiber der politischen Reaktionen; die Verflechtung von Militärausgaben, Verträgen und Industrien; die engen Beziehungen zum Energiesektor und zu anderen Schlüsselindustrien (Elektronik, Chemie, Automobilindustrie usw.) zeichnen eine zunehmende Kriegswirtschaft unter dem Dach des staatlichen Monopolkapitalismus.

Doch der Militarismus hat eine Grenze: Den Widerstand des Proletariats und der Volksmassen gegen den Militarismus, der sich in zahlreichen Formen und Aktivitäten zeigt und entwickelt und heute im Widerstand gegen die Aufrüstung als einem Schlüsselfaktor der Massenmobilisierung seinen Ausdruck findet.

Der Militarismus ist eine tödliche Gefahr für Menschheit und Natur, ein erbitterter Feind des Friedens und ein furchterregender Gegner der proletarischen Revolution. Die Ablehnung des Militarismus und seine Schwächung ist eine lebenswichtige Frage für die Entwicklung des Klassenkampfs der Ausgebeuteten und Unterdrückten, insbesondere der proletarischen Jugend.

Der antimilitaristische Kampf, Proteste gegen die Gefahren des und gegen die Barbarei der andauernden bewaffneten Konflikte, die Ablehnung steigender Militärausgaben, die Notwendigkeit des Austritts aus kriegstreiberischen Bündnissen wie der NATO, die Verweigerung, im Namen der Bourgeoisie gegen andere Proletarier Waffen zu tragen, sowie die Solidarität mit unterdrückten Völkern wie dem palästinensischen Volk – all das darf nicht aus sentimental oder humanitärer Perspektive geführt werden, sondern aus der Sicht des revolutionären Proletariats, mit seinen historischen und unmittelbaren Forderungen.

Der Kampf gegen den Militarismus ist ein wichtiger Bereich, um die proletarische Jugend für den wissenschaftlichen Sozialismus zu gewinnen. In der kommunistischen Propaganda müssen wir die Kriegstreiber und ihre Parteien anprangern, die uns in neue Gemetzel hineinziehen wollen; wir müssen aufzeigen, wem wir all die Schwierigkeiten und Entbehrungen infolge der Aufrüstung zu „verdanken“ haben; wir müssen die politische Verantwortung des Militarismus hervorheben und deutlich machen, dass es für das Proletariat nur einen Feind hat: Die Kapitalistenklasse, die die Proletarier aller Länder ausbeutet und unterdrückt.

Man muss diesen Feind nicht lange suchen. Wie Karl Liebknecht schrieb:

*„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“*

## **ORGANISATION FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS**

# MAROKKO

## Warum das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern?

### 1 Lehren aus der Geschichte

In Frankreich brauchte die Bourgeoisie die Bauern, um den Erfolg der Revolution von 1789 gegen den Feudalismus sicherzustellen. Daher musste sie sich mit den Bauern verbünden und ihre Hauptforderung – Land – erfüllen, indem sie die Ländereien der Feudalherren beschlagnahmte und unter den Bauern neu verteilte.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern der Pariser Kommune war die Unterstützung der Bauern für die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hatte sie gegen die Kommune mobilisiert und behauptet, diese würde ihnen ihr Land wegnehmen. Der Kommune fehlte auch ein Programm, das ein Bündnis zwischen den Arbeitern und Handwerkern – ihrer Hauptstärke – und den Bauern vorsah, um diesen Forderungen der Bourgeoisie entgegenzuwirken.

Ebenso war einer der Hauptgründe für das Scheitern der Revolution von 1905 in Russland die mangelnde Beteiligung der Bauern. Die bolschewistische Partei lernte daraus und stellte die Parole vom Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern auf: Der Kampf für die „demokratische und revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“.

Da die Bauern während des Ersten Weltkriegs zu den am stärksten Betroffenen gehörten (die meisten Soldaten waren Bauern, und sie waren von Hun-

gersnot bedroht), schlug Lenin einen Slogan vor, der ihrer Lebenswirklichkeit entsprach und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern verkörperte: „Frieden, Land und Brot“.

Die kommunistischen Parteien der kolonialisierten und halbkolonialisierten Länder, die ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern schmiedeten, indem sie den Kampf gegen den Kolonialismus mit dem Kampf der Bauern um ihr von Siedlern und Feudalherren enteignetes Land verbanden, erreichten die nationale Befreiung (wie in China, Vietnam und Nordkorea).

### 2 Lehren aus der Geschichte Marokkos

In unserem Land übernahm aufgrund der Fehler der Kommunistischen Partei, die nur zögerlich die Unabhängigkeit forderte, die Bourgeoisie die Initiative und übernahm die Führung im Kampf um die Unabhängigkeit. Als sich die Kommunistische Partei Marokkos schließlich erholt hatte, gelang es ihr nicht, den Kampf gegen den Kolonialismus mit dem Kampf um die Rückgewinnung der von den Feudalherren und Kolonialherren enteigneten Ländereien der Bauern zu verbinden. Dies führte zu einer rein formalen Unabhängigkeit und einer Versöhnung zwischen der Monarchie und der Feudalklasse, obwohl letztere nach der Verbannung von Sultan Mohammed Ben Youssef den Kolonialismus unterstützt hatte.

So entstand ein Block der herrschenden Klasse, bestehend aus Feudalherren (von denen die meisten zu landwirtschaftlichen Bourgeois wurden), hohen Beamten des Militärs, der Sicherheits- und Zivilverwaltung sowie Politikern, Gewerkschaftsvertretern und anderen Persönlichkeiten, die dem Makzen (Bezeichnung für die Regierung des Sultans, Anm. d. Übers.) treu ergeben waren. Diese Gruppen profitierten von der Beschlagnahmung des Eigentums der Siedler und wurden zu einer Klasse von Großgrundbesitzern und einer Handels-, Dienstleistungs- und Industriebourgeoisie. Beide Klassen blieben vom Imperialismus abhängig, insbesondere vom französischen Imperialismus.

Infolgedessen haben die Bauern unseres Landes nie wieder das Land zurückerhalten, das ihnen durch den Kolonialismus (etwa eine Million Hektar der besten Ländereien) und die Feudalherren genommen wurde.

Heute leiden die Bauern unter einer beschleunigten Verarmung und Proletarisierung, da die besten Ländereien und der Großteil der Wasserressourcen von den Großgrundbesitzern in Besitz genommen wurden. Sie werden außerdem vom Handelskapital ausbeutet, das ihre Produkte zu sehr niedrigen Preisen aufkauft, vom Industrie- und Handelskapital, das ihnen Saatgut, Düngemittel und Maschinen zu hohen Preisen verkauft, und von den Banken, die ihnen hohe Zinsen auferlegen. Seit den 1980er Jahren hat sich ihre Notlage durch die neoliberalen Wirtschaftspolitik und den Rückgang staatlicher Unterstützung noch verschärft.

Ihre Lage wurde durch den Angriff des Blocks der herrschenden Klasse – sowie durch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die israelische Besatzungsmacht (seit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Marokko und diesem Land) – auf Gemeinschaftsland (Land, das sich im gemeinsamen Besitz der Stämme befindet) weiter verschärft

Obwohl der Anteil der Bauern an der Gesamtbevölkerung deutlich zurückgegangen ist (zum Zeitpunkt der formellen Unabhängigkeit im Jahr 1956 lebten 80 % der Bevölkerung auf dem Land, heute sind es nur noch 45 %), bilden sie nach wie vor eine wichtige und relativ geschlossene soziale Gruppe, die bedeutender ist als die der armen städtischen Arbeiter. Daher bleibt das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern relevant und von größter Bedeutung für den Kampf um radikale Veränderungen.

Unsere Partei führt die Nationale Föderation des Agrarsektors an, der mehrere Gewerkschaften angehören, darunter die Gewerkschaft der Landarbeiter und die Bauerngewerkschaft. Unsere Arbeit innerhalb dieser Gewerkschaften beschränkt sich jedoch noch weitgehend auf traditionelle Gewerkschaftsaktivitäten und konzentriert sich nicht ausreichend auf die Entwicklung des Klassenbewusstseins oder auf die Gewinnung der führenden Elemente, die sich aus den Kämpfen der Landarbeiter, Bauern und Landwirte herausbilden, für die Reihen der Partei. Diese Arbeiter und Bauern können den ersten Kern des Arbeiter-Bauern-Bündnisses bilden.

Diese Situation erfordert von uns größere Anstrengungen, damit unsere Gewerkschaftsarbeit zur Festigung der Partei unter den Landarbeitern und Bauern beiträgt. Gleches gilt für unsere Menschenrechtsaktivitäten, unsere Medien und unsere Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen auch die direkte Arbeit der Partei mit den Landarbeitern, Agrararbeitern und Bäuerinnen und Bauern stärken und ausbauen.

## **DEMOKRATISCHER ARBEITERWEG**

# MEXIKO

## Sheinbaums erster Regierungsbericht: Kontinuität und Verschärfung des Neoliberalismus in Mexiko

Das Regime von Claudia Sheinbaum wird als Beginn einer neuen politischen Epoche in Mexiko dargestellt, als sogenannter „zweiter Schritt“ der Vierten Transformation. In ihrem ersten Regierungsbericht erklärte sie das Ende der „dunklen Nacht des Neoliberalismus“ und kündigte den Aufbau eines angeblichen Wohlfahrtsstaates an, der „das Volk an erste Stelle“ setzen solle. Die materielle Realität des nationalen Wirtschaftsprozesses zeigt jedoch, dass diese Aussagen keinen Bruch mit dem Wesen des kapitalistischen Systems darstellen. Die Veränderung beschränkt sich bestenfalls auf eine politische Neukonfiguration desselben Staatsapparates im Dienst der Kapitalakkumulation.

Die mexikanische Wirtschaft befindet sich in einer Phase der Stagnation mit der Tendenz zu einer neuen zyklischen Krise, einem konkreten Ausdruck des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation – oder anders ausgedrückt: der Tendenz der fallenden Profitrate, die das Kapital regelmäßig dazu zwingt, Teile der Produktivkräfte zu zerstören und die Arbeitskraft zu verbilligen, um seine Rentabilität wiederherzustellen. Unter diesen Bedingungen kann sich keine staatliche Politik – sei es im Namen

eines „Sozialstaates“ oder des sogenannten „mexikanischen Humanismus“ – der Logik des Kapitals entziehen, dessen objektive Funktion darin besteht, die Bedingungen für die Verwertung und Reproduktion des Kapitals zu sichern.

Der Neoliberalismus entstand unter dem Deckmantel der sogenannten „Globalisierung“ und der Handelsliberalisierung als Reaktion des Finanzkapitals auf die Profitabilitätskrise der 1970er Jahre. Um seine Gewinne wiederherzustellen, musste das Kapital seine Ausbeutungsräume ausweiten, die Arbeitskraft verbilligen sowie natürliche Ressourcen und öffentliche Güter aneignen. Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung sind daher keine zufälligen politischen Entscheidungen, sondern Methoden, die dem allgemeinen Gesetz der Akkumulation innewohnen.

Aus marxistisch-leninistischer Perspektive ist der Neoliberalismus eine Politik des Finanzkapitals zur Verlängerung seiner Herrschaft in der Phase des Niedergangs des zeitgenössischen Imperialismus, also eine Politik, die wesentlich zur Verschärfung der Tendenz zur Kapitalakkumulation beigetragen hat.

Mexiko ist ein abhängiges Land, das der Finanzoligarchie untergeordnet ist. Seine Funktion besteht darin, ausländischen Monopolen sowie der mit ihnen verbundenen nationalen Oligarchie billige Arbeitskraft, natürliche Ressourcen und Investitionsmöglichkeiten bereitzustellen. Von den widerstrebendsten früheren Regierungen bis zur aktuellen Administration bestand die Rolle des Staates darin, genau diese Bedingungen zu garantieren. Sheinbaum hat diese Struktur nicht verändert, sondern sie durch einen „volksnahen“ Diskurs, der Klassenversöhnung propagiert und die Natur des Kapitals verschleiert, weiter gefestigt.

Der bürgerliche Staat ist, wie Lenin feststellte, „ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ für die Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“. Solange die ökonomische Basis die kapitalistische Warenproduktion bleibt, wird der Staat – ob republikanisch, autoritär oder humanistisch – als Organisator der Akkumulation im Interesse der Bourgeoisie fungieren.

Das gegenwärtige politisch-ökonomische Projekt – der „Plan Mexiko“ und die Politik des ersten Regierungsjahrs – muss vor diesem Hintergrund analysiert werden. Sein Ziel ist nicht die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern deren Reaktivierung: der Ausbau der Infrastruktur für das Großkapital, die Anziehung ausländischer Investitionen, die Entwicklung industrieller Korridore sowie die Aufrechterhaltung sozialer Programme, die als Sicherheitsventile zur Eindämmung der Unzufriedenheit des Proletariats dienen.

Folglich stellt der sogenannte „zweite Schritt der Vierten Transformation“ keinen Bruch mit dem Neoliberalismus dar, sondern dessen Fortsetzung in einer angepassten Form, die das Kapital benötigt, um seine Vitalität wiederzuerlangen.

Diese Kontinuität manifestiert sich in zwei strukturellen Tendenzen, die das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation in Mexiko verdichten und die im Folgenden im Rahmen der Analyse des ersten Regierungsberichts und des von Sheinbaum vorgestellten Plans Mexiko näher erläutert werden.

## 1 Stärkung der Finanzoligarchie im Rahmen des „Plan Mexiko“

Die gegenwärtige Struktur des mexikanischen Kapitals ist auf eine kleine Gruppe von Konglomeraten konzentriert, die die Finanzoligarchie bilden. Diese Konzentration zeigt sich deutlich an der mexikanischen Börse und im Bankensektor: Fünf Unternehmensgruppen – América Móvil, Grupo México, FEMSA, Grupo Bimbo und Grupo Salinas – vereinen mehr als 60 % der gesamten Marktkapitalisierung, während die wichtigsten Banken (BBVA, Banamex, Santander, Banorte und HSBC) rund 85 % der Finanzaktiva des Landes kontrollieren. Diese Konzerne, angeführt von den Familien Slim Helú, Larrea, Salinas Pliego und Hank, bilden eine strukturelle Allianz aus Industrie-, Bank- und Medienkapital, die es ihnen erlaubt, die ideologische und wirtschaftspolitische Ausrichtung des Landes maßgeblich zu bestimmen. Die aktuelle Regierung hat diese Macht nicht geschwächt, sondern sie durch öffentliche Aufträge, Steuervergünstigungen und öffentlich-private Partnerschaften weiter gestärkt.

Der erste Regierungsbericht von Claudia Sheinbaum zeichnet ein Bild des Wohlstands und hebt hervor, dass „die mexikanische Wirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2025 um 1,2 % gewachsen ist“, dass „öffentliche Investitionen in Höhe von 811 Milliarden Pesos getätigt wurden“ und dass „private Investitionen in 15 Sozialzentren insgesamt 270 Milliarden Dollar erreichten“. Ein Vergleich dieser Angaben mit dem Plan Mexiko zeigt jedoch ein klassisches Muster monopolistischer Akkumulation: Der Staat schafft gezielt Bedingungen für die Rentabilität des Kapitals in strategischen Sektoren – Energie, Verkehr, Pharmaindustrie, Halbleiter, Automobil- und Agrarindustrie – durch Steueranreize, zinsgünstige Kredite und logistische Konzessionen. Das bis 2030 geltende Dekret zur industriellen Verlagerung erlaubt eine beschleunigte Abschreibung von Anlagevermögen sowie zusätzliche Abzüge von 25 % für Ausbildungszwecke, ohne zwischen nationalem und ausländischem Kapital zu unterscheiden. Dies stellt eine direkte Umverteilung öffentlicher Einnahmen zugunsten des Kapitals dar.

Gleichzeitig hebt der Bericht hervor, dass zwischen Oktober 2024 und Juni 2025 die Mittel für Sozialprogramme 67 % der programmierbaren Ausgaben

ausmachten, während die Staatsverschuldung auf 18 Billionen 71 Milliarden Pesos anstieg – rund 50 % des BIP. Diese Zahlen belegen, dass der Staatshaushalt auf Verschuldung und nicht auf eine progressive Steuerreform gestützt ist. Anstatt die großen Konzerne zu belasten, greift der Staat auf öffentliche Kredite zurück und transferiert gesellschaftliche Ressourcen an die Banken. Die als Tugend gepriesene „republikanische Sparsamkeit“ fungiert in Wirklichkeit als Mechanismus fiskalischer Disziplin zur Sicherung des Schuldendienstes und der Kontinuität von Megaprojekten im Interesse privater Profite.

Der „Plan Mexiko“ systematisiert diese Ausrichtung mit dem Ziel, die Gesamtinvestitionen bis 2030 auf 28 % des BIP zu erhöhen und 100 Industrieparks in 12 regionalen Zentren zu konsolidieren. Dahinter steht die direkte Beteiligung jener Unternehmen, die den nationalen Reichtum konzentrieren. América Móvil beteiligt sich über Carso Infrastructure an der Modernisierung von Straßen und Telekommunikationsnetzen; Grupo México Infrastructure und Ferromex sind am Ausbau der Güterbahnen und des Interozeanischen Korridors der Landenge von Tehuantepec beteiligt; Salinas Pliego profitiert über Banco Azteca und TV Azteca von bei Banken hinterlegten Sozialprogrammen sowie von staatlichen Rundfunkverträgen. Diese Verflechtung von Staat und Oligarchie zeigt, dass regionale Entwicklungsstrategien in Wirklichkeit Instrumente zur Expansion des Finanz- und Monopolkapitals sind.

Hinzu kommt die Struktur der öffentlichen Auftragsvergabe: Bis August 2025 vergab die Bundesregierung mehr als 52.000 Aufträge im Direktverfahren – 69 % der Gesamtzahl – im Wert von über 566 Milliarden Pesos. Diese Praxis schwächt den Wettbewerb und stärkt jene Anbieter, die bereits über die nötigen finanziellen und technologischen Kapazitäten verfügen.

Der Plan Mexiko priorisiert Sektoren wie Automobil-, Elektronik-, Chemie-, Pharma- und Halbleiterindustrie und bindet das Land noch enger in globale Wertschöpfungsketten ein, die von US-amerikanischen und asiatischen Monopolen kontrolliert werden. Die Schaffung von „Welfare Hubs“ und die IMMEX-4.0-Struktur dienen der Subventionierung exportorientierter Unternehmen und nicht der pro-

duktiven Souveränität. Das vorhersehbare Ergebnis ist die Festigung einer Wirtschaft, die der Logik globaler Wertschöpfung untergeordnet bleibt.

Zusammenfassend markiert das erste Regierungsjahr Sheinbaums keinen Bruch mit dem Neoliberalismus, sondern eine Vertiefung seiner finanzialisierten Form unter neuer sozialer Rhetorik. Der Plan Mexiko und die Infrastrukturpolitik fungieren als Instrumente der Akkumulation des Monopolkapitals, während der bürgerliche Staat als kollektiver Organisator der Finanzoligarchie agiert. Trotz des offiziellen Diskurses vom „gemeinsamen Wohlstand“ zeigen die realen Bedingungen die Reproduktion des Kapitals auf einer ungleichen sozialen Grundlage, finanziert durch Schulden, Subventionen und Steuerprivilegien.

## 2 Zunahme der Lohnausbeutung, verschleiert als „Sozialhilfe“

Der offizielle Diskurs behauptet, der mexikanische Staat habe das „Wohlergehen der arbeitenden Familien“ durch Lohnerhöhungen, Armutsbekämpfung und Beschäftigungszuwachs verbessert. In ihrem ersten Bericht erklärte Claudia Sheinbaum, der Mindestlohn sei seit 2018 real um 110 % gestiegen, die offene Arbeitslosigkeit liege bei 2,6 % und die Erwerbsarmut sei auf 35 % gesunken. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich jedoch die reale Dynamik der Lohnarbeit: ein Prozess zunehmender Ausbeutung, gestützt auf stagnierende Produktivität, die Ausweitung informeller Beschäftigung und die Intensivierung der Arbeit in Industrie und Dienstleistungssektor.

Daten des INEGI (Nationales Institut für Statistik und Geografie) zeigen, dass im Jahr 2025 rund 55,7 % der Erwerbstätigen im informellen Sektor arbeiten, ohne soziale Absicherung oder Arbeitsplatzsicherheit. Der vom IMSS registrierte Anstieg formeller Beschäftigung auf 22,2 Millionen Arbeitsplätze geht mit der Schaffung von über 14 Millionen prekären oder befristeten Stellen einher. Gleichzeitig stieg die Arbeitsproduktivität in der ersten Jahreshälfte 2025 lediglich um 0,4 %, während die industrielle Wertschöpfung bei etwa 0,8 % stagnierte. Nominale Lohnerhöhungen werden somit durch Arbeitsintensivierung, längere Arbeitszeiten und die Übertragung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft auf

die Beschäftigten – über Verschuldung und privatisierte Dienstleistungen – kompensiert.

Die „Sozialpolitik“ wirkt ökonomisch als indirekte Subvention des Kapitals, indem sie das Einkommen der Arbeiterklasse durch staatliche Transfers (Transferprogramme, Renten und Stipendien) ergänzt und so niedrige Löhne ermöglicht. 2025 überstiegen die direkten Sozialausgaben 6,8 % des BIP, ohne die funktionale Einkommensverteilung zu verändern: Der Lohnanteil am BIP verharrt bei rund 27 %, während Unternehmensgewinne und Finanzerträge über 50 % ausmachen. Dieses Ungleichgewicht spiegelt die relative Verarmung der Arbeiterklasse gegenüber dem wachsenden Reichtum der Kapitalistenklasse wider.

Die strukturelle Prekarisierung der Arbeit wird durch das Modell der abhängigen Industrialisierung des „Plan Mexiko“ weiter verschärft. Neue Industriekorridore, Nearshoring-Zonen und die Ausweitung der Maquiladoras reproduzieren die Logik arbeitsintensiver Montagebetriebe. Die Versprechen „hochwertiger Arbeitsplätze“ münden in befristete Verträge, lange Arbeitszeiten und Outsourcing. Die sogenannten „Welfare Poles“ bedeuten keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern Sonderzonen steuerlicher und arbeitsrechtlicher Ausnahmen, in denen Gewerkschaftsrechte durch „Arbeitskooperation“ und Unternehmensschulungen ersetzt werden. Der Staat vermittelt zwischen Kapital und Arbeit nicht zur Begrenzung, sondern zur Stabilisierung der Ausbeutung.

Das Ergebnis ist eine Umgestaltung der mexikanischen Arbeiterklasse unter neuen Formen der Unterordnung. Der Zuwachs formeller Beschäftigung bedeutet keine Reduktion der Ausbeutung, sondern ihre Reorganisation: ein Kapitalismus mit steigendem Mindestlohn, stagnierender Produktivität und weit verbreiteter Prekarität; mit formeller Besteuerung, aber ohne effektive soziale Sicherheit; mit staatlicher „Sozialhilfe“, jedoch wachsender Abhängigkeit von Krediten und Subventionen.

Damit ist die Arbeits- und Sozialpolitik der aktuellen Regierung Teil der zweiten Achse der neoliberalen Kontinuität. Sheinbaums „mexikanischer Humanismus“ erweist sich als moderne Maske des Finanzkapitals in seiner Krisenphase: ein Regime, das die Ausbeutung intensivieren muss, um seine Rentabilität zu sichern und seine Herrschaft durch das Versprechen von Wohlstand zu legitimieren.

Sheinbaum präsentiert den Staat als „Instrument des Wohlstands“ und als „Vermittler zwischen Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit“. Eine materielle Analyse der umgesetzten Maßnahmen zeigt jedoch keinen transformierten Staat, sondern eine politische Neukonfiguration des bürgerlichen Staates zur Förderung kapitalistischer Akkumulation. Die massive Ausweitung öffentlicher Infrastrukturausgaben – im Plan Mexiko auf etwa 4,5 % des BIP geschätzt – sowie öffentlich-private Partnerschaften und Steuerbefreiungen entsprechen einem strukturellen Bedürfnis des krisenhaften Kapitalismus: die Kosten der Akkumulation zu sozialisieren und die Profite zu privatisieren.

Der Staat greift aktiv in die Wirtschaft ein, nicht um die Ausbeutung zu begrenzen, sondern um ihre Fortsetzung unter Bedingungen politischer Stabilität zu sichern. Er gleicht Verluste durch Verschuldung, Subventionen und kompensatorische Sozialausgaben aus und garantiert zugleich die Verwertungsbedingungen der Finanzoligarchie. In seiner Klassenfunktion bleibt der Staat ein Instrument zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. Solange dieser Klassencharakter besteht, ist die Emanzipation der Arbeit innerhalb seines institutionellen Rahmens unmöglich.

Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse und der Völker Mexikos bleibt daher unverändert: der Aufbau der Einheitsfront in Form der Nationalversammlung des Proletariats und der Völker Mexikos, hin zum allgemeinen politischen Streik, mit der Perspektive der proletarischen Revolution und des Sozialismus.

# PERU

## Die Hispanische Frage

Die politische Polarisierung in Peru ist auf eine stärkere politische Organisierung des Volkes und der Arbeiterklasse zurückzuführen, die sich gegen die neoliberalen Politiken wehren, die vom diktatorischen Regime Fujimoros bis zur zivil-militärischen Diktatur Dina Boluartes durchgesetzt wurden. Ausdruck dieses Kampfes waren zwei sozialdemokratische Regierungen. Die erste war die Regierung von Ollanta Humala im Jahr 2011, der letztlich die Forderungen des Volkes verriet und eine Beschönigung der neoliberalen Politik durch Sozialprogramme betrieb, während er gleichzeitig arbeiterfeindliche Gesetze und extraktivistische<sup>1</sup> Projekte umsetzte, die die Kämpfe weiter verschärften. Die zweite war die Regierung von Pedro Castillo, die kaum anderthalb Jahre dauerte.

Die Besonderheit von Castillos Wahl besteht darin, dass sie in einem deutlich stärker polarisierten Kontext stattfand als die Wahl Ollantas; rassistische und hetzerische Angriffe – wie „Kaviar-Linke“<sup>2</sup> oder „Terrorist“ – wurden gegen jede Person oder Organisation eingesetzt, die nicht den Status quo

verteidigte. Ihr übermäßiger Gebrauch führte jedoch dazu, dass ihre politische Wirkung nachließ, was zeigt, dass das Volk sich nicht länger durch die Sprache der Angst oder der Kriminalisierung einschüchtern lässt.

In diesem Kontext haben die Parteien der Kleinbourgeoisie und der mittleren Bourgeoisie ultrarechte, ultrakonservative, rassistische und repressive Positionen eingenommen, während die liberalen Parteien auf die Rolle ihres Anhängsels reduziert worden sind. Die postmoderne Linke hingegen – vertreten durch die Sozialdemokratie und die sogenannten „Progressiven“ – hat sich auf partielle, kulturelle und identitäre Forderungen konzentriert, die keine echte Lösung für die historischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse darstellen. Dieses ideologische und politische Vakuum hat es reaktionären und nationalistischen Diskursen ermöglicht, an Boden zu gewinnen und sich sowohl in Peru als auch im gesamten Kontinent auf der politischen Bühne zu positionieren.

Diese neue Konstellation zeigt nicht nur die Krise des neoliberalen Regimes auf, sondern stellt auch

1 Abbau von Rohstoffen zum Zweck des Exports

2 abwertende Bezeichnung für Linke und Marxisten aus wohlhabenderen Verhältnissen

neue Herausforderungen für das Proletariat und seine Partei dar: die neuen ideologischen Positionen des Nationalismus im Lichte des Marxismus-Leninismus zu entlarven.

In diesem Zusammenhang tritt die hispanische Frage als eine der bedeutendsten ideologischen Debatten der Gegenwart hervor. Inmitten der Diskreditierung der bürgerlichen Institutionen, der Erschöpfung liberaler Diskurse und des Vormarsches der reaktionären Rechten tauchen verschiedene nationalistische Strömungen wieder auf, die die Geschichte, Identität und Rolle der Völker Lateinamerikas und der Karibik im Weltsystem neu interpretieren wollen. Unter ihnen erscheint der zeitgenössische Hispanismus als eine Ideologie, die versucht, das entstandene ideologische Vakuum und die Zersetzung des abhängigen Kapitalismus in unserer Region zu füllen.

Die hispanische Frage zu analysieren ist daher kein akademisches Unterfangen, sondern eine politische Aufgabe. Es geht darum zu verstehen, wie nationalistische Ideologien – ob konservativ oder postmodern – versuchen, den Klassenkampf zu schwächen und falsche Lösungen für die Frage der Souveränität und Einheit der Völker anzubieten. Und vor allem darum, zu bekräftigen, dass nur das Proletariat mit seiner sozialistischen Idee eine wirkliche Alternative der Integration und Befreiung für die Völker Lateinamerikas und der Karibik bieten kann.

Unsere Analyse geht weder von einer abstrakten Idee der Nation noch von einer romantischen Wiederbelebung lateinamerikanischer Identität aus, sondern von den konkreten materiellen Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf auf unserem Kontinent entwickelt.

Seit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks hat die Welt das Wiedererstarken nationalistischer oder ethnizistischer Ideologien erlebt – sowohl aus rechtskonservativen als auch aus links-postmodernen Positionen. Aus ersteren sind sie als Reaktion auf vermeintliche globalistische Bedrohungen wieder aufgetaucht, die angeblich versuchen würden, die Nation durch einen angeblichen kulturellen Austausch zu zerstören. Aus letzteren heraus versuchen neue Indigenismen und dialektal-

le Regionalismen<sup>3</sup>, die Narrative zu bekämpfen, die angeblich eine kulturelle Homogenität aufzwingen wollen, die stets als eurozentrisch gebrandmarkt wird und Minderheiten letztlich auslöscht. Die kulturelle Paranoia ist dieselbe; nur die Akteure, die sie wiederholen, ändern sich.

Lateinamerika und die Karibik sind von diesem Aufstieg des Nationalismus nicht ausgenommen. Und zunehmend gewinnt innerhalb kleinbürgerlicher Kreise die hispanistische Strömung an Einfluss: eine nationalistische Strömung, die zur Integration der spanischsprachigen Welt aufruft, eine Revision der Sichtweise auf die koloniale Vergangenheit präsentiert und deren theoretischer Rahmen zwar der philosophische Materialismus ist, die jedoch weiterhin die Eigenarten der katholischen Religion beibehält. Aber warum gewinnt der Hispanismus in der Region wieder an Stärke? Was hat sich im Vergleich zum Hispanismus vor einem Jahrhundert verändert, und welche Position sollte man dazu einnehmen?

Um das Wiederaufleben dieser Art von Nationalismus in unserer Region vollständig zu verstehen, ist es sinnvoll, sich zunächst anzuschauen, was eine Nation ist. Nach Stalin (1942) ist eine Nation eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Wirtschaft, innerhalb des geografischen Territoriums, das sie bewohnt, und mit einer gemeinsamen Sprache, wodurch wiederum eine gemeinsame Psychologie entsteht (Kultur, Geschichte, Literatur). Daraus ist nachvollziehbar, dass das kapitalistische System die modernen Nationen formte, da kein anderes System so dringend die Entstehung eines gemeinsamen Marktes verlangte, in dem der Warenverkehr innerhalb eines von der Bourgeoisie kontrollierten Gebiets stattfand und eine gemeinsame Sprache erforderlich war, um Transaktionen zu erleichtern und als Basis für die Expansion in andere Märkte zu dienen. Daher besteht die Notwendigkeit der Bildung eines imaginären Kollektivs, das die Gemeinschaft ideologisch einheitlich macht und deren Interessen gegenüber einer anderen ökonomisch-kulturellen Gemeinschaft verteidigt, die ihre Expansion begrenzt oder ihren Markt bedroht.

Daher sind es nach Hobsbawm (1992) nicht die Nationen, die Staaten bilden, sondern die Staaten, die

<sup>3</sup> sprachliche Eigenheiten die typisch für bestimmte Regionen sind

Nationen bilden und aus den Makro-Ethnien in ihrem Herrschaftsbereich eine auswählen, um sich als Nationalstaat zu konstituieren. Genau das geschieht seit dem 18. Jahrhundert, als die Bourgeoisie begann, Imperien oder multiethnische Staaten zu zerstören, um moderne Nationalstaaten zu schaffen – indem sie die öffentliche Bildung und die Medien nutzte, um die Gesellschaften, die in ihrem Herrschaftsgebiet leben, zu homogenisieren.

In unserer Region entstanden Nationen erst spät im 20. Jahrhundert. Laut Rostworowski (1999) war einer der Gründe für den Untergang von Tahuantinsuyo das Fehlen eines Nationalgefühls, wobei die regionalen Interessen der makroethnischen Gruppen der Quechua Vorrang vor denen des imperialen Staates hatten. Dem Historiker zufolge war Tahuantinsuyo ein unvollendetes Projekt zur Integration der verschiedenen Makroethnien der Quechua, die in den zentralen Anden<sup>4</sup> lebten. Dies änderte sich auch mit der Einführung des Kolonialismus nicht. Die Einführung der feudalen und mercantilistischen<sup>5</sup> Wirtschaft sah keine Notwendigkeit, einen Markt zu schaffen, der die internen Kräfte vereinte, sondern diente hauptsächlich der externen Funktion gegenüber der Metropole (Lumbreras, 1981).

Obwohl einige Kastilien als die erste moderne Nation bezeichneten, war das spanische Imperium, mit seinen unterschiedlichen Gesetzen für jede Ethnie und mit sprachlicher Toleranz gegenüber anderen Sprachen, ein multiethnisches Imperium und bildete in ganz Lateinamerika keine einzige Nation heraus.

Die Unabhängigkeit war zwar eine kontinentale Bewegung und wurde von einigen chauvinistischen Historikern als größter Beweis dafür angesehen, dass sich das nationale Bewusstsein schon seit langem entwickelt hätte, doch in Wahrheit war sie eine Folge der Krise der spanischen Monarchie im Jahr 1808, die es nicht verstand, die unterschiedlichen lokalen Interessen zu vereinen. Sie war bereits seit den Bourbonen-Reformen, die zum Zusammenbruch des spanischen Imperiums führten, auf dem Kontinent sehr präsent (Sobrevilla, 2024). Es waren die Interessen der verschiedenen lokalen Aristokra-

tien, die sich letztendlich durchsetzten, und nachdem die Macht der Halbinsel vertrieben worden war, überließen sie die Regierung den Militärs, um sich gegenseitig zu unterwerfen. Aber während des gesamten 19. Jahrhunderts waren sie nicht in der Lage, eine Nation zu bilden. Die Konsolidierung eines gemeinsamen Marktes wäre ohne die vorherige Beseitigung der feudalen Regionalismen schwierig gewesen. Dies zeigte sich in der schrecklichen Zersplitterung, die Lateinamerika im Vergleich zu den Vereinigten Staaten (USA) und Brasilien erlebte, und in der Tatsache, dass sich Spanisch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen neuen Republiken nicht als Mehrheitssprache der Bevölkerung durchsetzen konnte.

Man musste bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts warten, als die stärkere Durchdringung britischen und US-amerikanischen Kapitals in den Städten ein wachsendes spanischsprachiges und mestizisches<sup>6</sup> Kleinbürgertum hervorbrachte. Obwohl sie anfangs den Imperialismus ablehnten und Feinde der Aristokratie waren, schufen sie politische Parteiformationen, die darauf abzielten, den Kapitalismus in ihren jeweiligen Ländern zu festigen: PRI, APRA, Justicista usw. Ihre Intellektuellen, die sich um die Bildung einer Nation bemühten, versuchten, Elemente der Volkskultur zu integrieren, um eine nationale Identität zu schaffen, die eher ihre eigene oder die der Mestizen war. Dies war etwas, das auch die kommunistischen Intellektuellen der Region teilten.

So wurde in den lateinamerikanischen Ländern mit stärker indigener Bevölkerung – in den Anden und in Mesoamerika – der Indigenismus von Intellektuellen dieser Klasse aufgegriffen; in den karibischen Ländern die afrokulturellen Traditionen; und in jenen des Río de la Plata die populäre Kultur der neuen europäischen Migranten. Sogar die alten Integrationsträume Simón Bolívars wurden wieder aufgegriffen. Dies stand im Gegensatz zum Hispanismus einer aristokratischen Elite, die nostalgisch auf die Kolonialzeit blickte und die größte amerikanische Identität in der Herausbildung des Criollo sah, jedoch ihren Hispanismus beiseiteschob, wenn es darum ging, dem angelsächsischen Kapital zu dienen und dessen Kultur „huachafamente“<sup>7</sup> zu imitieren.

4 Hochgebirge an der Westküste Südamerikas - im Norden von Venezuela bis in den Süden Chiles

5 Wirtschaftspolitik, die den Export von Fertigwaren fördert und den Import durch Verbote und Zölle möglichst auf die notwendigsten Rohstoffe beschränkt

6 Nachfahren von Europäern und indigenen Völkern

7 prätentiös / auf kitschige Weise

Angesichts dieser Entfremdung der Eliten entschieden sich die Intellektuellen der aufstrebenden bürgerlichen Klassen dafür, Nationen mit einer stärker spezifischen Identität zu formen, die dazu dienen sollten, die Bevölkerung ihrer jeweiligen Länder zu integrieren und sie vom Rest zu unterscheiden.

Der gesamte Prozess der Festigung des Kapitalismus – von seinen erschöpften industriellen entwicklungsorientierten Politiken in den 1970er-Jahren über seine Bürgerkriege, die vor allem das Land verwüsteten, bis hin zur Durchsetzung des Neoliberalismus – führte letztlich zur Bildung spanisch-mestizischer Nationen vom Río Grande bis Kap Hoorn. Mit einer mehr oder weniger starken Betonung indigener, europäischer oder afrokultureller Elemente wurde Spanisch zur Mehrheitssprache, und die mestizische Identität wurde stärker Anlass zur Feier denn zur Scham, wie etwa in der Cumbia-Musik oder im magischen Realismus der Literatur.

Doch in diesem Prozess der Transkulturation<sup>8</sup> (Rama, 2008) wurden die anderen ethnischen Gruppen oder Makro-Ethnien letztlich assimiliert – in größerem oder geringerem Ausmaß gewaltsam –, um die lang ersehnte mestizisch-nationale Homogenisierung zu verwirklichen.

Trotz des ähnlichen Weges, den die hispanischen Republiken des Kontinents beschritten, gelang es den geschaffenen Organisationen wie der CAN<sup>9</sup>, dem MERCOSUR<sup>10</sup>, der SICA<sup>11</sup> oder der CELAC<sup>12</sup> nicht, stärkere wirtschaftliche Integrationsbindungen zu schaffen, die später einer politischen Integration hätten den Weg ebnen können. Die Bourgeoisie, die einst eine aus dem Kleinbürgertum hervorgekommen war, wurde in ihren jeweiligen Ländern zur hegemonialen Klasse. In ihrer bequemen Position, mit einem Markt, in dem ihre Macht gefestigt ist, hörte sie auf, von einer Integration jenseits des freien Warenverkehrs zu den profitabelsten Märkten (China, USA, Europäische Union usw.) zu träumen und

konkurrierte stattdessen stärker mit ihren Nachbarn darum, welcher nationale Markt mehr ausländische Investitionen anziehen würde. Der Kapitalismus, der sich schließlich entwickelte, war ein primär exportorientierter. Um Mariátegui (1924) zu paraphrasieren: Die hispanoamerikanischen Republiken suchten einander weiterhin nicht, ergänzten sich nicht und zeigten keine Absicht, sich zu vereinen.

Dieser Erfolg beim Aufbau hispano-mestizischer Nationen in der Region, begleitet vom Scheitern eines einigenden Projekts, beraubte sie jeglichen geopolitischen Gewichts in der internationalen Sphäre und degradierte sie zu bloßen Zuschauern der großen weltpolitischen Entscheidungen. Daher ist das erneute Aufkommen des Hispanismus verständlich – diesmal nicht in der herrschenden Klasse, wie es zuvor unter der Aristokratie der Fall war, sondern vor allem im Kleinbürgertum. In einer Welt, in der geopolitische Entscheidungen, die die Welt bedrohen, als nationale Interessen verkleidet werden, ist Hispanoamerika von seinen eigenen Interessen ausgeschlossen.

Eine der Klassen, die durch die Höhen und Tiefen der Weltpolitik am stärksten erschüttert und am empfänglichsten für nationalistische Diskurse ist, ist das Kleinbürgertum. Sie merkt schnell, dass Hispanoamerika in verschiedene Länder zerstäubt ist, obwohl sich hispanisch-mestizische Nationen herausgebildet haben, die mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen. Würden sie sich vereinen, würden sie nicht nur eine stärkere Wirtschaft bilden, sondern auch die größte Nation der westlichen Hemisphäre darstellen. Die Aufnahme einer Ideologie, die vereint, statt zu spalten, würde unter den Intellektuellen dieser Klasse heute auf größere Bereitschaft stoßen.

Der Indigenismus, der einst seine Funktion erfüllte, den hispanischen Nationen der Region eine mestizische Identität zu verleihen, ist heute überholt und stellt eher eine desintegrierende, rückwärtsgewandte Ideologie dar, die den Urkommunismus idealisiert. Er ist weit entfernt von jenem materialistischen Indigenismus, den Mariátegui begrüßte und Arguedas weiterentwickelte, in dem die Aufwertung der indigenen Kultur keine Negierung der hispanischen Kultur bedeutete und man sich bewusst war, dass

8 Einflussnahme einer Kultur auf andere Kulturen

9 Comunidad andina de Naciones (Andengemeinschaft von Nationen)

10 Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Südamerikanischer Markt)

11 Sistema de la Integración Centroamericana (Zentralamerikanisches Intergrationssystem)

12 Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten)

kulturelle Unterschiede Klassenspaltung verstärkten und eine Funktion derselben waren.

Der heutige Indigenismus hingegen sieht in seinem ethnizistischen Charakter nur kulturelle Unterschiede. Er leugnet den Klassenkampf und betrachtet ihn als Erfindung der westlichen Kultur, die er in all ihren Formen ablehnt. Schlimmer noch: In seiner dekolonialen Besessenheit hat er eine schwarze Legende über das Vizekönigreich geschaffen, was wiederum das Wachstum rosiger Legenden zur Folge hatte, die die koloniale Vergangenheit schöpfen. In seinem Ziel, die Anerkennung des Multikulturalismus in den Ländern der Region zu erreichen, ignoriert er die Herausbildung der mehrheitlich spanisch-mestizischen Nation in jedem der lateinamerikanischen Länder oder wiederholt mechanisch 90 Jahre alte Formulierungen, dass in Ländern wie Peru die Nation sich noch immer bilde – obwohl sie längst von halbfeudalen zu kapitalistischen Gesellschaften geworden sind.

Für die Hispanisten sind es diese „Ismen“ der Minderheiten, die die entstandenen hispanoamerikanischen Nationen bedrohen und ihre Integration verhindern. Und obwohl sie von einer konkreten Wahrheit ausgehen – nämlich dass es in Hispanoamerika bereits hispanisch-mestizische Nationen gibt –, scheitern sie aufgrund ihres ebenfalls ethnizistischen Ansatzes daran zu verstehen, welcher materielle Prozess zu ihrer Formierung führte und welche Grenzen ihre Vereinigung behindern, sowie wer die Aufgabe hat, diese zu überwinden.

Ihre ethnizistische Sichtweise gibt der angelsächsischen Welt die Schuld an der Zersplitterung der hispanischen Welt. Wenn sie den Idealismus ablehnen, dann deshalb, weil sie ihn für eine anglo-protestantische Erfindung halten; ebenso wie den Liberalismus, der das ideologische Fundament war, auf dem sich die angelsächsischen Mächte erhoben. Diese Welt gilt ihnen als Trägerin und Finanziers all jener „Ismen“, die einzig dazu gedient hätten, die hispanische Welt zu zersetzen. Deshalb erkennt der hispanistische Materialismus keine sozialen Klassen, sondern Welten oder Imperien mit widerstreitenden Weltanschauungen; er sieht die Übel nicht im System, sondern in der Kultur, die es hervorgebracht hat. Anstatt materialistisch zu sein, bleibt er mechanisch und zutiefst ethnizistisch.

So ist der wichtigste Ansatz der Hispanisten zur Vereinigung die Schaffung eines Hispanic Commonwealth, einer Kopie des britischen Commonwealth, mit einem weiteren Monarchen an seiner Spitze. Dabei wird nicht analysiert, dass es der Kapitalismus war – während der so verachteten republikanischen Phase –, der schließlich die hispanischen Nationen formte und das Spanische in den ehemaligen Kolonien Spaniens zur Mehrheitssprache machte. Wenn ihre Vereinigung nicht erreicht wurde, dann wegen der Beschränktheiten der lokalen Bourgeoisie, die weit mehr daran interessiert sind, Allianzen mit transnationalem Kapital einzugehen, als aus kultureller Sympathie einem europäischen Monarchen zu folgen.

Lateinamerika und die Karibik hatten weder einen „Zollverein“ noch einen Bismarck, geschweige denn eine militaristische und expansionistische herrschende Klasse, die sich die Aufgabe der Einigung gestellt hätte. Seine begrenzte und zersplitterte Bevölkerung sowie sein spätes Eintreffen in der kapitalistischen Entwicklung verhinderten eine Union – weder unter der alten Aristokratie noch unter der heutigen Bourgeoisie. Die Träume Bolívars, den Hispanisten besonders verhasst, wurden nur zeitweise von den populistisch-bürgerlichen Parteien des frühen 20. Jahrhunderts und von marxistischen Guerillagruppen in der zweiten Hälfte desselben Jahrhunderts aufgegriffen. Die Anpassung der erstgenannten und die Niederlage der letzteren – mit ihrer anschließenden Eingliederung in die liberale Demokratie – führten dazu, dass Integration lediglich ein schnellerer Grenzübergang wurde.

Ebenso sind die Nationen Lateinamerikas und der Karibik bereits geformt. Das war die größte soziokulturelle Errungenschaft der Bourgeoisie bei der Aufgabe, den Kapitalismus in ihren Ländern zu konsolidieren. Doch ihre Uneinigkeit, absurd als bei anderen kulturellen Identitäten, ist darauf zurückzuführen, dass sie weiterhin in Bananenrepubliken gefangen sind, die dem Imperialismus dienen. Und es wird nicht der monarchistische Voluntarismus der Hispanisten sein, der ihre Vereinigung erreicht, sondern die Arbeit einer neuen sozialen Klasse: des Proletariats dieser Republiken, das in der Konsolidierung einer planmäßigen und produktiveren Wirtschaft die Notwendigkeit erkennt, über die Grenzen

der geografisch und kulturell am nächsten stehenden Völker hinauszugehen, um sie zu integrieren – die anderen hispano-mestizischen Nationen.

Jener ökonomisch-produktive Rahmen, unverzichtbar für geografisch nahe beieinanderliegende Nationen mit derselben Sprache und ähnlicher Psychologie, wird ihre politische Einheit zustande bringen. Mariátegui (1928) sagte bereits, dass die Vereinigung Hispano- oder Lateinamerikas Aufgabe des Sozialismus sein werde – eine Aufgabe, die aufgrund materieller Notwendigkeiten vollbracht wird und nicht nur aufgrund kultureller Wünsche.

So kann die wahre Einheit der Völker Lateinamerikas und der Karibik nicht auf Nostalgie nach einem Imperium oder der Rückkehr zu einer vermeintlichen ursprünglichen Reinheit beruhen, sondern auf dem Aufbau von Volksmacht, wirtschaftlicher Integration und sozialistischer Revolution. Nur dann werden die Völker Lateinamerikas und der Karibik frei und wirklich geeint sein.

### **KOMMUNISTISCHE PARTEI PERUS (MARXISTEN-LENINISTEN) (PCP (ML))**

# SPANIEN

## Stalin und der große vaterländische Krieg

von Carlos Hermida

In diesem Jahr gedenken wir dem 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, weshalb unsere Partei es für angebracht hielt, einen Beitrag zum Großen Vaterländischen Krieg zu verfassen, so die Bezeichnung für den Zweiten Weltkrieg in der UdSSR. Anstelle eines Schwerpunkts auf die militärischen Aspekte haben wir uns für einen anderen methodischen Ansatz entschieden. Es geht darum, den Krieg anhand der von Stalin selbst verfassten Texte (Reden, Berichte, Militärbefehle...) zu betrachten und so zu untersuchen, inwieweit die zwischen 1941 und 1945 getroffenen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen einem entsprechenden Verständnis des Krieges durch Stalin und seine Regierung entsprachen.

Die ausgewerteten Dokumente sind in einem Band zusammengefasst, der 1946 in Argentinien vom Verlag Partenón veröffentlicht wurde: J. STALIN: Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion. Sie umfassen den Zeitraum vom Beginn des Nationalsozialismus der nazistischen Invasion im Juni 1941 bis Februar 1945.

Zum besseren Verständnis der Texte werden sie nach folgender chronologischer Gliederung untersucht:

1. Vom deutschen Angriff bis zum sowjetischen Sieg in Moskau (Juni-Dezember 1941).
2. Januar 1942 bis zum Sieg von Stalingrad (2. Februar 1943).
3. Februar 1943 bis Februar 1945.

Abschließend ist eine Bibliographie angefügt, in der alle grundlegenden Werke auf Spanisch aufgeführt sind, sofern der Große Vaterländische Krieg das Kernthema ist. Allgemeine Bücher über den Zweiten Weltkrieg sind daher nicht enthalten.

### Vom Beginn des deutschen Angriffs bis zum sowjetischen Sieg (Juni - Dezember 1941)

Am 3. Juli 1941 hielt Stalin als Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitee der UdSSR des Komitees für staatliche Sicherheit/Verteidigung, der wichtigsten Organisation zur Kriegsführung, eine landesweit im Radio übertragene Rede, in der er eine Reihe grundlegender Überlegungen zur deutschen Aggression und zum Charakter des Konflikts, in den die UdSSR verwickelt war, darlegte. Erstens war er der Ansicht, dass der Krieg darauf abzielte, die Bevölkerung der UdSSR zu unterjochen:

*„Der Feind ist grausam und unerbittlich ... er will die Macht der Großgrundbesitzer wiederherstellen, das Zarentum wieder einführen, die nationale Kultur und die nationale Staatsorganisation der Russen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Letten, Esten, Usbeken, Moldawier, Georgier, Armenier, Aserbaidschaner und der anderen freien Völker der Sowjetunion zerstören. Belarussen, Litauer, Letten, Esten, Usbeken, Moldawier, Georgier, Armenier, Aserbaidschaner und der anderen freien Völker der Sowjetunion, sie zu germanisieren und zu Sklaven der deutschen Fürsten und Barone zu machen. Es ist also eine Frage von Leben und Tod für den Sowjetstaat, für die Völker der Sowjetuni-*

*on. Es geht darum, ob die Völker der Sowjetunion frei sind oder in die Sklaverei getrieben werden...“<sup>1</sup>.*

Zweitens wird zu einer allgemeinen Mobilisierung aufgerufen, wobei das gesamte Lebensumfeld dem Krieg untergeordnet wird, sowie zu einem Kampf gegen Deserteure und Defätiisten.

Schließlich ist der Krieg für die Freiheit des Vaterlandes auch ein Kampf für die Unabhängigkeit und die demokratischen Freiheiten der Völker Europas, die eine breite Front bilden, an der sich auch die Vereinigten Staaten und Großbritannien beteiligen werden:

*„Der Krieg gegen das faschistische Deutschland darf nicht als gewöhnlicher Krieg betrachtet werden... Das Ziel dieses Vaterlandskrieges des gesamten Volkes gegen die faschistischen Unterdrücker beschränkt sich nicht nur auf die Abwehr der Gefahr, die über unserem Land schwebt, sondern umfasst auch die Hilfe für alle Völker Europas, die unter dem Joch des deutschen Faschismus leiden. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein sein. In diesem Krieg werden wir treue Verbündete haben, vertreten durch die Völker Europas und Amerikas... Unser Krieg für die Freiheit des Vaterlandes wird sich mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit und für demokratische Freiheiten vereinen. Es wird eine Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit kämpfen... In diesem Zusammenhang sind die historische Rede des britischen Premierministers Churchill über die Hilfe für die Sowjetunion und die Erklärung der US-Regierung über die Bereitschaft, unserem Land zu Hilfe zu kommen, die in den Herzen der Völker der Sowjetunion nur Dankbarkeit hervorrufen können, völlig klar und deutlich.“<sup>2</sup>*

In dieser Rede finden sich drei Elemente, die Stalins Verständnis des Krieges und der Art und Weise, wie er zu gewinnen ist, verdeutlichen: Es handelt sich um einen Krieg, den die Nazis entfesselt haben, um die Sowjetunion zu unterjochen, es besteht die Notwendigkeit einer Einheitsfront, um den Sieg zu erringen, und das Ziel des Kampfes ist sind die Freiheit und die demokratischen Grundrechte.

1 J. STALIN: La Gran Guerra Patria de la Unión Soviética. Argentina, Partenón 1946. Pág. 10

2 J. STALIN: op. cit. Pág. 12.

In dem Bericht, den er am 6. November 1941 anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution vor der Versammlung der Moskauer Sowjetabgeordneten der Arbeiter und der Parteiorganisationen hielt, wies Stalin darauf hin, dass das sowjetische Regime nicht, wie Hitler geglaubt hatte, zusammengebrochen war, sondern gestärkt und solider als zu Beginn des Krieges war. Er betonte auch, dass das Bündnis zwischen der UdSSR, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich der Schlüssel zur Niederlage Hitler-Deutschlands sei.

Obwohl die Gefahr einer Besetzung Moskaus durch deutsche Truppen groß war, beschloss Stalin, in der Hauptstadt zu bleiben, und hielt am 7. November während der Militärparade auf dem Roten Platz eine Rede, in der er deutlich machte, dass Deutschland an der sowjetischen Front verblutete, und alle Kämpfer aufforderte, sich von den großen Vorfahren des Vaterlandes inspirieren zu lassen:

*„Genossen, rote Soldaten und Matrosen, politische Mitarbeiter, Guerillakämpfer und Guerillakämpferinnen! Alle sehen in euch die Kraft, die fähig ist, die bandenhaften Horden der deutschen Invasoren zu zerschlagen. Die versklavten Völker Europas, die unter das Joch der deutschen Invasoren gefallen sind, sehen in euch ihre Befreier. Seid dieser Mission würdig! Der Krieg, den ihr führt, ist ein Befreiungskrieg, ein gerechter Krieg. Lasst euch in diesem Krieg von den männlichen Gestalten unserer großen Vorfahren inspirieren: Alexander Newski, Dimitri Donskoi, Kusma Minin, Dimitri Poscharski, Alexander Suworow und Michail Kutusow! Möge die triumphale Flagge des großen Lenin über euch wehen!“<sup>3</sup>*

Am Vorabend des sowjetischen Sieges in der Schlacht um Moskau haben legten Stalin und seine Regierung die strategischen Leitlinien festgelegt, die zum Sieg führen sollten. Eine dieser Strategien ist die Bildung einer gemeinsamen antifaschistischen Front mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Obwohl es sich um zwei imperialistische Mächte mit entschieden antikommunistischen Regierungen handelte, zögerte die UdSSR nicht, mit ihnen ein Militärbündnis zu schließen, um einen Feind zu besiegen, der die Welt auf rassistischer Grundlage ordnendessen Ziel eine rassistische Weltordnung

3 Ibídem. Pág. 29.

und die Zerstörung der grundlegendsten demokratischen Freiheiten zerstören willst. Diese Entscheidung Stalins ist war strategisch richtig, denn das Hitler-Regime steht stand für Barbarei und ist war eine Bedrohung für die gesamte Menschheit.

Eine zweite strategische Linie besteht bestand darin, den Charakter des Krieges als patriotischen und nationalen Befreiungskrieg zu betonen. Ein Sieg der Deutschen hätte nicht nur die Zerstörung des Sozialismus bedeutet, sondern noch viel mehr. Die Nazis hatten sich zum Ziel gesetzt, einen bedeutenden Teil der Bevölkerung der UdSSR zu vernichten und den Rest zu versklaven. Es handelte sich also nicht nur um einen Kampf um den Erhalt des Sozialismus, sondern um das physische Überleben der Bevölkerung. In diesem Sinne war die Parole des Vaterländischen Krieges am besten geeignet, um die gesamte Bevölkerung zu mobilisieren.

Kämpfte man für die Ausbreitung des Sozialismus? Stalins Antwort lautete nein. Um eine geeinte Front nicht nur mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien, sondern mit allen Völkern, die sich gegen den Faschismus wehren, aufrechtzuerhalten, musste man sich auf ein gemeinsames Mindestziel einigen, und das kann konnte nur die Niederlage Deutschlands, Italiens und Japans und die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten sein. Sobald der Faschismus besiegt ist wäre, werden würden die Völker entscheiden.

Im Dezember 1941 erringt errang die sowjetische Armee einen großen Sieg und drängte die Deutschen zurück. Moskau ist wurde gesichert, und der deutsche Blitzkrieg verfehlte hat sein Ziel verfehlt. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die UdSSR haben geschlossen ein Militärbündnis geschlossen; die Völker der UdSSR sind waren fest vereint und stehen standen in engem Einklang mit der Regierung, obwohl es Fälle von Kollaboration mit dem Feind gibt gab, und das sozialistische System beweist bewies seine Fähigkeit, die Rote Armee mit hochwertigen Waffen auszustatten.

### **Von Januar 1942 bis zum Sieg von Stalingrad (Februar 1943)**

Nachdem die Rote Armee die Deutschen in Moskau zurückgeschlagen hatte, ergriff sie im Winter in Ros-

tow, Tula, Kaluga und Leningrad die Initiative, doch im Sommer startete die deutsche Armee eine siegreiche Offensive bis nach Woronesch, Stalingrad, Noworossijsk, Pjatigorsk und Mosdok und erreichte schließlich den Kaukasus. Diese Phase endete mit dem bedeutenden Sieg von Stalingrad. Am 2. Februar 1943 ergaben sich Feldmarschall Von Paulus, 24 Generäle und 90.000 Soldaten der Roten Armee. Es handelte sich um die Überreste der 6. deutschen Armee. Am 19. November 1942, nach mehreren Monaten Verteidigungskämpfen in Stalingrad, ergriffen die sowjetischen Truppen die Initiative und umzingelten 330.000 deutsche Soldaten. Insgesamt verloren die Deutschen und ihre italienischen und rumänischen Verbündeten während der sowjetischen Offensive 800.000 Mann, 2.000 Panzer und 3.000 Kampfflugzeuge. Es war der Anfang vom Ende von Hitlers verbrecherischen Plänen zur Weltherrschaft. Der grenzenlose Heroismus der Streitkräfte der UdSSR, das immense Opfer der Kommunisten und des sowjetischen Volkes, vereint um Stalin, waren die Architekten eines denkwürdigen Sieges, der den Verlauf des Zweiten Weltkriegs veränderte.

Am 6. November 1942 legte Stalin dem Moskauer Sowjet der Arbeitervertreter Arbeiter und den Parteiorganisationen einen Bericht vor. In diesem Dokument führte er die Niederlagen auf das Fehlen einer zweiten Front in Europa zurück. Zwar war dies ein entscheidender Faktor für die deutschen Vorstöße, da Hitler ohne diese zweite Front den Großteil seiner Streitkräfte auf die UdSSR konzentrieren konnte, doch gab es auch Fehler seitens des sowjetischen Generalstabs. In dem genannten Bericht vertrat Stalin die Auffassung, dass das Hauptziel der Deutschen nicht darin bestand, die Ölgebiete von Grosny und Baku zu besetzen, sondern Moskau von Osten her einzukreisen, die Hauptstadt vom Hinterland an der Wolga und im Ural zu isolieren und sie dann anzugreifen. Tatsächlich war das Öl im Kaukasus ein wichtiges Ziel für Hitler, dessen Truppen ausschließlich von rumänischem Öl abhängig waren. Der Versuch, gleichzeitig Stalingrad zu erobern, überstieg jedoch die militärischen Kapazitäten der Deutschen, deren Verluste seit Beginn der Operation Barbarossa immens waren. In diesem Bericht machte Stalin einige sehr interessante Beobachtungen zur anglo-sowjetisch-amerikanischen Koalition:

*„Es heißt, dass die anglo-sowjetisch-amerikanische Koalition alle Chancen auf einen Sieg hat und zweifellos siegen wird würde, wenn sie nicht unter einem strukturellen Mangel leiden würde, der sie schwächen und zerstören könnte. Dieser Mangel besteht nach Meinung derjenigen, die dies behaupten, darin, dass diese Koalition aus heterogenen Elementen mit unterschiedlicher Ideologie besteht und dass dieser Umstand es ihr nicht erlaubt, eine Offensive gegen den gemeinsamen Feind zu organisieren. Ich halte diese Behauptung für unzutreffend.“*

*„Es wäre lächerlich, die Unterschiede in der Ideologie und im Gesellschaftssystem der Länder, die die anglo-sowjetisch-amerikanische Koalition bilden, zu leugnen. Aber schließt dieser Umstand die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit gemeinsamer Handlungen der Mitglieder dieser Koalition gegen den gemeinsamen Feind aus, der für sie die Gefahr der Versklavung darstellt? Zweifellos schließt er dies nicht aus. Mehr noch, die drohende Gefahr zwingt die Mitglieder dieser Koalition zu gemeinsamen Maßnahmen, um die Menschheit vor einer Rückkehr zu Barbarei und mittelalterlicher Grausamkeit zu bewahren. Ist das Aktionsprogramm der anglo-sowjetisch-amerikanischen Koalition etwa unzureichend, um auf seiner Grundlage den gemeinsamen Kampf gegen die Hitler-Tyrannie zu organisieren und den Sieg über sie zu erringen? Ich glaube, dass es völlig ausreichend ist.“*

*(...) Die Schlussfolgerung lautet: Die anglo-sowjetisch-amerikanische Koalition hat alle Chancen, die italienisch-deutsche Koalition zu besiegen, und wird zweifellos siegen.“<sup>4</sup>*

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, einen Blick auf die trotzkistische Kritik der Trotzkisten an diesem Bündnis zu werfen. Sie behaupten im Wesentlichen, dass Stalin mit dieser Koalition die sozialistische Revolution verraten und die Revolution zugunsten engstirniger russischer Nationalisten geopfert habe. In diesem Zusammenhang stellt er stellt sie die Positionen Lenins während des Ersten Weltkriegs gegenüber, der den Krieg als imperialistischen Krieg bezeichnete, die Verteidigung des Vaterlandes verurteilte und zum Ausbruch der Revolution aufrief.

Die Dialektik ist nicht gerade die Stärke des Trotzkismus. Der Zweite Weltkrieg beginnt als imperi-

alistischer Krieg, aber der deutsche Angriff auf die UdSSR, das einzige sozialistische Land der Welt, verändert die Situation. Wir dürfen nicht vergessen, dass Lenin es zur Rettung der Revolution für unvermeidlich hielt, einen Frieden mit Deutschland zu schließen (Frieden von Brest-Litowsk), der für Russland enorme territoriale Verluste bedeutete. Die Position Trotzkis zu diesem Zeitpunkt („weder Frieden noch Krieg“) war völlig unsinnig.

Andererseits war der Nationalsozialismus, wie bereits erwähnt, eine Gefahr für die gesamte Menschheit. In diesem Sinne erhält die Koalition der UdSSR mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten eine neue Dimension. Der Sieg einer der beiden Seiten im Ersten Weltkrieg stärkte den Imperialismus des siegreichen Blocks, aber der Triumph des Nationalsozialismus bedeutete, wie sich bereits während des Krieges zeigte, die Auslöschung ganzer Völker. Zwischen den beiden Weltkriegen gibt es wesentliche Unterschiede, keine Nuancen.

Als Richter interpretieren die meisten akademischen Historiker, begleitet von der militanten trotzkistischen Geschichtsschreibung, Stalins Politik als eine Abfolge von Verbrechen, abscheulichen Unterdrückungen und Verrat an der Arbeiterbewegung und wiederholen in einem Buch nach dem anderen die gleichen Lehren, die in den Jahren des Kalten Krieges geprägt wurden, ohne die Beiträge von Historikern wie Grover Furr, Ludo Martens oder Viktor Zemskov und die Dokumentation der sowjetischen Archive, die die Zahlen der Repressionen von 1936-1938 drastisch reduzieren und die unglaublichen Spekulationen über die Hungersnot in der Ukraine widerlegen. Diese Historiker mit Scheuklappen, die nach dem Diktat der Bourgeoisie schreiben und sich gegenseitig plagiieren, sind das Gegenteil dessen, was ein Sozialwissenschaftler sein sollte, dessen erste Pflicht es ist, sich an objektive Daten zu halten.

### **Von Februar 1943 bis Februar 1945**

Nach dem Sieg von Stalingrad zog sich die deutsche Armee angesichts der mächtigen sowjetischen Offensiven an allen Fronten zurück. In einem verzweifelten Versuch, die Situation zu wenden, befahl Hitler eine Offensive auf den Kursker Bogen (Operation Zitadelle). Der deutsche Angriff begann am 5. Juli und wurde am 23. desselben Monats vollständig zerschlagen.

<sup>4</sup> Ibídem. Pág.57.

Die Deutschen setzten 17 Panzerdivisionen, 3 motorisierte Divisionen und 18 Infanteriedivisionen ein und griffen in Richtung Orel-Kursk und Belgorod-Kursk an. Mit einem tief greifenden Verteidigungssystem bremste die Rote Armee die deutsche Offensive und schwächte sie, um anschließend zum Gegenangriff überzugehen. In den Kämpfen hatten die Deutschen mehr als 70.000 Tote zu beklagen und verloren 2.900 Panzer, 1.392 Flugzeuge und 844 Artilleriegeschütze.

Vor dem Hintergrund der Siege der Alliierten an allen Fronten hielt es die sowjetische Regierung für notwendig, die Kommunistische Internationale aufzulösen (15. Mai 1943). Auf eine schriftliche Anfrage des Moskauer Korrespondenten der Nachrichtenagentur Reuters zu diesem Thema antwortete Stalin:

„Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ist berechtigt, denn:  
 a) Sie entlarvt die Lüge der Hitler-Anhänger, dass „Moskau“ ihrer Meinung nach die Absicht habe, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und diese zu „bolschewisieren“.  
 b) sie entlarvt die Verleumdung der Feinde des Kommunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, wonach die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder nicht im Interesse ihrer Völker handeln, sondern Befehlen von außen gehorchen. Auch diese Verleumdung wird nun beendet.  
 c) Es erleichtert die Arbeit der Patrioten aller freiheitsliebenden Länder, die darauf abzielt, die fortschrittlichen Kräfte ihrer Länder unabhängig von politischen und religiösen Überzeugungen in einer Einheitsfront der nationalen Befreiung zu vereinen, um den Kampf gegen den Faschismus zu führen.  
 d) Erleichtert die Arbeit der Patrioten aller Länder, die darauf abzielt, alle freiheitsliebenden Völker in einer internationalen Einheitsfront für den Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitler-Regimes zu vereinen und damit den Weg für die künftige Organisation der Völkergemeinschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Völker zu ebnen (...)"

Als sich das Kriegsgeschehen wendete und die Rolle der UdSSR an Bedeutung gewann, waren die reaktionärsten politischen Kreise in den Vereinigten Staaten und Großbritannien der Ansicht, dass die

Koalition nur den Kommunisten zugute komme; andererseits gab es auch innerhalb der NSDAP Stimmen, die sich für eine gemeinsame Front gegen die Sowjets aussprachen. Die Regierung der UdSSR sah sich daher gezwungen, diese antikommunistischen Elemente in England und den Vereinigten Staaten zu neutralisieren, um das antifaschistische Bündnis aufrechtzuerhalten und zu stärken.

In seinem Bericht vom 6. November 1943 vor dem Sowjet der Arbeiter- und Parteiorganisationsdeputierten der Stadt Moskau legte Stalin die politischen Ziele der UdSSR und ihrer Verbündeten dar:

*„Der Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland wird die wichtigen Fragen der Organisation und Wiederherstellung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der europäischen Völker auf die Tagesordnung setzen. Die Politik unserer Regierung in diesen Fragen bleibt unverändert. Gemeinsam mit unseren Verbündeten müssen wir:*

- 1. Die Völker Europas von den faschistischen Invasoren befreien und ihnen helfen, ihre von den faschistischen Unterdrückern zerstückelten Nationalstaaten wiederherzustellen: Die Völker Frankreichs, Belgiens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Polens, Griechenlands und anderer Staaten, die unter dem deutschen Joch stehen, müssen wieder frei und unabhängig werden.*
- 2. Den befreiten Völkern Europas das uneingeschränkte Recht und die Freiheit gewähren, selbst über ihre staatliche Organisation zu entscheiden.*
- 3. Maßnahmen ergreifen, damit die faschistischen Verbrecher, die für den gegenwärtigen Krieg und das Leiden der Völker verantwortlich sind, unabhängig davon, in welchem Land sie sich verstecken, für alle ihre Verbrechen streng bestraft werden.*
- 4. In Europa eine Ordnung zu schaffen, die jede Möglichkeit einer neuen Aggression durch Deutschland völlig ausschließt.*
- 5. Eine dauerhafte wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit der Völker Europas zu schaffen, die auf Vertrauen und gegenseitiger Hilfe beruht, um die von den Deutschen zerstörte Wirtschaft und Kultur wieder aufzubauen.“*

Nach drei Jahren Krieg haben sich Stalins politische Positionen nicht geändert. Aufrechterhaltung des Militärbündnisses mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien, um Europa die durch

5 5. Ibidem Pág. 89.

die Nazi-Besatzer zerstörten demokratischen Freiheiten zurückzugeben. Es ist notwendig, auf diese Frage einzugehen, um zu verstehen, wer nach Beendigung des Krieges den „Kalten Krieg“ ausgelöst hat, oder warum die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Nazi-Verbrecher so wohlwollend behandelten haben, ohne natürlich die Entscheidung der Führer beider Länder hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Franco-Diktatur in Spanien zu vergessen.

## Fazit

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Achtzig Jahre später ist der blutigste Krieg der Geschichte weiterhin Gegenstand der Aufmerksamkeit und Analyse von Historikern. Obwohl unter Fachleuten fast allgemeine Einigkeit darüber herrscht, dass es sich um einen gerechtfertigten Krieg handelte, einen Krieg, der gewonnen werden musste, um die Menschheit von der Barbarei zu befreien, gibt es in vielen Aspekten unterschiedliche Interpretationen und Perspektiven. Unbestritten und offensichtlich ist jedoch, dass der Krieg von der Sowjetunion gewonnen wurde und dank ihrer immensen Opferbereitschaft der Faschismus besiegt wurde.

Am 22. Juni 1941 griff eine gewaltige deutsche Armee, zu der auch Truppen aus faschistischen Ländern gehörten, die mit Deutschland verbündet waren, ohne vorherige Kriegserklärung die Sowjetunion an. Zu diesem Zeitpunkt beherrschte Hitler Europa, und nur Großbritannien leistete der deutschen Kriegsmaschinerie Widerstand. Drei Jahre lang widerstand die Sowjetunion den Angriffen der Wehrmacht. Stalin bat die Vereinigten Staaten, die im Dezember 1941 in den Krieg eingetreten waren, wiederholt, eine zweite Front in Europa zu eröffnen, um den Druck der deutschen Armee auf die UdSSR zu verringern. Unter dem Vorwand technischer und logistischer Probleme verzögerte die US-Regierung jedoch die Eröffnung dieser Front. Natürlich war die Landung in Europa keine einfache Aufgabe und erforderte einen immensen Einsatz von Streitkräften, deren Zusammenführung und Koordination Zeit brauchte, aber es ist auch wahr, dass die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich als kapitalistische Mächte daran interessiert waren, dass die Sowjetunion so viel wie möglich möglichst große Ver-

luste erlitt geschwächt wurde und geschwächt aus dem Krieg hervorging. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Zweite Weltkrieg in politischer Hinsicht ein seltsamer Krieg war, in dem die englische und die amerikanische Bourgeoisie keine andere Wahl hatten, als sich mit einem sozialistischen Land zu verbünden, um den deutschen Kapitalismus besiegen zu können.

In den ersten drei Monaten des Krieges erlitten die Sowjets kontinuierliche Niederlagen, und die Deutschen besetzten die baltischen Republiken, Weißrussland, Moldawien und fast die gesamte Ukraine. Trotz der enormen Verluste hielt die Sowjetunion stand, und es war dieser Widerstand, der Hitler daran hinderte, den Krieg zu gewinnen. Hätte Stalin kapituliert, wie es die französische Regierung im Juni 1940 tat, hätten die Nazis die riesigen Rohstoffreserven des Landes sowie unzählige Unternehmen und Industrien kontrolliert. Mit diesem wirtschaftlichen Potenzial in ihren Händen ist es nicht schwer zu vermuten, dass die britische Regierung den Kampf nicht hätte fortsetzen können und irgendeine Art von Abkommen mit Deutschland geschlossen hätte. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, dass die Hartnäckigkeit des sowjetischen Volkes für den Verlauf des Krieges von entscheidender Bedeutung war.

Im Frühjahr 1942 nahm die deutsche Armee, die im Dezember 1941 vor den Toren Moskaus gestoppt worden war, die Offensive wieder auf, und im September begann die Schlacht von Stalingrad. Die Eroberung der Stadt wurde für Hitler zu einem vorrangigen Ziel, aber ihre Verteidigung erlangte auch für die Sowjets einen symbolischen Wert. Monatelang wurde in der Stadt gekämpft, die vollständig zerstört wurde, und die sowjetischen Soldaten zeigten unzählige Beispiele für Heldenmut. Am 2. Februar 1943 kapitulierte der Rest der 6. deutschen Armee. Die Katastrophe war so groß, dass sich die Deutschen davon nicht mehr erholen konnten. Der Sieg von Stalingrad hatte mehrere Ursachen. Eine davon war die enorme industrielle Leistungsfähigkeit der UdSSR, die durch die Planwirtschaft ermöglicht wurde. Eine weitere Ursache war die Identifikation des Volkes mit der Kommunistischen Partei und schließlich Stalins Fähigkeit, die richtigen Entscheidungen zu treffen und den Offizieren des Generalstabs weitreichende Initiative zu überlassen.

Die UdSSR trug bis zur Normandie die gesamte Last des Krieges. Die Opfer und Entbehrungen, die das Volk der UdSSR erdulden musste, waren enorm: 27 Millionen Tote, 1.700 Städte, 27.000 Dörfer und 32.000 Industriebetriebe wurden zerstört. Insgesamt verlor die UdSSR 30 % ihres nationalen Reichtums, und die Höhe ihrer Verluste machte 40 % aller Verluste aller alliierten Streitkräfte aus. Der entscheidende Beitrag der UdSSR wird auch deutlich, wenn man die Verluste der deutschen Armee auf sowjetischem Gebiet analysiert. Die Zahl der Toten und Verwundeten der Deutschen an der Ostfront war sechsmal höher als an der West- und Mittelmeerfront, und dort wurden 75 % ihrer Waffen zerstört.

Der britische Premierminister Winston Churchill und der US-Präsident Roosevelt würdigten den immensen Beitrag der UdSSR zur Niederlage des Na-

onalsozialismus, doch die Jahre des Kalten Krieges führten zum Triumph der antikommunistischen Propaganda. Wenn wir eine zufällige Umfrage durchführen würden, könnten die meisten Befragten die Landung in der Normandie historisch einordnen und würden antworten, dass sie von den Amerikanern durchgeführt wurde, aber dieselbe Mehrheit hätte eine unschärtere Vorstellung von Stalingrad. In der allgemeinen Vorstellung war die Normandie das Ereignis, das die Niederlage Deutschlands besiegelte, während Stalingrad in Vergessenheit gerät. Auf diese Weise wird die Rolle der UdSSR im Krieg verschleiert. Aber es gibt etwas, das die Bourgeoisie nicht aus dem historischen Gedächtnis löschen oder entfernen kann: die rote Fahne mit Hammer und Sichel, die im Mai 1945 in Berlin auf dem Reichstag wehte.

## KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN) (PCE (ML))

### BIBLIOGRAFÍA SOBRE LA GRAN GUERRA PATRIA

- BERGSTRÖM, Christer: *Operación Barbarroja. La invasión alemana de la Unión Soviética*, Barcelona, Pasado & Presente, 2016.
- BRAITHWAITE, Rodric. Moscú, 1941. Una ciudad y su pueblo en guerra. Barcelona, Crítica, 2006.
- CARELL, Paul: *Tierra calcinada. La guerra en el frente ruso, 1943-1944*. Barcelona, Inédita Editores, 2007.
- CITINO, Robert M.: *La muerte de la Wehrmacht. La campaña de 1942*. Barcelona, Crítica, 2009.
- CLARK, Alan: *La campaña de Rusia, 1941-1945*. Barcelona, Luis de Caralt, 1967
- CRAIG, William: *La batalla de Stalingrado*. Barcelona, RBA, 2005.
- EDELE, Mark: *Estalinismo en guerra, 1937-1945*. Madrid, Desperta Ferro, 2022.
- FUGATE, Bryan: *Operación Barbarroja. Estrategia y tácticas en el frente del Este, 1941*. www.de 1939 a 1945. bravepages. com, 2005.
- GLANTZ, David M.: *Antes de Stalingrado. La invasión alemana de Rusia, 1941*. Barcelona, Inédita, 2010.
- GLANTZ, David: *Operación Marte. www. de 1939 a 1945*. bravepages.com, 2005.
- GLANTZ, David y HOUSE Jonathan: *Choque de titanes. La victoria del Ejército Rojo sobre Hitler*. Madrid, Desperta Ferro, 2017
- GROSSMAN, Vasili y EHRENBURG, Ilya: *El libro negro*. Barcelona, Galaxia Gutenberg/Círculo de Lectores, 2011.
- GROSSMAN, Vasili: *Stalingrado*. Barcelona, Galaxia Gutenberg, 2020.
- HELLBECK, Jochen: *Stalingrado. La ciudad que derrotó al Tercer Reich*. Barcelona, Galaxia Gutenberg, 2018
- JONES, Michael: *El sitio de Leningrado, 1941-1944*. Barcelona, Crítica, 2008.
- JONES, Michael: *El trasfondo humano de la guerra. Con el Ejército soviético de Stalingrado a Berlín*. Barcelona, Crítica, 2012.
- LEWIS, S.J.: *Stalingrado*. www.de 1939 a 1945.bravepages. com, 2006
- LOZANO, Álvaro: *Operación Barbarroja. La invasión alemana de Rusia*. Barcelona, Inédita Editores, 2006.
- LUKACS, John: *Junio de 1941. Hitler y Stalin*. Madrid, Turner, 2007.
- McMEEKIN, Sean: *Una nueva historia de la Segunda Guerra Mundial. La Guerra de Stalin*. Madrid, Ciudadela, 2022.
- MERRIDALE, Catherine: *La guerra de los ivanes. El Ejército Rojo (1939-1945)*. Barcelona, Debate, 2007.
- NÚÑEZ SEIXAS, Xosé Manuel: *Imperios de muerte. La guerra germano-soviética, 1941-1945*. Madrid, Alianza Editorial, 2007.
- NÚÑEZ SEIXAS, Xosé Manuel: *El frente del Este. Historia y memoria de la guerra germano-soviética (1941-1945)*. Madrid, Alianza Editorial, 2018.
- PLESHAKOV, Constantine: *La locura de Stalin. Los diez primeros días de la Segunda Guerra Mundial en el frente del este*. Barcelona, Paidós, 2007.
- ROBERTS, Geoffrey: *Las Guerras de Stalin. De la Segunda Guerra Mundial a la Guerra Fría, 1939-1953*. Zaragoza, HRM Ediciones, 2022.
- RUTHERFORD, Jeff: *La guerra de la infantería alemana, 1941-1944. Combate y genocidio en el frente del Este*. Madrid, La Esfera de los Libros, 2017.
- -SANTOS, Anselmo: *Stalin, el Grande*. Barcelona, Edhsa, 2012.
- SHTEMENKO, Serguéi: *El Estado Mayor Central durante la Guerra. Moscú, Progreso, 1977. 2 tomos*.
- -STALIN, J.: *La Gran Guerra Patria de la Unión Soviética*. Argentina, Editorial Partenón, 1946
- VINOGRADOVA, Lyuba: *Las brujas de la noche. En defensa de la madre Rusia*. Barcelona, Pasado & Presente, 2016.
- VINOGRADOVA, Lyuba: *Ángeles vengadores. Las francotiradoras soviéticas en la Segunda Guerra Mundial*. Barcelona, Pasado & Presente, 2017.
- WERTH, Alexander: *Rusia en la guerra*. Barcelona, Bruguera, 1969. 2 vols.
- ZAITSEV, Vasili: *Memorias de un francotirador en Stalingrado*. Barcelona, Crítica, 2013.
- ZHILIN, P. (director): *La Gran Guerra Patria de la Unión Soviética, 1941-1945*. Moscú Progreso, 1985.
- ZHUKOV, G.V.: *Grandes batallas de la Segunda Guerra Mundial*. Barcelona, Península, 2009.
- ZHUKOV, G. V.: *Memorias y reflexiones*. Moscú, 1969. 2 tomos.
- ZIEMKE, Earl: *De Moscú a Stalingrado. Decisión en el Este*. Zaragoza, HRM Ediciones, 2021

# TÜRKEI

## Das chinesische „Rätsel“ aus der Perspektive des chinesischen Proletariats

### Die Entstehung des modernen Proletariats in China

Es ist unbestreitbar, dass die Arbeiterklasse im vorrevolutionären China vor der Revolution von 1949, gestärkt durch die militärische, strategische und finanzielle Unterstützung der Kommunistischen Internationale, eine Geschichte des kontinuierlichen Kampfes sowohl gegen die nationalistische Partei Kuomintang (KMT) als auch gegen die japanische Besatzung und die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung hatte. Aber es ist auch klar, dass das moderne Proletariat nicht unabhängig vom modernen Stand der industriellen Entwicklung betrachtet werden kann. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war China ein schwach industrialisiertes Land, das unter der Kontrolle der USA, Großbritanniens, Japans und anderer imperialistischer Mächte stand. Der Großteil seiner Industrie war Leichtindustrie. Es gab keine eigene Schwerindustrie; die meisten der bestehenden Unternehmen bestanden aus Reparaturwerkstätten, Docks, Eisenbahnreparaturwerkstätten im Besitz ausländischen Kapitals und relativ primitiven Bergwerken, die Rohstoffe und Halbfertigprodukte für entwickelte kapitalistische Länder produzierten.

Die Schwerindustrie hingegen war kaum entwickelt und bestand hauptsächlich aus der Reparatur und Montage von Maschinen, die aus kapitalistischen Ländern importiert wurden. Häfen und Eisenbahnen waren in dem Maße entwickelt, wie es die imperialistische Ausbeutung erforderte. Der Bergbau war äußerst dürftig. Darüber hinaus hatten die Bombenangriffe und Sabotageakte während der japanischen Besatzung und des Bürgerkriegs mit der Kuomintang zu großen Zerstörungen in den mehr oder weniger entwickelten Industriezonen geführt<sup>1</sup>. Bis 1949 war die Industrieproduktion, die stärker geübt hatte als die Landwirtschaft, um die Hälfte zurückgegangen<sup>2</sup>. In einem Land mit etwa 550 Millionen Einwohnern lebte die überwältigende Mehrheit (grob geschätzt 400-450 Millionen) auf dem Lande, wo feudale Produktionsverhältnisse vorherrschten<sup>3</sup>.

1 China erlebte einen Bürgerkrieg zwischen den von der KPCh geführten Kräften und der KMT-Regierung zwischen 1927 und 1937, die japanische Invasion zwischen 1937 und 1945, bei der die KPCh und die KMT als Einheitsfront auftraten, und den darauffolgenden ständigen Bürgerkrieg zwischen der KPCh und der KMT.

2 vgl. Staatliches Amt für Statistik (1974) *Ten Great Years: Statistic of the Economic and Cultural Achievements of the People's Republic of China, Occasional Paper*, Nr. 5. S. 5.

3 vgl. Staatliches Amt für Statistik, ebenda. S. 10.

Dieser Stand der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmte die Hauptaufgaben der Revolution von 1949, die ein halb feudales, halb koloniales Land übernahm. In den ersten Jahren der Revolution wurden das Land, die Vorräte und die Produktionsmittel, die von den Großgrundbesitzern in Zusammenarbeit mit dem Imperialismus konfisziert worden waren, durch eine Landreform an die Landlosen und die Kleinbauern verteilt, während die reichen Bauern noch nicht enteignet worden waren. Auch in den Städten und an der Küste wurde das Eigentum der Kompradoren-Monopolbourgeoisie beschlagnahmt, während die Produktionsmittel der kleinen und mittleren nationalen Bourgeoisie unangetastet blieben. Während die Nicht-Enteignung der reichen Bauernschaft und der nationalen Bourgeoisie angesichts der Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung verständlich war, war es vom Standpunkt des sozialistischen Aufbaus aus inakzeptabel, diese Klassen zu Partnern der politischen Macht zu machen. Dieser Ansatz änderte sich auch nicht während des ersten Fünfjahresplans (1952-1957; EFJP), als eine Politik der raschen Industrialisierung eingeführt wurde.

Die nationale Bourgeoisie, deren Mitglieder zum Teil direkt in den Staatsbetrieben „angestellt“ waren, wurde in Eigentumskategorien wie „staatskapitalistisch“, „staatlich-privat“, „öffentlicht-privat“ usw. eingegliedert, mit kategorialen Variationen (Genossenschaft, Kollektiv, Kommune usw.), spezifisch für jede Periode, und diese Situation hielt bis Ende der 1970er Jahre an. Kurz gesagt, die Verstaatlichung erfolgte nicht auf sozialistischer Grundlage, und so entwickelte sich das Privateigentum in verschiedenen Formen, die im Widerspruch zur Arbeit standen.

Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass mit dem EFJP ein massiver Industrialisierungsprozess eingeleitet wurde. Neben den konfisierten Betrieben der Kompradorenbourgeoisie wurde während des gesamten EFJP der Schwerindustrie und dem damit verbundenen Aufbau der Infrastruktur Priorität eingeräumt, die mit finanzieller, technischer und personeller Unterstützung und unter Leitung der UdSSR geschaffen wurde.

Parallel zur Industrialisierung war die Entwicklung des modernen Proletariats unvermeidlich. In der vorrevolutionären Zeit bestand die überwiegende Mehrheit der Gesamtbeschäftigung aus selbstständigen Handwerkern, während Arbeiter eher in kleinen Werkstätten mit durchschnittlich 10-15 Beschäftigten arbeiteten; ein kleinerer Teil arbeitete in Großbetrieben mit durchschnittlich 500 Beschäftigten. Im Zeitraum 1949-1952 stieg die Zahl aller Lohnempfänger von 8 Millionen auf 15,8 Millionen, während die Zahl der Industriearbeiter von 3 Millionen auf fast 5 Millionen anstieg (31,25 Prozent aller Lohnempfänger). Am Ende der Laufzeit des EFJP waren 9 Millionen (37 Prozent) der 24,5 Millionen Lohnempfänger Industriearbeiter<sup>4</sup>.

Interessanterweise stieg die Zahl der Lohnempfänger und Industriearbeiter in den offiziellen Daten für 1958 sprunghaft an. Die Zahl aller Lohnempfänger verdoppelte sich nahezu gegenüber dem Vorjahr und wurde 1958 mit 45 Millionen 323 Tausend angegeben, von denen 25 Millionen 623 Tausend Industriearbeiter waren<sup>5</sup>. Dieser quantitative Sprung im Erscheinungsbild war im Wesentlichen Ausdruck einer veränderten Industrialisierungspolitik. Denn die Priorisierung der Schwerindustrie und der darauf aufbauende Umbau aller anderen Wirtschaftszweige, die den Kern des EFJP ausmachten, standen schon vor Ende der Planperiode zur Diskussion. Innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) unter der Führung von Mao setzte sich der Gedanke durch, dass die Investitionen in die Schwerindustrie (und damit in die Produktion von Produktionsmitteln) zugunsten der Landwirtschaft und der von der Landwirtschaft abhängigen Leichtindustrie reduziert werden sollten, und es wurde argumentiert, dass die Landwirtschaft die Grundlage der Wirtschaft sei. Abgesehen von parteiinternen Querelen bildete dies den Rahmen für die gesamte Industrie- und Agrarpolitik des zweiten Fünfjahresplans. Die Politik, die ab diesem Zeitpunkt in die Praxis umgesetzt wurde, schuf den Boden für die Entfaltung freier Marktbeziehungen vom Land zur Stadt, von der Landwirtschaft zur Industrie und untergrub die zentrale Planung.

4 vgl. Staatliches Amt für Statistik, ebd., S. 127 f.

5 vgl. Staatliches Amt für Statistik, ebd., S. 127 f.

## **Einführung freier Marktwirtschaft und Öffnung für internationale Monopole: Die Transformation des Landproletariats**

Als Folge der Dezentralisierung wurde schließlich 1978 die Periode der „Reform und Öffnung“ ausgerufen, in der die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vom Staat unter der KPCh organisiert und gefestigt wurde. Sowohl auf dem Land als auch in den Städten wurden eine Reihe von „Reformen“ durchgeführt, die in beiden Bereichen auf eine Vermarktlichung hinausliefen. Die bekannteste dieser Reformen ist der Prozess der Dekollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Die fortschreitende Auflösung des kollektiven Eigentums in der landwirtschaftlichen Produktion wurde durch das „Haushaltsverantwortungssystem“ rechtlich abgesichert. Land und Produktionsmittel wurden unter den Haushalten aufgeteilt und privatisiert. Die Kontrolle über die Produktion wurde auf Familieneigentum übertragen, wodurch die ländliche Produktion von Kleinwaren formalisiert wurde. In den 1980er Jahren, als die Kommunen, der Zusammenschluss privater Eigentumsgruppen, schrittweise aufgelöst wurden, endete das kapitalistische Staatsmonopol für den An- und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, und die Haushalte, die bisher auf vertraglicher Basis mit dem Staat gekauft und verkauft hatten, konnten nun ihre Überschussprodukte auf dem Markt anbieten. Alle privaten Eigentumsrechte, wie das Recht, Land zu pachten, zu verkaufen oder zu vererben, wurden in diesem Jahrzehnt formell anerkannt. Es entstanden Praktiken zur Vergabe von Unteraufträgen und eine ständig wachsende Zahl von Lohnarbeitern in der Landwirtschaft<sup>6</sup>.

Auf dem Lande, wo in den 1980er Jahren noch 80 Prozent der Gesamtbevölkerung (790 Millionen) lebten, war eine weitere Folge der Vermarktlichung der landwirtschaftlichen Produktion das Anwachsen der Überschussbevölkerung. Diese Arbeitskräfte können jedoch aufgrund des Bevölkerungsregistrierungssystems (Hukou) nicht massenhaft vom Land in die Städte abwandern<sup>7</sup>. Dies bedeutete, dass Dutzende von Millionen Menschen als Arbeitsarmee

<sup>6</sup> vgl. Hart-Landsberg, M. & Burkett, P. (2005). China and Socialism: Market Reforms and Class Struggle. Monthly Review Press. S. 43 f.

<sup>7</sup> Nach dem in den 1950er Jahren eingeführten Rechtssystem konnten die Bürger außerhalb der Siedlung, in der sie gemeldet waren, nicht legal arbeiten und auch keine Bildungs-, Gesundheits- und anderen sozialen Rechte in Anspruch nehmen.

für die kapitalistische Industrialisierung auf dem Land zur Verfügung standen. Die „Gemeinde- und Dorfunternehmen“ (GDU), die Joint Ventures aus Privateigentum einerseits und Unternehmen von Verwaltungen, die nicht direkt dem Staat gehörten, sondern als „öffentliches Eigentum“ eingestuft wurden, andererseits, konnten diese Armee an die vorderste Front der industriellen Produktion treiben. In den 1980er Jahren stieg die Zahl der GDU, die sich auf die arbeitsintensive Produktion von individuellen Konsumgütern außerhalb der Produktion von Staatsbetrieben konzentrierten, explosionsartig an. Es ist bemerkenswert, dass sich die Zahl der Unternehmen, die Verwaltungen gehören, nicht wesentlich verändert hat, während die Zahl der Einzelunternehmen exponentiell anstieg. Im Jahr 1978 gehörten von den 1,525 Millionen GDU 79 Prozent Dörfern und der Rest Stadtverwaltungen, mit keinerlei Einzelunternehmen. Im Jahr 1987 gehörten 91 Prozent der 17,5 Millionen GDU Einzelunternehmen. Diese „verdeckten Privatunternehmen“ waren solche, in denen die Führer von Lokalregierungen ihre eigenen Manager ernannten und die Gewinnverteilung verwalteten, während das ausländische Kapital seine Kontrolle beibehielt<sup>8</sup>.

Diese rasche Entwicklung der kapitalistischen Industrialisierung auf dem Lande löste natürlich eine rasche Proletarisierung aus. Während 1978 die Zahl der Beschäftigten in diesen kleinen und mittelgroßen Betrieben der Rohstoffproduktion nur etwas mehr als 28 Millionen betrug, waren 1996, dem so genannten goldenen Jahr der GDU, 135 Millionen Arbeiter in 23,4 Millionen Betrieben, d. h. jeder fünfte Arbeiter im ganzen Land und jeder dritte Arbeiter auf dem Land, in den Reihen des chinesischen Proletariats in diesen Sweatshops beschäftigt, deren Anteil an den Exporten 33,7 Prozent erreichte.

Gegen Ende der 1990er Jahre wurden einige dieser angeblich als „öffentliches Eigentum“ eingestuften GDU direkt privatisiert, andere wurden verstaatlicht, was das Ende des TVE-Wunders bedeutete, das seine Funktion erfüllt hatte. Dutzende Millionen von Migranten, die durch diese Entwicklung freigesetzt wurden, strömten in die Fabriken des ausländischen Kapitals in den Städten und Küstengebieten. Dies war auch die Zeit, in der die Arbeitsausbeutung

<sup>8</sup> vgl. Hart-Landsberg und Burkett (2005), ebd., S. 44.

in den in Chinas Küstenregionen eingerichteten „Sonderwirtschaftszonen“ (SWZ) für ausländisches Kapital geöffnet wurde. Ostasiatische Kapitalisten, die das Recht erhielten, Fabriken zu errichten, und die zumeist Zulieferer für Monopole in Westeuropa und den USA waren, brachten ihre Produktionsmittel und Technologien zusammen mit den billigsten Arbeitskräften der Welt in diese Zonen.

Die erste Generation von Arbeitern, die die Arbeitskräfte in den SWZ bildeten, waren die Kinder von Familien, die noch auf dem Dorf wohnten und selbst Kleinunternehmer auf dem Lande waren. Sie sahen die Arbeit in der Stadt als eine vorübergehende Möglichkeit, Geld anzusparen. Da sie aufgrund des Hukou-Systems als „Leiharbeiter“ betrachtet wurden, waren ihnen soziale Rechte vorenthalten. Tausende von ihnen konnten diesen Status nicht erhalten und wanderten unregistriert aus, so dass sie das Unternehmen, in dem sie arbeiteten, nicht verlassen konnten. Die Kapitalisten, die die Arbeitskräfte durch bestimmte Methoden wie die Einrichtung von Schlafsaalen als Teil von Fabrikkomplexen, die Beschlagnahmung von Personalausweisen der Arbeiter und die Erhebung von Käutionen von den Arbeitern im vgl. Zhang, Y. (2022). Workers on Tiananmen Square. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), *Proletarian China: A Century of Chinese Labour*. Verso Books. S. 498., einschließlich körperlicher Gewalt, angewandt, um die Produktion nicht zu unterbrechen<sup>9</sup>. In den 2000er Jahren hatte sich in diesen Regionen ein völlig enteignetes, billiges, unorganisiertes Proletariat etabliert.

### Privatisierung und Korporatisierung: Die Transformation des städtischen Proletariats

Die Umwandlung der staatlichen Unternehmen, die den Kern der industriellen Produktion in den Großstädten bildeten, erfolgte in ähnlicher, aber sukzessiver Weise. Ab 1978 wurde mit der in den 1980er Jahren verfolgten Politik der von den Herrschenden als „Trennung von Eigentum und Management“ bezeichnete Prozess vollendet. Die Dezentralisierung wurde weiter vorangetrieben, und zwischen den

<sup>9</sup> Dieses System wurde fortgesetzt, bis das Bevölkerungsregistrierungssystem (Hukou) gelockert und schließlich abgeschafft wurde. vgl. Siu, K. (2018). From Dormitory System to Conciliatory Despotism: Changing Labour Regimes in Chinese Factories. In I. Franceschini & N. Loubere (Hrsg.), *Gilded Age: A Year of Chinese Labour, Civil Society, and Rights, Made in China Yearbook 2017*. S. 49.

Unternehmen und dem Staat wurde eine Beziehung auf der Grundlage von Verträgen hergestellt, die die Gewinnauflistung regeln. Den Staatsbetrieben, deren Anteil an den Gesamtsteuern etwa 75 Prozent betrug und die bis dahin 80-90 Prozent ihrer Gewinne an die Zentralregierung abgeführt hatten, wurden „Privilegien“ eingeräumt, wie z. B. das Einbehalten von Gewinnen zu Raten, die auf der Grundlage dieser individuellen Verträge festgelegt wurden, das Anbieten von Produkten oberhalb einer bestimmten Quote auf dem Markt und die Festlegung von Preisen und Löhnen. Jede Unternehmensleitung konnte die Bedingungen ihres eigenen Vertrags entsprechend ihrer Verhandlungen mit den staatlichen Behörden festlegen. Diese Vermarktlichung, die als „Vertragsverantwortungssystem“ bezeichnet wird, wurde 1993 auf alle staatlichen Unternehmen ausgedehnt. Obwohl die KPCh-Führung diese Schritte als „Diversifizierung der Eigentumsformen“ bezeichnete, steht das „Staatseigentum“ an diesen Unternehmen nur auf dem Papier. Das Wertgesetz war in Kraft, und die Ausbeutung des Mehrwerts fand statt.

Die Proteste, die 1989 auf dem Platz des Himmelschen Friedens in Peking ausbrachen und sich auf 400 Städte ausweiteten, waren eine Reaktion auf diesen Wandel. Auf der einen Seite gab es Studentenmärsche gegen Korruption und Bürokratie, auf der anderen Seite gingen die Arbeiter in Gruppen gegen die Inflation, den zunehmenden Produktionsdruck und die Misshandlungen, insbesondere am Arbeitsplatz, auf die Straße. Während des anderthalb Monate andauernden Aufstands wurde Peking Berichten zufolge fast in eine von Arbeitern kontrollierte Stadt verwandelt<sup>10</sup>. Es war das erste Mal, dass die Idee, die Arbeiter unabhängig von der einzigen maßgeblichen offiziellen Gewerkschaft (Gesamtchinesischer Gewerkschaftsbund) zu organisieren, in so großem Umfang diskutiert wurde<sup>11</sup>. Diese Versuche wurden

<sup>10</sup> vgl. Zhang, Y. (2022). Workers on Tiananmen Square. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), *Proletarian China: A Century of Chinese Labour*. Verso Books. S. 498.

<sup>11</sup> Gewerkschaftsbürokraten, von denen viele in den Vorständen von Unternehmen sitzen und somit Einkommen aus dem Unternehmen beziehen, agieren als kapitalistische Unternehmer, wenn es um die Produktion für den Profit geht, und nehmen als „Gewerkschafter“ an Beratungsgremien zwischen Arbeit und Kapital teil, wenn es um die Festlegung der Löhne der Arbeiter geht. In diesem Zusammenhang war es den Arbeitern zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte erlaubt, ihre eigenen unabhängigen Gewerkschaften zu gründen.

jedoch vom Staatsapparat unterdrückt, um den Weg für die Vermarktlichung frei zu machen.

Die Privatisierung auf lokaler Ebene, die Anfang der 90er Jahre mit dem Verkauf kleiner staatlicher Unternehmen durch die Lokalregierungen begann, erhielt 1995 mit den von der KPCh-Zentrale unter dem Motto „Das Große ergreifen, das Kleine loslassen“ formulierten Praktiken einen rechtlichen Rahmen auf nationaler Ebene. Bis in die 2000er Jahre wurden die kleinen und mittleren Unternehmen in aktienbasierte Genossenschaften umgewandelt, ihre öffentlichen Anteile wurden rasch zum Verkauf angeboten und der Prozess der Übertragung an in- und ausländische Kapitalisten wurde abgeschlossen. Mit dem 1993 erlassenen „Gesellschaftsgesetz“ wurden auch große staatliche Unternehmen als Aktien- oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung organisiert. Ab den 2000er Jahren wurde mit der Übertragung von Anteilen an diesen Unternehmen an in- und ausländische Kapitalisten begonnen. Die Zahlen des dramatischen Rückgangs des Anteils der staatlichen Industrieunternehmen an allen Industrieunternehmen (von 24,1 Prozent im Jahr 1978 auf 0,8 Prozent im Jahr 1998) deuten eigentlich auf ein Aussterben hin.

Eine ergänzende Formel der Privatisierung kommt in dem Motto „Abbau von Arbeitskräften zur Steigerung der Effizienz“ zum Ausdruck. Die KPCh-Führung erklärte von Anfang an offen, dass sie „das Kapital als Bindemittel“ nehmen und „über den Markt große Unternehmensgruppen mit relativ starker Wettbewerbsfähigkeit, multiregionalen, multisektoralen und multinationalen Eigentumsverhältnissen“ um den Preis von „Annexionen, Standardkursen, Entlassungen und Abwanderungen, Abbau von Arbeitskräften zur Steigerung der Effizienz“<sup>12</sup> ansammeln würde. Die Zahl der Beschäftigten in Staatsbetrieben sank drastisch von 75 Millionen (78 Prozent der städtischen Beschäftigung, etwa 19 Prozent der Gesamtbeschäftigung) zu Beginn der Reform auf 64 Millionen (21,9 Prozent der städtischen Beschäftigung, 8,3 Prozent der Gesamtbeschäftigung) im Jahr 2007.

12 Zemin, J. (1997). Jiang Zemins Bericht an den 15. Nationalkongress der Kommunistischen Partei Chinas zitiert nach Hurst, W. (2022). The Fifteenth Party Congress and Mass Layoffs in State-Owned Enterprises. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), Proletarian China: A Century of Chinese Labour. Verso Books. S. 547.

## Rechtsordnung des neuen Arbeitsmarktes

Es wäre zu erwarten, dass parallel zu all diesen Veränderungen auch ein Arbeitsrecht entwickelt wird. Gleich zu Beginn des „Reform“-Prozesses wurde 1982 das Streikrecht, das in den Verfassungen von 1975 und 1978 zum ersten Mal anerkannt wurde, aber nur auf dem Papier verblieb, als Grundrecht abgeschafft.<sup>13</sup> Ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde parallel zur Privatisierung eine Arbeitslosenkasse eingerichtet und die Last der Entlassungen den Proletariern aufgebürdet.

Im gleichen Zeitraum begann man in den Staatsbetrieben mit der Einstellung von „befristeten“ Arbeitern, die ältere Arbeiter mit lebenslanger Beschäftigungsgarantie durch junge Leiharbeiter ersetzten und damit die Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherheit aushöhlten. Bis 1994, als das neue Arbeitsgesetz verabschiedet wurde, war der Anteil der Leiharbeiter in den staatlichen Unternehmen auf 26,2 Prozent gestiegen. Das Gesetz verallgemeinerte die Individualverträge, wovon nahezu 90 Prozent der Arbeiter aller Unternehmen erfasst waren. Die wenigen Tarifverträge dienten lediglich als Ergänzung zu den Individualverträgen.

Das am 1. Januar 1995 in Kraft getretene Arbeitsgesetz definierte das „Arbeitsverhältnis“ so, dass Wanderarbeiter, ländliche Industrie- und Handelsarbeiter, Beamte, Hausangestellte, Berufsschüler, Leiharbeiter und Rentner, d.h. ein großer Teil der chinesischen Arbeitskräfte, die in den 1990er und 2000er Jahren in den arbeitsintensiven, exportorientierten Sektoren des verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes und des Dienstleistungssektors tätig waren, von diesem Verhältnis ausgenommen waren. Tatsächlich wurde nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitern in staatlichen Betrieben/Unternehmen einbezogen. Selbst dann konnten Streitigkeiten zunächst auf Kongressen von Managern auf Unternehmensebene und Gewerkschaftern, wenn dort keine Lösung gefunden wurde, vor der Arbeitsschiedsstelle der lokalen Regierung und erst wenn dort keine Lösung gefunden wurde, vor Gericht

13 vgl. Lin, K. (2022). The Blocked Path: Political Labour Organising in the Aftermath of the Tiananmen Crackdown. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), Proletarian China: A Century of Chinese Labour. Verso Books. S. 539.

gelöst werden<sup>14</sup>. Dieser langwierige und kostspielige Weg war selbst eine Politik der Abschreckung. Obwohl die KPCh und die chinesische Regierung versuchten, die wachsende Unruhe unter den Arbeitern mit dem „Arbeitsvertragsgesetz“ und dem neuen Gesetz über die Schlichtung und Schiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten im Jahr 2007 einzudämmen, gab es keine wesentlichen Änderungen. Dennoch zeigt die Versiebzehnfachung der Zahl der Fälle, die in den zwanzig Jahren von 1996 bis 2016 vor ein Schiedsgericht gebracht wurden (von 48.121 auf 828.410 Fälle), dass eine beträchtliche Zahl von Arbeitern diesen Weg nicht aufgegeben hat<sup>15</sup>.

## Der Kurs der Arbeiterbewegung von den 1990ern bis heute

Das chinesische Proletariat blieb angesichts der Politik der Vermarktlichung, Privatisierung und Öffnung für ausländische Monopole sicherlich nicht still. Selbst nach den offiziellen Statistiken ist die Zahl der Arbeiterwiderstände zwischen 1992 und 2000 um das 9- bis 10-fache gestiegen<sup>16</sup>. Die „Maßnahmen“, die 1999 von der chinesischen Regierung gegen diese wachsende Bewegung ergriffen wurden, sind ein unbestreitbarer Beweis für den Klassencharakter des Staates: Für Versammlungen ab 200 Personen war die Genehmigung der örtlichen Behörden für öffentliche Sicherheit und für Versammlungen ab 3000 Personen die Genehmigung hochrangiger Sicherheitsbüros erforderlich<sup>17</sup>.

Trotz all dieser Präventionsversuche bestand die größte Gruppe unter den 58.000 „Massenereignissen“ im Jahr 2003, an denen drei Millionen Menschen teilnahmen, aus 1,66 Millionen Arbeitern (Entlassene, Rentner und Aktive). Angesichts der Tatsache, dass die Gesamtzahl der unbezahlten Beschäftigten in staatlichen und kollektiven Unternehmen laut offiziellen Gewerkschaftsstatistiken von 2,6 Millionen im Jahr 1993 auf 14 Millionen im Jahr 2000 gestiegen ist, ist es verständlich,

dass die massivsten und relativ besser organisierten Proteste von den Beschäftigten der Schwerindustrie und der Infrastruktur getragen wurden<sup>18</sup>.

Im Jahr 2002, als die Arbeiterproteste zunahmen, starteten beispielsweise 50.000 Ölarbeiter in der Stadt Daqing in der Provinz Heilongjiang einen groß angelegten Protest in der Stadt und versuchten, eine unabhängige Organisation, die Daqing Provincial Dismissed Workers‘ Union [Daqing Provinzgewerkschaft entlassener Arbeiter, Anm. d. Verf.], zu gründen, die ihren Einfluss zunächst auf die Provinzebene ausdehnen und dann Ölarbeiter in anderen Provinzen zur Organisation von Solidaritätsstreiks und -aktionen bewegen konnte<sup>19</sup>. Im selben Jahr breitete sich in der Provinz Liaoning ein Streik von 3.000 Beschäftigten der Ferrolegierungsfabrik innerhalb einer Woche auf 30.000 Beschäftigte in 20 Fabriken der Stadt aus<sup>20</sup>. Der Streik der Beschäftigten des Yantian International Container Terminal in Shenzhen, einem der verkehrsreichsten Häfen der Welt, im Jahr 2007 ist lehrreich für den Kampf um gewerkschaftliche Vertretung und Tarifverhandlungen. Dieser Kampf, der von erfahrenen Kranführern geführt wurde, führte zu der wichtigen Errungenschaft eines „jährlichen Tarifverhandlungssystems auf betrieblicher Ebene“. Diese Erfahrung, die als Beispiel für „betriebliche Gewerkschaftsarbeit“ dargestellt wird, erwies sich als nachhaltig, als sie 2013, diesmal für eine Lohnerhöhung, erneut streiken konnten<sup>21</sup>.

Unter den Beschäftigten mit ländlicher Herkunft in den Sonderwirtschaftszonen waren Streiks in Unternehmen in ausländischem Besitz besonders häufig. Im Perlflussdelta kam es im Frühjahr 1993 zu einer spontanen Streikwelle. Die Streiks der Arbeiter in einer japanischen Canon-Fabrik griffen bald auf andere Fabriken über, die japanischen, taiwanesischen und Hongkonger Kapitalisten gehörten, und lösten zwölf Streiks in Folge aus, von denen die Hälfte mit voller Beteiligung stattfand<sup>22</sup>.

14 vgl. Biddulph, S. (2022). One Law to Rule Them All: The First Labour Law of the People's Republic of China. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), Proletarian China: A Century of Chinese Labour. Verso Books. S. 513-524.

15 Eine grobe, aber realistische Berechnung deutet darauf hin, dass diese Fälle mehr als 1 Million Arbeiter betreffen. Im Jahr 1996 lag diese Zahl bei keinen 50 Tausend Arbeitern. vgl. Chan, A. (2022). Voices from the Zhili Fire: The Tragedy of a Toy Factory and the Conditions It Exposed. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), Proletarian China: A Century of Chinese Labour. Verso Books. S. 203.

16 vgl. Hart-Landsberg und Burkett (2005). S. 120 f.  
17 vgl. Hart-Landsberg und Burkett, ebd., S. 125.

18 vgl. Lee, C. K. (2022). The Liaoyang Strike and the Unmaking of Mao's Working Class in China's Rustbelt. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), Proletarian China: A Century of Chinese Labour. Verso Books. S. 562.

19 vgl. Hart-Landsberg und Burkett, ebd., S. 121 f.

20 vgl. Lee, ebd., S. 561; Hart-Landsberg und Burkett, ebd., S. 122.

21 vgl. Pringle, T. & Meng, Q. (2018). Taming Labor: Workers' Struggles, Workplace Unionism, and Collective Bargaining on a Chinese Waterfront. Industrial And Labor Relations Review, 71(5), 1053–1077.

22 vgl. Li, Z., Friedman, E. & Ren, H. (2016). China on Strike: Narratives of Workers' Resistance. Haymarket Books. S. 6.

In den 2000er Jahren, als die chinesische Wirtschaft zweistellige Wachstumszahlen erreichte, lösten die von den Unternehmen in dieser Region angekündigten hohen Rentabilitätsraten weiterhin eine Reihe von Streiks aus, in denen eine angemessene Erhöhung der Löhne gefordert wurde. Im Jahr 2004 waren die Streiks, an denen 16.000 Beschäftigte des japanischen Unternehmens Uniden Electronics, 3.000 Beschäftigte von Haiyan Electronics und 5.000 Beschäftigte des Werks in Changying teilnahmen, die bemerkenswertesten. Die Streiks wurden häufig von Unterschriftskampagnen, Straßenblockaden, der Störung von Regierungsbüros oder Angriffen auf Kontrollpunkte begleitet, die zu Rückführungscentren für Wanderarbeiter wurden<sup>23</sup>. In dieser Mobilisierung lassen sich grundlegende Solidaritätsaktionen erkennen, wie das Sammeln von Geldern für die Arbeiter eines bestreikten Betriebs oder das Einreichen von Petitionen bei den örtlichen Behörden, aber auch Streikbruch von Facharbeitern, um aufzusteigen. Unerfahrenheit bei der Auswahl von Vertretern und unvorbereitete Streiks stellten die größten Schwächen der Bewegung dar.

Der Fall der in dänischem Besitz befindlichen Ole Wolff Elektronikfabrik in Shenzhen im Jahr 2006 ist erwähnenswert, weil er zeigt, dass die Arbeiter all diese Schwächen überwinden und sowohl gegen die Kapitalisten als auch gegen die Gewerkschaftsbürokratie kämpfen müssen. Infolge eines Streiks gegen Löhne unterhalb des Mindestlohns, Kürzungen und Entlassungen gelang es den Arbeitern, zumeist Frauen, einen Betriebsrat zu bilden, der trotz der feindlichen Haltung der offiziellen Gewerkschaft diesem angeschlossen war. Nach zwei Jahren schmiss das Unternehmen jedoch die von den Arbeitern gewählten Vertreter raus. Die offizielle Gewerkschaftsführung rührte keinen Finger und besaß die Unverfrorenheit, das Unternehmen für sein rechtskonformes Vorgehen zu beglückwünschen<sup>24</sup>.

Die Auswirkungen des „Arbeitsvertragsgesetzes“, das trotz der Einwände ausländischer Monopole erlassen wurde, auf die Streiks im Jahr 2007 sind deutlich zu erkennen. Der chinesische Monopolist Huawei und der US-amerikanische Einzelhandels-

23 Li et al., ebd., S. 11.

24 vgl. Yu, A. L. (2009). China: End of a Model...Or the Birth of a New One? New Politics. Abgerufen am 14. Dezember 2025, von [https://newpol.org/issue\\_post/china-end-modelor-birth-new-one/](https://newpol.org/issue_post/china-end-modelor-birth-new-one/)

monopolist Walmart sowie eine Reihe von Unternehmen, die ihrem Beispiel folgten, zwangen die Beschäftigten zur Kündigung oder entließen sie selbst, um unbefristete Arbeitsverträge zu vermeiden, die Abfindungen erfordern würden, was zu einer neuen Streikwelle führte<sup>25</sup>. Im Zuge der Krise von 2008 meldeten jedoch einige Unternehmen Konkurs an und flohen, während andere Kapitalisten einen festen Mindestlohn forderten, um „in China zu bleiben“, dem die Regierung entgegenkam. Diese Entwicklungen führten zu einem Rückgang der Löhne, zu Arbeitslosigkeit und damit zu einer Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Arbeitern. Der Widerstand nach der Krise war defensiv und zielte darauf ab, die ökonomischen Errungenschaften zu schützen.

Das Jahr 2010 verdient einen besonderen Platz in der Geschichte des modernen chinesischen Proletariats und ist lehrreich, denn es war ein Jahr, in dem es sowohl relativ organisierte Aktionen und Streiks als auch unorganisierte, individuelle Opfer gab. Die Honda-Streiks und die Selbstmorde bei Foxconn sind Symbole für diese beiden Tendenzen. Von Januar bis Dezember beginnen 18 Arbeiter in den Fabriken des taiwanesischen Unternehmens Foxconn in den SWZ Chinas Selbstmord<sup>26</sup>. Hinter diesen aufeinanderfolgenden Selbstmorden, die als „Selbstmord-Express“ bekannt sind, verbirgt sich eine speziell konzipierte Arbeitshölle. Diese Hölle, die die Fabrikmanager lieber als „Campus“ bezeichnen, ist wie eine mehrstöckige Stadt aufgebaut, in der die Arbeiter eingesperrt sind: Mehrstöckige Fabriken, Schlafäale, Lagerhallen sowie zahlreiche kommerzielle und soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Bibliotheken, Schulen, Geschäfte, Cafés und Restaurants. Das tägliche Leben der Arbeiter ist im Sekundentakt organisiert. Die Produktionslinie steht niemals 24 Stunden lang still. Die Fehler der Arbeiter werden sofort auf digitalen Bildschirmen angezeigt und den Arbeitern in Form von Lohnabzügen und Beleidigungen durch die Manager zugefügt. Die Schlafäale, in denen jeder Person eine Koje zugewiesen wird, sind wie eine Erweiterung der Fabriken; es gibt keinen gemeinsamen Lebensraum, und der „private Raum“ besteht aus dem Bett. Die

25 vgl. Li et al., ebd., S. 16.

26 vgl. Chan, J. (2022). The Foxconn Suicide Express. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), Proletarian China: A Century of Chinese Labour. Verso Books. S. 627.

Mitbewohner kommen aus verschiedenen Teilen Chinas und sprechen unterschiedliche Dialekte<sup>27</sup>.

Auf einem solchen Friedhof der im wahrsten Sinne des Wortes „toten Arbeit“ entsteht ein Profitparadies nicht nur für Foxconn, sondern auch für seine Abnehmer wie Apple, Amazon, BlackBerry, Cisco, Dell, Fujitsu, GE, HP, IBM, Intel, LG, Microsoft, Nintendo, Panasonic, Philips, Samsung, Sony, Toshiba und die Joint-Venture-Konzerne des chinesischen Staates Lenovo, Huawei und Xiaomi, die alle zu internationalen Monopolen geworden sind. Angesichts dieser extremen Ausbeutung wird einer Million Foxconn-Beschäftigten in der Regel jede Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisierung genommen. Zum Zeitpunkt der Selbstmorde war die Gewerkschaftsvertreterin eine Frau, die gleichzeitig Managerin des Unternehmens war<sup>28</sup>.

Ein ganz anderes Beispiel ist der landesweite Streik der neuen Generation von Arbeitern aus Wanderarbeiterfamilien im Nanhai Honda Werk im Perlflussdelta im Frühjahr 2010, in dem diese Selbstmorde stattfanden. Trotz der Krise 2008 hat die chinesische Automobilindustrie einen neuen Rekord aufgestellt, indem sie ihren Absatz um 46 Prozent steigerte. Im Gegensatz dazu sind die Löhne nicht wesentlich gestiegen. Die 1.800 Arbeiter, von denen 80 Prozent Berufsschüler und der Rest Festangestellte sind, haben ihre Forderungen in 108 Punkten formuliert. Lohn erhöhungen und das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, waren die beiden Hauptforderungen, die alle Automobilarbeiter unterstützten<sup>29</sup>. Trotz der Angriffe von Lokalregierungsbeamten und Streikbrechern wie Berufsschullehrern und Landarbeitern, denen „Gewerkschaftsausweise“ ausgehändigt wurden, gelang es den Beschäftigten, ihre Einheit zu wahren, und der Streik wurde im gesamten Werk fortgesetzt. Da sie aus vielen Erfahrungen gelernt hatten, dass sie der Gewerkschaftsbürokratie nicht trauen konnten, riefen die Arbeiter landesweit zur Solidarität auf. Gestärkt durch die Unterstützung aus Hunderten von Betrieben wählten die Streikenden ihre eigenen Vertreter im Unternehmen

und erreichten durch faktische Tarifverhandlungen eine erhebliche Lohnerhöhung. Im Einklang mit der Politik der chinesischen Regierung bestand das einzige Zugeständnis, das Honda nicht machen wollte, darin, die Betriebsgewerkschaft der selbstgewählten Arbeitervertreter anzuerkennen. Stattdessen wurde ein Ausschuss der offiziellen Gewerkschaft eingesetzt. Dies bedeutete jedoch nicht das Ende des Kampfes für eine unabhängige Gewerkschaft; 2013 streikten die Honda-Beschäftigten erneut für eine Lohnerhöhung, trotz des offiziellen Gewerkschaftsausschusses und allen Drucks, und erzielten einen Teilerfolg<sup>30</sup>.

Dieser Streik der Honda-Beschäftigten in Nanhai löste Streiks sowohl innerhalb des Sektors in den Zulieferbetrieben von Automobilmonopolen wie Toyota, Ford und BMW als auch in anderen Sektoren wie Elektronik, Maschinenbau, Textilien, Keramik usw. aus, die sich im Besitz des nationalen Kapitals sowie des US-amerikanischen, japanischen, taiwanesischen und südkoreanischen Kapitals befinden. Obwohl es keine einheitlichen Statistiken über die quantitative Dimension der Streikwelle gibt, die zu 95 Prozent in den verarbeitenden Sektoren stattfand, wird geschätzt, dass es im Laufe des Jahres zwischen 200 und 1000 Streiks gab. Angesichts des starken Willens von Millionen von Arbeitern stand die Reform des Tarifvertragsrechts auf der Tagesordnung, aber das internationale Monopolkapital, das sich über die Handelskammern in den USA und Hongkong dagegen aussprach, setzte sich durch und die Reform wurde ausgesetzt<sup>31</sup>.

Sicher ist jedoch, dass im 21. Jahrhundert das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und unabhängige Gewerkschaften sowie Tarifverhandlungen/Verträge unwiderruflich zum zentralen Thema des Klassenkampfes geworden sind. Auch wenn angemerkt wurde, dass sich der Klassenkampf nach den Streiks von 2010 mit der Ära von Xi Jinping, der 2012 an die Macht kam, zu einem Stadium sogenannter „partei-staatlich geführter Tarifverhandlungen“ entwickelt, so ist es doch auch wahr, dass das chinesische Proletariat angesichts der begrenzten Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, jetzt auf eine Kampflinie zusteuer, die auf der Betriebs-, Unternehmens- und des Branchenebene kumulativ voranschreitet, statt auf spontan-

27 vgl. Chan, J., Selden, M. & Pun, N. (2020). *Dying for an iPhone: Apple, Foxconn, and the Lives of China's Workers*. Haymarket Books. S. 7 f.

28 vgl. J. Chan et al., ebd., S. xii.

29 vgl. Chan, C. K.-C. & Hui, E. S.-I. (2022). *The Nanhai Honda Strike*. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), *Proletarian China: A Century of Chinese Labour*. Verso Books. S. 617 f.

30 vgl. C. K.-C. Chan und Hui, ebd., S. 619-621.

31 vgl. C. K.-C. Chan und Hui, ebd., S. 623.

ne, ungeplante, unorganisierte Reaktionen wie in den 1990er Jahren. Natürlich ist es klar, dass Xi und die von ihm vertretene nationale und internationale Kapitalistenklasse ihr Bestes tun werden, um diesen Geist aus der Flasche unter Kontrolle zu halten. Die Ära Xi ist jedoch auch eine Zeit, in der die Möglichkeiten zur Spaltung der Arbeiterbewegung in ländliche und prekäre Arbeiter, die sich bisher auf die Löhne konzentriert haben, einerseits und städtische und fest angestellte Arbeiter, die sich auf den Schutz ihrer Rechte aus der Zeit vor der Privatisierung konzentriert haben, andererseits, relativ geschwächt sind. Die Generation der ländlichen Wanderarbeiter, die in den letzten Jahrzehnten massenhaft in Industrie- und Handelsunternehmen eingetreten sind, ist nun reif genug, um sich auf Rentenansprüche zu konzentrieren.

Der Yue-Yuen-Streik von 2014 ist einer der Wendepunkte in diesem Zusammenhang. Das in taiwanesischem Besitz befindliche Unternehmen, das Monopolisten wie Nike, Adidas, Reebok, Puma und Timberland beliefert, ist mit einem Anteil von 20 Prozent am Weltmarkt in diesem Sektor der größte Schuhhersteller der Welt. Während das Unternehmen in den 2000er Jahren 100.000 Mitarbeiter beschäftigte, entließ es aufgrund des Kostendrucks 40.000 Mitarbeiter in einer unvergleichlichen Massenentlassung bis zum Streikausbruch 2014. Die Löhne waren auf die Hälfte des Landesdurchschnitts gesenkt. Während dieser Zeit konnten 43.000 der 60.000 Beschäftigten, die sich am Streik von 2014 beteiligten, mit dem Vermächtnis von kleineren Arbeitsniederlegungen, einen organisierten Streik organisieren. Obwohl das Unternehmen den Arbeitern, die feststellten, dass ihre Rentenbeiträge nicht gezahlt worden waren, teilweise Zugeständnisse machte, bestanden führende Arbeiter auf einem neuen Tarifvertrag und einer Vertretung auf Unternehmensebene durch selbstgewählte Gewerkschaftsausschüsse. Die durch die Teilerfolge verursachte Spaltung schwächte jedoch das Engagement der Arbeiter, den Kampf noch einen Schritt weiter zu führen. Dennoch gilt der Yue-Yuen-Streik als der erste Fall in der Geschichte des Kampfes des chinesischen Proletariats, bei dem sich Wanderarbeiter auf Renten- und Sozialversicherungszahlungen konzentrierten, und er ist die größte kollektive Aktion in einem einzigen Unternehmen<sup>32</sup>.

32 Blecher, M. (2022). The Yue Yuen Strike. In I. Franceschini & C. Sorace (Hrsg.), *Proletarian China: A Century of Chinese Labour*. Verso Books. S. 664-673.

Der relative Rückzug der Arbeiterbewegung kann auch darauf zurückgeführt werden, dass sich andere Niedriglohnländer (z. B. Indien) dem Wettbewerb um ausländisches Kapital angeschlossen haben. Gleichzeitig hat sich das Wirtschaftswachstum in China verlangsamt. Geplagt von Fabrikschließungen und Produktionskürzungen, hat die Xi-Regierung massive Entlassungen geplant, darunter die Entlassung von 1,8 Millionen Stahl- und Kohlearbeitern, im Umfang von 15 Prozent der Beschäftigten. Im Jahr 2016 reagierte das chinesische Proletariat sofort mit einer neuen Streikwelle, angeführt von Berg-, Eisen- und Stahlarbeitern. Die Unterdrückung dieser Streiks führte zu mehreren Jahren der Stagnation.

Die Jasic-Proteste, die 2018 zwei Monate lang andauerten, durchbrachen diese vorübergehende Stille. Die 1.000 Beschäftigten von Jasic Electronics, einem Schweißmaschinenhersteller in Shenzhen, sahen sich mit einer Reihe typischer Probleme konfrontiert, darunter die Unterbezahlung von Versicherungsprämien und Wohngeld, willkürliche Lohnkürzungen sowie verbale und körperliche Belästigungen durch die Geschäftsführung. Versuche führender Arbeiter, sich auf betrieblicher Ebene gewerkschaftlich zu organisieren, führten zur Einrichtung eines Marionettenausschusses. Als es zu Konflikten kam, wurden führende Arbeiter verhaftet. Die Jasic-Aktionen begannen mit unorganisierten und spontanen Reden von Arbeitern vor der Tür des Polizeireviers, in dem ihre Freunde inhaftiert waren, was eher an zivilen Ungehorsam als an eine Massendemonstration erinnerte, und entwickelten sich nach und nach zu Aufmärschen, an denen sich die Arbeiter mit Transparenten mit der Aufschrift „Gewerkschaftsgründung ist kein Verbrechen“ beteiligten. Diese mit Gewalt beantworteten Aktionen fanden zunächst auf nationaler Ebene durch die wachsende Unterstützung von Studenten, die sich als marxistische Lesegruppen an den Universitäten organisierten, und dann auf internationaler Ebene durch den Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an die Regierung sowie durch Unterstützungsaktionen in Europa und den USA Beachtung. Das Ausmaß der Bewegung konnte jedoch nicht verhindern, dass die Xi-Regierung diese unterdrückten Proteste als Gelegenheit nutzte, um eine Hexenjagd auf Arbeiter, Studenten und Intellektuelle loszutreten.

Die Jasic-Proteste konnten keine Welle wie 2010 auslösen. Der Ausbruch der Pandemie zwei Jahre später verzögerte eine solche Bewegung in China, wie auch in vielen anderen Teilen der Welt. Nach den groß angelegten Arbeitskampfmaßnahmen in der Foxconn-Fabrik in Zhengzhou im Jahr 2022 soll es 2023 zu einer neuen Streikwelle gekommen sein. Die Auswirkungen des Abbaus und der Verlagerung von Fabriken können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auf der Suche nach Möglichkeiten zur entschädigungslosen Entlassung setzen die Kapitalisten mancherorts Löhne in Höhe von 80-90 Prozent des Mindestlohns durch. Andererseits ist festzustellen, dass viele Taktiken wie Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen, Sit-ins, Blockieren von Fabrikeingängen, Besetzung von Maschinen sowie Aktionen wie Selbstmordversuche fortgesetzt werden.

Es ist unbestritten, dass das chinesische Proletariat über ein Erbe von Kämpfen gegen nationale und internationale Kapitalisten seit seiner Entstehung verfügt. Obwohl die Kämpfe, die in den einen oder

anderen Form auf betrieblicher und betrieblicher Ebene weitergeführt werden, alle sechs oder sieben Jahre in Wellen ausbrechen können, ist eine dauerhafte Organisation auf regionaler und nationaler Ebene noch nicht erreicht worden. Die beiden größten Hindernisse auf diesem Weg sind zweifellos das Fehlen einer eigenständigen politischen Organisation gegenüber der Bourgeoisie und die Existenz einer Gewerkschaftsbürokratie, die in einem Maße in den kapitalistischen Staat integriert ist, wie es in anderen Ländern selten der Fall ist. Die gesamte Erfahrung hat gezeigt, dass aus der Sicht des chinesischen Proletariats die chinesische Wirtschaft, der kapitalistische Charakter des chinesischen Staates, kein „Rätsel“ ist. Das chinesische Proletariat spürt bis ins Mark die exzessive Ausbeutung, die sich hinter dem Deckmantel des „Staatseigentums“ bzw. des „öffentlichen Eigentums“ verbirgt, das inzwischen zu einem rein formalen Detail geworden ist.

## **PARTEI DER ARBEIT (EMEP)**

# TUNESIEN

## Zum Jahrestag des Sieges über den Faschismus: Der Faschismus hat hier und da ein starkes Comeback erlebt

Jedes Jahr gedenken progressive Kräfte dem Sieg über den Faschismus: Nach einem Krieg, in welchem die Sowjetunion mehr als 20 Millionen Märtyrer innerhalb von fast drei Jahren verlor, gelang es der Roten Armee, die rote Flagge, die Flagge des Kommunismus, über dem Deutschen Reichstag zu hissen. 12 Jahre lang war der Deutsche Reichstag Schauplatz der Unterdrückung und Ungerechtigkeit gegenüber dem deutschen Volk, den Völkern der Region und weltweit. Die Unterdrückung und Ungerechtigkeit gipfelten im sechs Jahre andauernden Zweiten Weltkrieg, in dem Europa und die ganze Welt die schlimmsten Formen der Aggression erlebten und darunter litten.

Der Sieg über den Faschismus war nicht einfach. Fast 50 Millionen Menschen sind weltweit gestorben, insbesondere auf den drei Kontinenten, wo die Kriegsszenen besonders grausam waren: In Europa, in der Wiege des Faschismus; in Asien, wo sich der Faschismus unter dem japanischen Regime ausbreitete; und im kolonialen Afrika, wo im Norden der Krieg stattfand.

Das diesjährige Gedenken spielt sich in einem komplexen Kontext ab, gekennzeichnet durch eine tiefe Krise, die nicht nur die kapitalistische Produktionsweise und ihr globales Monopolsystem beeinflusst, sondern auch zu einer Eskalation von Konflikten zwischen verschiedenen Polen und Elementen führt. Es umfasst auch das politische System, das nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 vorherrschte und dominierte: das liberale System, das auf den Prinzipien und Werten der bürgerlichen Revolution beruht. Diese sind niedergeschrieben und verfestigt in generationsübergreifenden Dokumenten und Deklarationen, die nach dem Krieg in internationale Chartas und Verträgen umgewandelt wurden. Der Faschismus ist sozial und politisch wieder aufgetaucht, nicht in Form von Ideen und Tendenzen in bestimmten Teilen der Gesellschaft, sondern in Form von Parteien und Führern, die in mehr als 40 Ländern die Macht ergriffen haben. Davon die meisten in den kapitalistischen Ländern, in denen der Faschismus vor einem Jahrhundert entstanden und vor 80 Jahren an der Wurzel ausgerottet worden war.

Die Fragen sind also: Warum gehen wir in die Geschichte zurück? Wie können wir das erklären? Sind unsere Region und unser Land immun gegen diesen anhaltenden Rückschritt?

### **Ein wenig Geschichte: Der Faschismus, seine Ursprünge und sein Einfluss**

Der Faschismus ist aus der kapitalistischen Krise Anfang der 1930er Jahren entstanden, die auch als „Große Depression“ bekannt ist, welche 1929 ihren Höhepunkt fand. Die Krise, die in den USA gestartet hatte, breitete sich in der mit den USA verknüpften kapitalistischen und kolonialen Welt aus. In Deutschland waren die Auswirkungen der Krise sehr schwerwiegend und vielfältig, sodass es zum Zusammenbruch vieler industrieller Institutionen kam, auf denen die deutsche Wirtschaft basierte. Die Folge war, dass es 1929 2,4 Millionen Arbeitslose gab. 1932 waren 6 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter plötzlich arbeitslos. Diese Erschütterung betraf auch die gesamte Mittelschicht und andere soziale Schichten. In Italien ging die Industrieproduktion zwischen 1929 und 1932 um 33,1 % zurück. Die Bourgeoisie, völlig verängstigt, fürchtete nicht nur den Kollaps ihres kapitalistischen Systems, das lange Zeit als das überlegene Wirtschafts- und Sozialsystem propagiert worden war, sondern auch, dass sich die unterdrückten Massen einem anderen, mit dem Kapitalismus konkurrierenden ökonomischen und sozialen System zuwenden würden. Dieses andere System war der Sozialismus in der Sowjetunion, das von der Krise, die die westliche Welt heimgesucht hatte, verschont geblieben ist.

Es entstanden Theorien, die von der „Erholung“ des Kapitalismus sprachen, wie beispielsweise der Keynesianismus, der nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel forderte, sondern staatliche Eingriffe vor allem in Bezug auf die Fiskal- und Finanzpolitik (beispielsweise durch die Deckelung der Kreditzinsen) befürwortete. Immer mit dem Ziel vor Augen, ein Gleichgewicht zwischen Kaufkraft und den Interessen individueller Initiativen herzustellen. Von diesem Gleichgewicht spricht Keynes. Roosevelt, der 1933 ins Weiße Haus gewählt worden war, hat einige der von Keynes beeinflusste Maßnahmen ergriffen, wie beispielsweise die Abkehr vom Goldstandard und die Abwertung des Dollars vor seiner Wiedereinführung ebenso die Regulierung des

Banken- und Finanzsektors. Die USA haben zudem das „New Deal Program“ im Agrar- und Industriesektor angewandt, das Maßnahmen zugunsten der Landwirte beinhaltete, um sie für die Krise durch die Überproduktion zu entschädigen, durch die sie unterzugehen drohten. Dieses Programm sah auch befristete Arbeitsverträge vor, damit möglichst viele Arbeiter im Wechsel arbeiten konnten. Um Symptome der Krise abzufedern, verabschiedete der Staat 1935 das Sozialversicherungsgesetz, das „Arbeitslosen- und Altersversicherung“ vorsah. Diese Maßnahmen ermöglichten es der US-Bourgeoisie die Reaktionen der betroffenen Massen, nämlich der Arbeiter, Bauern und Arbeitslosen einzuhegen.

Massenproteste breiteten sich in der gesamten kapitalistischen Welt aus, angeführt von Gewerkschaften und sozialistischen Parteien, von denen einige an die Macht kamen, wie beispielsweise die Volksfront in Frankreich zwischen 1936 und 1939 unter der Führung von sozialistischen und kommunistischen Parteien.

In Deutschland gab die tiefe Krise der kapitalistischen Produktionsweise einer extrem nationalistischen politischen Kraft starken Auftrieb, die in der Lage war, die Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, darunter auch die Arbeiterklasse. Trotz der glorreichen Erfolge des Klassenkampfes. So gewann die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) unter der Führung des hinterlistigen Adolf Hitler die Mehrheit der Sitze im Reichstag, wodurch er 1933 Reichskanzler werden konnte. Hitler baute sein politisches Projekt auf der Grundidee auf, dass Deutschland, um aus dieser lärmenden Krise herauszukommen, seinen Ruhm zurückgewinnen müsse, der ihm durch die Verträge nach dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) genommen worden war. Diese hätten die deutsche Nation gedemütigt und die Ehre der deutschen Nation mit Füßen getreten. Daran müsse man sich nun mit allen Mitteln rächen. Hitler wandte sich an seinen natürlichen Verbündeten, Mussolini, den Führer der faschistischen Partei, der Italien seit 1922 nach seinem Machtantritt ins Parlament regierte. Seine faschistische Partei demonstrierte mit Tausenden von Schwarzhemden für das „Recht zu regieren“. Er erreichte dies, indem er sich zum „alleinigen Herrscher“ erklärte und alle politischen Parteien und Gewerkschaften außer sei-

ner eigenen abschaffte. Seine Entschuldigung war die Schwächung Italiens, das zu einem Spielball der Großmächte geworden war (Kontrolliert durch das Österreichisch-Ungarischen Reich, Krieg mit der Türkei 1911), ganz zu schweigen von den verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise der 1930er Jahre. Er nutzte dies, um die rassistische Rhetorik und den Kolonialismus durch die Wiederbesetzung von Teilen Libyens und die Invasion Äthiopiens zu verstärken. Außerdem unterstützte er den faschistischen General Franco während des Spanischen Bürgerkriegs. Alle drei (Hitler, Mussolini und Franco) traten als Verbündete in den Zweiten Imperialistischen Krieg ein, der die Existenz der Menschheit ernsthaft bedrohte.

### **“Der Faschismus ist der Feind der Menschheit“**

Der bulgarische kommunistische Aktivist und Theoretiker Georgi Dimitrov fasste die Merkmale des Faschismus, gegen den er sein ganzes Leben lang theoretisch und praktisch gekämpft hatte, mit folgenden Worten zusammen: „Der Faschismus ist der Feind der Menschheit.“ Dies erklärt sich durch die tief verwurzelten Vorstellungen von Rassismus, Chauvinismus und in der Ablehnung kultureller, sozialer und politischer Andersartigkeit. Dies spiegelt sich in dem politischen System wider, das der Faschismus in seinen verschiedenen Regierungserfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart verteidigt und in die Praxis umgesetzt hat. Seit seinem Aufkommen in den 1920er und 1930er Jahren basiert der Faschismus darauf, die kapitalistische Krise, mit der die Gesellschaft konfrontiert ist, auf die reinen Fehler des liberalen Systems zurückzuführen, das auf der Verteilung der Macht und seiner Unfähigkeit beruht, die Macht in den Händen einer einzigen Person zu zentralisieren. Das liberale System sei Schuld daran gewesen, dass das Regime zahlungsunfähig geworden war. Im Namen der großen Freiheit sei damit Chaos entstanden.

Die wirksamste Lösung, um die verheerenden Krisen zu bewältigen und zu verhindern, ist die Einrichtung eines starken, zentralisierten Systems. Es ist dieses totalitäre System, das bestimmte Teile der Bourgeoisie für am besten geeignet halten, um ihre Interessen zu schützen und allen Bedrohungen der bestehenden Gesellschaftsordnung entgegenzutreten: der Bedrohung durch den Kommunismus, die

sich aus dem Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie ergibt. Die Bourgeoisie hat aus ihren Erfahrungen und ihrem ausgeprägten Klassenbewusstsein gelernt, dass sie sich durch die Unterbindung öffentlicher Aktivitäten schützen kann. Daher hat sie, wann immer sich die wirtschaftliche und soziale Krise verschärfte, von diesem Mittel Gebrauch gemacht, indem sie entweder die faschistische Bewegung unterstützte oder sie selbst an die Macht brachte. Der Faschismus als Bewegung und Regierung hat die gierigsten Interessen der fanatischsten Teile der Bourgeoisie zum Ausdruck gebracht und die Interessen der ärmsten und benachteiligten Klassen arrogant mit Füßen getreten. Er zeichnete sich durch eine trügerische Rhetorik aus, die vorgab, „über den Klassen zu stehen“ und populistisch wirkte. Sie gab vor, die Armen und Benachteiligten zu verteidigen und rechtfertigte unter konservativen religiösen und moralischen Vorwänden Askese und Puritanismus.

### **Die Niederlage des Faschismus: Ein Sieg für die Menschheit**

Der Sieg über den Faschismus war für die Menschheit mit hohen Kosten verbunden, darunter fünf Jahre Krieg. Die Erklärung des militärischen Sieges am 8. Mai 1945 markierte einen Wendepunkt in der Zeitgeschichte. Die Kommunisten kämpften in diesem Krieg und opferten ihr Leben und ihren wertvollen Besitz. Die Sowjetunion verlor mehr als 20 Millionen Märtyrer, ganz zu schweigen von den materiellen Zerstörungen, die das Land erlitten hatte. Die Sowjetunion bekämpfte das faschistische Ungeheuer mit außergewöhnlichen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. Die Wirtschaft wurde militarisiert, und viele produktive Sektoren wurden dem Militärbereich zugewiesen. Die Aktivitäten von 2.500 Fabriken wurden umverteilt, und mehr als 60 % der Arbeitskräfte wurden zur Stärkung der Rüstungsindustrie umgeschichtet. Dadurch konnte die Sowjetunion bis 1943 Deutschland bei der Produktion von Artillerie und Panzern überholen. Der Widerstand der Bevölkerung spielte eine entscheidende Rolle für den Sieg, da sich mehr als eine Million junge Freiwillige und Parteikader den „Partisanendivisionen“ und den „Internationalen Brigaden“ anschlossen. Die Partei und der Staat ergriffen besondere Maßnahmen, um Flexibilität bei Interventionen und Entscheidungen zu ermöglichen, während

militärische und politische Führer sich in Schlachten hervorgetan haben, insbesondere in Stalingrad, das zu einem wahren Friedhof für die Invasoren wurde und heute trotz des Ausmaßes der Zerstörung als Vorbild für Widerstandsfähigkeit und Sieg gilt.

Der Sieg der sowjetischen Roten Armee war der Höhepunkt eines epischen Kampfes, den Kommunisten und Progressive gegen den Faschismus führten und der bis in die 1920er Jahre in Italien und die 1930er Jahre in Deutschland zurückreichte. Dieser Kampf war geprägt von Siegen und Rückschlägen, insbesondere durch den Aufstieg Hitlers (und vor ihm Mussolinis) und seiner Partei durch Wahlen, an denen die Kommunisten teilnahmen. Zunächst nahmen sie vereinzelt teil und später ohne tiefes Bewusstsein für die unmittelbare Gefahr, die vom Faschismus ausging. Dies spiegelte sich in ihren Debatten und Taktiken vor den Reichstagswahlen 1933 wider.

Zu dieser Zeit war sich die Kommunistische Partei nicht vollständig bewusst darüber, was unter dem Druck der tiefen Krise der kapitalistischen Produktionsweise in der deutschen Gesellschaft vor sich ging. Die Krise des Kapitalismus führte zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut und verstärkte die chauvinistischen und rassistischen Tendenzen, die für die von Adolf Hitler geführte NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) charakteristisch waren. Diese Partei vertrat die Ansicht, dass das soziale Elend mit der nationalen Demütigung zusammenhing, die Deutschland während des Ersten Weltkriegs durch die Alliierten (Frankreich und Großbritannien) erlitten hatte, sowie mit der Verhöhnung Deutschlands und seiner Verbündeten (das Osmanische Reich, Österreich und Ungarn). Die Alliierten zwangen sie, ein „Waffenstillstandsabkommen“ zu akzeptieren, das einer Kapitulation vor dem Willen Frankreichs und Großbritanniens gleichkam (Reduzierung ihrer militärischen Kapazitäten, Rückzug aus allen besetzten Gebieten in Frankreich und Belgien usw.). Unter diesen Bedingungen blühte die faschistische Rhetorik auf und mobilisierte eine breite Öffentlichkeit, darunter auch die Arbeiterklasse, deren Revolution 1918 und 1919 gescheitert war und die ihre wichtigsten Führer verloren hatte, die nach diesem Scheitern liquidiert worden waren (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg usw.).

Hitlers Machtübernahme versetzte der deutschen revolutionären Bewegung und der gesamten Bewegung in Europa einen vernichtenden Schlag, insbesondere in Osteuropa, wo faschistische Bewegungen florierten und sich zu terroristischen Bewegungen entwickelten, die den Einfluss der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie repräsentierten. Die Kommunisten befürworteten die Schaffung von Volksfronten als politischen und kämpferischen Rahmen für eine groß angelegte Konfrontation mit dem Faschismus, den sie als ernsthafte Bedrohung für die Errungenschaften der Arbeiter auf allen Ebenen betrachteten. Die Volksfront kam in Frankreich an die Macht (1936–1939), während in Spanien ihre Entstehung und ihr Sieg einen Bürgerkrieg unter Beteiligung des Faschismus durch die Führung von General Franco, dem Befehlshaber der Armee, einlieferten, der sich selbst zum Führer des Landes erklärte und einerseits die Monarchie und andererseits die von Kommunisten und Sozialisten angeführten Republikaner beseitigte.

Auf Einladung der Kommunistischen Internationale und insbesondere nach dem Siebtem Kongress (1935) beteiligten sich die kommunistischen Parteien und militärischen Gewerkschaften an der Schaffung dieser Mobilisierungsfront, die während des Krieges ihren globalen Ausdruck in der Allianz des sozialistischen Staates (Sowjetunion) mit der liberalen Bourgeoisie (den Alliierten) fand, um den Faschismus zu zerschlagen, den sie als gemeinsamen Feind und echte Bedrohung für die Menschheit betrachteten. Dieses Bündnis spielte in seiner nationalen und internationalen Form eine entscheidende Rolle für den Sieg und die Niederlage des Faschismus und anschließend für dessen Kriminalisierung in den nach dem Krieg erlassenen Verfassungen und Gesetzen.

### **Trotz seiner Niederlage erlebt der Faschismus ein starkes Comeback**

Obwohl der Kalte Krieg von Kriegsende bis Ende der 1980er Jahre die internationale Bühne dominierte und die Welt vertikal und horizontal in zwei Lager geteilt war – sozialistisch und liberal –, verschwand die faschistische Bedrohung nicht. Tatsächlich betrachten viele Wissenschaftler die 1970er und 1980er Jahre als die Jahrzehnte des Faschismus im Globalen Süden, nachdem dieser von den 1920er bis Mitte der 1940er Jahre im Globalen Norden do-

minierte hatte. Dieser Faschismus nahm verschiedene Formen an, darunter auch solche, die aus Militärputschen in Dutzenden von Ländern in Afrika, Asien und Südamerika hervorgingen und zu autoritären Regimes führten, welche die abscheulichsten Verbrechen gegen die Bevölkerung und die ihnen oppositionellen Kräfte, insbesondere politische Parteien und Gewerkschaften, begingen.

Dies geschah oft im Rahmen imperialistischer Orientierungen, ihrer Entscheidungskreise und ihrer Geheimdienste, als Teil des sogenannten „Kampfes gegen den Kommunismus“, den (den Kommunismus) einige Länder in ihren Gesetzen ebenso unter Strafe stellten wie den Faschismus. Der Kontext, in dem diese Orientierungen entstanden sind, ist kein Geheimnis: die Konfrontation mit der Arbeiterklasse, ihren revolutionären Parteien und ihren militäten Gewerkschaftsbewegungen. Der Faschismus im Globalen Süden übernahm die wesentlichen Merkmale des traditionellen Faschismus, einschließlich seiner Verbindung mit den reaktionärsten und blutrünstigsten Sektoren und Schichten des Finanzkapitals, was sich in der offenen und verdeckten Unterstützung dieses Kapitals in den Neo-Kolonien äußerte, die diese Länder, insbesondere ihre Regierungsapparate, weiterhin kontrollieren und so die ausländische Vorherrschaft sicherstellen und die Unterordnung aufrechterhalten.

Anfang der 1990er Jahre entstand mit dem „historischen Sieg“ des liberalen Modells auf Kosten des Sozialismus, der im gesamten Ostblock zerfallen war, eine „neue Weltordnung“. Ihre Theoretiker hofften, dass diese „frei“ von allen Formen der Tyrannie sein würde, was sich durch die Realität des Kalten Krieges in ihren Augen bestätigte. Es wurde viel Propaganda über das „System der Menschenrechte und Freiheiten“ verbreitet, dessen Opfer „die totalitärsten und diktatorischsten Regime“ waren, die in mehr als einem Land besiegt wurden. Die bürgerliche Propaganda wurde jedoch schnell entlarvt, da der Imperialismus und sein Apparat weiterhin zutiefst tyrannische Regime verteidigten, die ihre Interessen sicherten. Einige dieser Regime in der arabischen Welt wurden als „faschistisch“ angegriffen, womit der Sturz von Saddam Hussein oder die Belagerung der Regime von Gaddafi und Bashir al-Assad gerechtfertigt worden waren, während an-

dere Regime weiterhin von den faschistischen und tyrannischsten Regimes in der übrigen Welt unterstützt werden.

Aus der neuen unipolaren Weltordnung, in der es regelmäßig zu schweren plötzlichen Krisen kommt, die ein Zeichen für ihre tiefe strukturelle Krise sind, tauchen wieder Merkmale eines neuen Faschismus auf. Es handelt sich um den Faschismus des 21. Jahrhunderts, der seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 (der Subprime-Hypothekenkrise) und den darauf folgenden geostrategischen Entwicklungen, die allmählich die Merkmale einer multipolaren imperialistischen Welt annahmen, die sich durch das Ende der Vorherrschaft des westlichen/US-amerikanischen Pols über die Welt nähert, einen Wendepunkt und eine Beschleunigung in seinem Entstehungsprozess erleben wird. Vor dem Hintergrund von Umbrüchen und einer wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise hat der Einfluss der faschistischen Bewegungen zugenommen, sodass diese in vielen Ländern zu dominierenden Kräften geworden sind. Sie haben Sitze in den meisten europäischen Parlamenten gewonnen und sind nun in mehr als 40 Ländern an Regierungskoalitionen beteiligt oder führen diese an, insbesondere in den Vereinigten Staaten nach der Wiederwahl des skrupellosen Monsters „Trump“.

Heute, 80 Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus, erlebt der Faschismus in Europa eine Wiedergeburt und regiert die meisten Länder in neuen Formen, aber mit einem einzigen Kern: einem populistischen und rassistischen Autoritarismus, der einen rücksichtslosen Wirtschaftsliberalismus befürwortet und umsetzt und eine zutiefst konervative Vision auf sozialer, kultureller und ethischer Ebene festigt. Politisch verurteilt er den repräsentativen politischen Liberalismus und macht ihn für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich, obwohl er selbst davon profitiert und der ihm den Weg zur Macht geebnet hat. Einmal an der Macht, zögern die Faschisten nicht, die Prinzipien und Werte der Menschenrechte zu verachten und fordern sogar deren Revision zugunsten obskuratoristischer, rassistischer, expansionistischer und kolonialistischer Ideen. Somit stellt der Faschismus nicht nur innerhalb der Grenzen der von ihm beherrschten Länder eine Bedrohung dar; seine Gefahr erstreckt sich wie

in der Vergangenheit auch auf Nachbarländer und sogar auf die ganze Welt.

## Die Konterrevolution in unserem Land nimmt faschistische Züge an

Viele Forscher und politische Aktivisten beobachten weltweit die Rückkehr des Faschismus in neuen Formen, was einige dazu veranlasst, von einem „neuen Faschismus“ zu sprechen, einer Form des Faschismus, der die Merkmale des 21. Jahrhunderts aufweist und Lehren aus den Erfahrungen der Vergangenheit, sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg, zieht. Die Debatte über die neuen Formen des Faschismus ist Teil eines Trends zu seiner globalen Ausbreitung, sowohl in den Ländern des „Zentrums“ als auch in denen der „Peripherie“.

In unserem Land ist die Debatte über die Rückkehr einer faschistischen Regierungsform wieder aufgeflammt, insbesondere nach dem Staatsstreich vom 25. Juli 2021, der sich durch den unwiderstehlichen Wunsch nach persönlicher Macht wieder entfacht hat. Dieser Wunsch beschränkte sich nicht mehr nur auf die Neigungen und Wünsche der Besetzer des Palastes von Karthago, sondern stand für das Aufkommen einer politischen Ausrichtung, die die Rückkehr individueller Macht und die Konzentration aller Macht in einer Hand forderte. Die postrevolutionäre Krise in unserem Land wird auf die Verfassung von 2014 zurückgeführt, die die Macht durch die Aufteilung zwischen Parlament, Regierung und Präsidentschaft fragmentierte. Um die Krise zu lösen, besteht die einzige Lösung darin, zu einer „extremen Zentralisierung“ des Entscheidungsprozesses zurückzukehren, wie sie in der seit dem 25. Juli 2021 vorherrschenden Tendenz, Praxis und in der Verfassung von Kaïs Saïed [Präsident von Tunesien] durch die Monopolisierung „pharaonischer“ Befugnisse über alle Regierungsorgane und Institutionen klar und ausdrücklich zum Ausdruck kommt.

Das bedeutet keineswegs, dass das vor dem Staatsstreich herrschende System eine geschlossene Demokratie war. Im Gegenteil, es schuf zunächst die politischen, sozialen und sogar institutionellen Voraussetzungen, die den Staatsstreich begünstigten. In der Folge und seit dem Sturz Ben Alis wurde alles getan, um den vom Volk erzwungenen Wandel der Regierungsform zu untergraben. Das Volk wollte

weg von einer Diktatur, die Tunesien Jahrzehntelang regiert hatte, hin zu einer Demokratie.

Tatsächlich taten die Regierungen von Ghannouchi und Essebsi alles in ihrer Macht Stehende, um ein autoritäres und repressives Regime aufrechtzuerhalten – eine Strategie, die von der Troika unter Führung der Ennahda-Bewegung während der Amtszeit des Verfassungsrats (2011–2014) fortgesetzt wurde. Während der folgenden Legislaturperiode (2014–2019) förderten insbesondere die islamistische Ennahda-Partei sowie die Nidaa-Tounes-Partei und ihre Verbündeten keinerlei demokratische Projekte, weder politischer noch sozialer Art. Die Ideologie der Ennahda kam in ihrem Verfassungsentwurf vom 1. Juni 2013 zum Ausdruck. Eine Verfassung, deren Regierungsform eher einem religiösen Staat als einem demokratischen Staat ähnelte.

Was die Partei Nidaa Tounes und ihre Verbündeten betrifft, so beschränkte sich ihr Liberalismus auf den äußeren Schein. Das Wesen ihrer Herrschaft unterschied sich in keiner Weise von dem Despotismus, den sie von der vorherigen Regierungspartei übernommen hatten und wiederherstellen wollten. Jedoch wurde dies durch den Widerstand der Gesellschaft und ihrer lebendigen Kräfte verhindert. Unser Volk erinnert sich noch gut an die familiären Verflechtungen in der Regierung unter der Präsidentschaft von Béji Caïd Essebsi. Diese familiäre Verflechtung ist eines der auffälligsten Merkmale des Despotismus. Darüber hinaus waren die Allgegenwart wirtschaftlicher und politischer Mafias, die Ausbreitung von Korruption, die Ausübung von Einfluss, das verzweifelte Streben nach Unterwanderung der Parteien, Gewerkschaften und des Gemeinschaftslebens sowie die Wiederherstellung der repressiven Rolle des Staates, insbesondere angesichts sozialer Proteste, gemeinsame Merkmale der beiden Verbündeten an der Macht (Ennahda und Nidaa Tounes). Dies geschah trotz des demokratischen äußeren Erscheinungsbildes und des Modernismus von Nidaa Tounes, die eine unterwürfige Partei der Großbourgeoisie ist. Die Großbourgeoisie ist an Despotismus als Rahmen zur Sicherung ihrer gierigen Interessen gewöhnt.

Der revolutionäre Prozess und der Kampf der Massen zwangen das konterrevolutionäre Regime zu ei-

nem gewissen Maß zum Manövriren und Handeln. Letzteres versuchte zunächst, diesen Spielraum mit dem von Ennahda angeführten Troika-Regime zu beschneiden (Angriffe auf Freiheiten, Aufstieg von Milizen, Terrorismus und Attentate). Die Logik bestand darin, die Voraussetzungen für Monopolisierung und Nachhaltigkeit zu schaffen. Einige der Führer brachten diese Idee zum Ausdruck, indem sie erklärten, sie seien an die Macht gekommen, um sich selbst zu erhalten. Diese Logik widerspricht der demokratischen Logik und ist eng mit der wahren Natur der Ideologie und der Bewegungen der Muslimbruderschaft verbunden. Anstatt die Bedingungen für seine Nachhaltigkeit zu stärken, schuf er die Voraussetzungen für seinen Untergang und stürzte das Land in eine noch offensichtlichere Phase der Tyrannei und des Faschismus.

### **Opportunismus und die Leugnung des faschistischen Wesens des Populismus in Tunesien**

Die Lage in unserem Land hat Mitte 2021 ihren Höhepunkt erreicht. Angesichts der Unfähigkeit der politischen und sozialen Kräfte, einzutreten und die Krise zu lösen, kam die Intervention vom herrschenden System selbst, wie bereits im November 1987. So wie Ben Ali eine sozialpolitische Basis mobilisierte, die sein Regime unterstützen sollte, schloss sich eine Gruppe von Bewegungen dem populistischen Projekt an und schuf ein Unterstützungsnetzwerk. Kais Saied erklärte aus seiner liquidatorischen Haltung gegenüber anderen Organisationen wiederholt, dass er dieses Netzwerk unabhängig von deren Interessen nicht benötige.

Die Unterstützer haben sich um einen opportunistischen Diskurs geschart, der die Beseitigung der Ennahda-Bewegung für ausreichend hält. Hierbei handelt es sich um einen Kompromiss mit dem Präsidenten, der die Staatsgewalt monopolisiert und in seinen Händen konzentriert und sie in einfache Funktionen umgewandelt hat, die vollständig dem einzelnen Führer unterstehen. Dies zeigte sich im Dekret 117 (September 2021) und später in der Verfassung von 2022. Seine Vorgänger an der Macht versuchten dasselbe, aber der Widerstand der Bevölkerung und der progressiven Kräfte bewahrten das Minimum. Dieses Minimum war seit dem 25. Juli im Namen des Kampfes gegen die „Feinde des Volkes, Verschwörer und Interessengruppen“ ernsthaft be-

droht. Es sind jedoch die Volksmassen, die das Minimum bewahrt und verteidigt haben, ohne dass sie über Waffen verfügen, um zu protestieren und ihre Rechte und Forderungen zu verteidigen. Sie besaßen aber die Freiheit, auf die Straße zu gehen. Alle Merkmale des heimtückischen Faschismus waren offensichtlich. Das sowohl in den Gesetzen als auch in der Realität, mit Gefängnissen voller Influencer, Opfer des berüchtigten faschistischen Dekrets 54, darunter Medienfachleute, Blogger, Gewerkschafter, Politiker und eine große Anzahl gewöhnlicher Bürger. All das nur, weil sie einen Blogbeitrag geschrieben oder etwas in den sozialen Medien geteilt haben. Das Regime widmete sich der Verbreitung von Terror und Einschüchterung, beschlagnahmte öffentliche Räume und schränkte die Rolle von Gewerkschaften, Parteien, Organisationen und Medien ein, die unter den gleichen Zwangskontrollen wie in der November-Ära (hauptsächlich beschränkt auf Werbung und Sportprogramme) wieder zur Gehorsamkeit zurückkehrten.

Während sich der Widerstand gegen die Tyrannei verstärkt und die Öffentlichkeit zunehmend davon überzeugt ist, dass der Faschismus erneut in das herrschende System eindringt, tragen die opportunistischen Kreise, die ihn unterstützen, dazu bei, die Bevölkerung zu täuschen, indem sie ihr weismachen, dass es sich bei den Ereignissen in Tunesien um eine Säuberung des öffentlichen Raums, eine Unterdrückung und Auslöschung des Obskuratorismus handelt und dass Angriffe und Widerstand gegen das Regime nur der Ennahda-Bewegung zugutekommen. Die tunesische Politik hat einen Diskurs aufgegriffen, der Jahrzehnte der Diktatur, insbesondere unter Ben Ali, begleitet hat: dass jeder, der sich der Macht widersetzt, unpatriotisch und ein Verbündeter der Muslimbruderschaft ist, ob er es weiß oder nicht.

So sehr, dass der Vorwurf des Verrats wieder in den offiziellen Diskurs und den Diskurs der Machtelite zurückgekehrt ist. Die Kritik am Zustand der Freiheiten und an der Individualisierung der Macht ist eine Schnittstelle mit den Obskuratoristen, den Feinden des Volkes und des Vaterlandes. Dieser Diskurs ist der eines faschistischen Regierungssystems und einer opportunistischen politischen Elite, die Unterdrückung begrüßt und aus Angst und Gier die Kar-

ten in der Hand hat und verteilt. Dies ist die Rolle der fünften Kolonne und ihrer „Wächter“, um Paul Nizans Terminologie zu verwenden, zusammen mit allen tyrannischen Regimes der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Der Deckmantel des versteckten Faschismus umfasst Aktivisten aller Fraktionen, einschließlich der „linken“ und „nationalistischen“ Bewegungen, die sich in den Dienst der absoluten individuellen Macht gestellt haben, indem sie wirtschaftliche und soziale Entscheidungen umsetzen, die weder patriotisch noch populär sind, sondern die die Interessen der herrschenden Klassenallianz selbst wahren und sie vor den arbeitenden und enteigneten Massen schützen.

Es handelt sich um ein Regime, das die konservativste und reaktionärste Kultur wiederherstellt, feindlich gegenüber den Werten des Fortschritts und der Moderne, insbesondere denen, die mit der Gleichstellung der Geschlechter und der Rassen zusammenhängen; ein rassistisches Regime, das mit einem neofaschistischen Regime verbündet ist, das aus Mussolinis hasserfülltem Regime hervorgegangen ist. Es ist ein Regime, das nicht gezögert hat zu erklären, dass es die Verabschiedung eines Gesetzes ausgesetzt hat, das die Normalisierung der Beziehungen zum zionistischen Feind unter Strafe stellt, angeblich „zum Schutz der außenpolitischen Interessen Tunesiens“. Diese „linken“ und „nationalistischen“ Kräfte sind nur dem Namen und dem Schein nach links, genau wie ihre Vorgänger, die Ben Ali und seine Handlanger jahrelang unterstützt haben. Tatsächlich sind einige der heutigen Handlanger die Diener von gestern, darunter auch diejenigen, die allen Regimes, einschließlich dem von Ennahda, treu gedient haben. Sie dienten den Fraktionen oder unterstützten diese und leckten ihren Führern die Stiefel.

### **Der Kampf gegen den Faschismus, hier und dort**

Die Anhänger der „Partei der Ordnung“, wie Marx die Anhänger der „Thiers-Regierung“ in Frankreich während der Pariser Kommune (1871) nannte, argumentieren, dass unsere Charakterisierung des tunesischen Regimes als eine Entwicklung hin zum Faschismus eine „theoretische Unkenntnis“ der Merkmale des Faschismus widerspiegeln würde. Sie argumentieren, dass die Verbindung des Faschismus zum Finanzkapital und seines Auftretens in Situati-

onen extremer Krisen eine Domäne der kapitalistischen Staaten des „kapitalistischen Zentrums“ geblieben sei. Diese Charakterisierung verbirgt einen „politischen Opportunismus“, der einen sofortigen Aufruf zur Schaffung einer vereinigten nationalen Front zur Bekämpfung des Faschismus fordert. Dieser Opportunismus fordert eine Front, die alle Kräfte vereint, einschließlich der Ennahda-Bewegung und der Freien Destur-Partei (Erbin der Partei Ben Alis). Diese „Ideen“ spiegeln, abgesehen von ihrer Oberflächlichkeit und Bedeutungslosigkeit, die Realität der Aufgaben von „Dienern und Dienstmädchen“ wieder.

Der Faschismus wird seit Jahrzehnten in den Globalen Süden exportiert, oft unterstützt von Klassenkräften und Einflusskreisen, die mit dem globalen Finanzkapital verbunden sind, und verwandelt die Welt in ein Dorf/eine Kolonie, das/die vollständig von ihm beherrscht wird. Seine politischen Merkmale entsprachen selbst in seiner alten und traditionellen Form keinem einheitlichen Modell. Es gab Unterschiede zwischen Hitlers Nationalsozialismus und Mussolinis Faschismus. Ersterer beseitigte vollständig alle Arten von Unterschieden in der Gesellschaft, während letzterer sich auf Durchdringung und Schwächung konzentrierte. Der neue Faschismus des neuen Jahrhunderts manifestiert sich in vielfältigen Formen, passt sich seiner Zeit an, ist nicht in der Lage, das öffentliche Leben vollständig zu übernehmen, und bedient sich einer populistischen Rhetorik der extremen Rechten, die rassistisch und gegen Minderheiten gerichtet ist. Meloni und Trump sind Beispiele für diese neuen Formen des Faschismus

Die neue Version stellt das Wesen des Faschismus wieder her und modernisiert dabei seine Formen und Methoden. In allen Fällen zeugt sie vom Ausmaß der kapitalistischen Krise, die alle Mittel ausgeschöpft hat, ohne die oft gewalttätigen Erschütterungen eindämmen zu können. Die Schwäche ihres sozialen und historischen Gegners (der Arbeiterklasse) gibt ihr jedoch die Möglichkeit, sich bei jeder Gelegenheit zu retten und zu behaupten. In den Ländern des Südens und insbesondere in unserer arabischen Welt ist der faschistische Charakter des Staates in seinen verschiedenen Formen (religiös, militärisch, zivil) aufgrund historischer strukturel-

ler Hindernisse, die mit der Natur des bestehenden Staates und dem Weg seiner Transformation unter direkter und erneuter imperialistischer Kontrolle zusammenhängen, fast dominant.

Den Faschismus, in welcher Form auch immer, zu bekämpfen und ihm entgegenzutreten, ist die Aufgabe solidarischer Revolutionäre und Progressiver auf der ganzen Welt. An verschiedenen Orten wird darüber diskutiert, ob es notwendig ist, eine globale Front zur Bekämpfung des neuen Faschismus zu bilden, der heute eine ernsthafte Bedrohung für die Menschheit und ihre Errungenschaften darstellt. In unserem Land wird der Kampf gegen das Voranschreiten des Faschismus nicht mit faschistischen

Bewegungen geführt werden, insbesondere nicht mit denen, die das Volk vor dem 14. Januar und nach dem 25. Juli erlebt hat. Dieser Kampf ist die Aufgabe der progressiven und demokratischen Kräfte der Solidarität. Die Behauptung, wir würden mit der Bezeichnung des Regimes als faschistisch den Weg für eine „Einheitsfront“, also für ein „breites Bündnis“ gegen die Herrschenden ebnen wollen, dient einzig dazu, die Lage zu verwirren und die Kampffront zu schwächen – was letztlich nur den Vormarsch des Faschismus begünstigt und eine Gruppe von „Blockierkräften“ als Machtreserve aufrechterhält.

### **PARTEI DER ARBEIT TUNESIEN (POT)**

# URUGUAY

## Lasst uns die Partei revolutionieren! Lasst uns die Avantgarde der Arbeiterklasse sein!

**N**ah dem Ende des Jahres 2025, dem ersten Regierungsjahr der neuen Frente-Amplio-Regierung<sup>1</sup>, bestätigen sich unsere Prognosen über ihren politischen Kurs. Wie frühere Regierungen setzt auch diese ihre Politik fort, die auf Annäherung an den US-Imperialismus und an von ihm kontrollierte Institutionen wie IWF, IDB oder Weltbank abzielt.

Hervorzuheben ist, dass die bürgerliche Demokratie im Zeitraum 2020–2025 ihre Illusion eines Regierungswechsels voll erfüllt hat: Nach drei progressiven Regierungen kam mit Luís Lacalle Pou von der Nationalen Partei ein Präsident an die Macht, dessen Partei eng mit der ländlichen Bourgeoisie und der Kompradorenbourgeoisie verbunden ist und gemeinhin als traditionelle Rechte gilt.

Dies ist deshalb relevant, weil die neue Regierung ihr Mandat in klarer Kontinuität zur vorherigen angetreten hat. Sie stellte weder die staatlichen Reformen zur Einschränkung des Protest- und Organisationsrechts der Arbeiterklasse infrage, noch die Flexibilisierung des Marktes zugunsten des Finanzkapitals. Ebenso wurden die erweiterten Befugnisse

der Repressionsorgane, der Ausbau eines auf Arbeitskräftezurichtung ausgerichteten Bildungssystems sowie weitere reaktionäre Maßnahmen beibehalten. Diese Reformen, zusammengefasst in einem „Dringlichkeitsgesetz“, bedeuteten zwar einen tiefgreifenden quantitativen Umbau des Staates, jedoch keinen qualitativen Bruch. Hinzu kommt die Sozialversicherungsreform, die das Rentenalter von 60 auf 65 Jahre anhob – die härteste Maßnahme der vorherigen Regierung und zugleich jene, die den größten gesellschaftlichen Widerstand hervorrief.

Anstatt diese Maßnahmen rückgängig zu machen, beharrte die Frente Amplio bereits im Wahlkampf auf der Achtung der Institutionen und der Fortführung des bisherigen Kurses. Ihr erstes Regierungsjahr war von übermäßiger „Ruhe“ geprägt: Es wurden kaum neue Initiativen ergriffen, vielmehr bestätigte man das Bestehende und beschränkte sich darauf, die Wirtschaftspolitik lediglich aus verwaltungstechnischer Perspektive zu kritisieren, ohne eine ideologische Auseinandersetzung mit ihr zu führen.

So konnte ein Fünfjahreshaushalt verabschiedet werden, der staatliche Investitionen zur souveränen produktiven Entwicklung ebenso ausschließt wie die Erfüllung historischer Anforderungen in Bildung, öffentlicher Gesundheit und sozialem Woh-

<sup>1</sup> Die Frente-Amplio (Breite Front) ist eine Links-/Mitte-Links-Koalition, die sich hauptsächlich aus der Nationalen Befreiungsbewegung – Tupamaros, der Kommunistischen Partei Uruguays (revisionistisch), der Sozialistischen Partei sowie einer Vielzahl progressiver und postmoderner Gruppen und Parteien zusammensetzt.

nungsbau. Zentrales Ziel war allein die Einhaltung fiskalischer Vorgaben, um den imperialistischen Finanzinstitutionen, die faktisch die nationale Wirtschaft kontrollieren, die Zuverlässigkeit des Staates zu versichern. Öffentliche Ausgaben bleiben nur so lange zulässig, wie sie das Defizit nicht erhöhen und die „gute Stimmung“ der imperialistischen Entscheidungsträger nicht gefährden.

Diese Situation verdeutlicht, dass es in Uruguay – jenseits zweier großer politischer Koalitionen – nur ein einziges Wirtschaftsprojekt gibt: jenes der Kompradorenbourgeoisie und der mit dem US-Imperialismus verbündeten Großgrundbesitzer. Dieses Modell war, ist und bleibt auf absehbare Zeit dominant, ohne dass sich Anzeichen einer bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Konfrontation damit zeigen, wie sie in anderen Ländern der Region zu beobachten sind. Über Regierungen zu sprechen bedeutet daher lediglich, darüber zu sprechen, wer den Staatsapparat verwaltet und wer die bestehenden „demokratischen Institutionen“ besser hütet.

### Die Situation der „radikalen“ Linken

Das Schwerwiegendste in diesem Kontext ist das nahezu vollständige Fehlen einer progressiven Opposition mit realer politischer Verankerung im Land. Zwar begann sich ab etwa 2010 eine Bewegung zu formieren, die als „Klassismus“ oder „radikale Linken“ bezeichnet wurde, doch ab 2018 setzte ein deutlicher Zerfallsprozess ein.

Diese Gruppen, die nie über eine einheitliche Organisation verfügten, formierten sich als Opposition links des Progressivismus, vor allem von unten und entlang spezifischer Kampffelder. Sie vereinten Militante aus verschiedenen Strömungen des Anarchismus, selbsternannten kommunistischen Parteien (Castroisten, Maoisten, Trotzkisten, verstreute Gruppen der PCU) und propagierten Parolen wie die „Rückkehr zum Wesen der Linken“ oder die Einheit der „kämpfenden“ Linken.

Trotz dieses Anspruchs gelang es ihnen nicht, programmatisch über die Frente Amplio hinauszugehen. Sie verharrten bei abstrakten Forderungen wie dem Kampf gegen Bürokratie, der Demokratisierung von Gewerkschaften und Studierendenorganisationen oder beim historischen Programm der entwicklungsorientierten Kleinbourgeoisie, das der Progressivismus selbst aufgegeben hatte.

Zusätzlich zu ihrem geringen organisatorischen Zu-

sammenhalt – Bündnisse entstanden punktuell und lösten sich rasch wieder auf – wurden sie durch linke Sektoren innerhalb der Frente Amplio verdrängt, die über stärkere Strukturen und größere Präsenz in den Massenorganisationen verfügten. Diese kanalisierten zunächst die Unzufriedenheit mit der Regierung Tabaré Vázquez und führten später die symbolische Opposition gegen die rechte Koalition an.<sup>2</sup> Da diese „radikalen“ Kräfte weder in der Lage waren, eine Opposition gegen die Frente-Amplio-Regierung anzuführen, noch den Massen eine echte Alternative zu bieten, und sich zudem nicht an die während der Pandemie entstandenen neuen Bedingungen anpassten, sind sie heute stark zersplittert und geschwächt.

Organisationen mit längerer politischer Erfahrung wie MRO, PCR, 26M, PT oder FAU kämpfen inzwischen ums bloße Überleben. Viele alternative Räume innerhalb von Gewerkschaften und Studierendenbewegungen sind verschwunden oder direkt beziehungsweise indirekt im Progressivismus aufgegangen.

Besonders hervorzuheben ist die PCMLU, aus der unsere Partei hervorgegangen ist. Aufgrund ihrer geringen historischen Erfahrung und ihrer überwiegend kleinbürgerlichen Zusammensetzung war sie nicht in der Lage, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Linie, die Theorie und Praxis miteinander verbindet, sowie die Vernachlässigung von Proletarisierung und Rekrutierung führten zu politischer und ideo-logischer Kapitulation, zur Aufgabe der Frontarbeit und schließlich zur vollständigen Auflösung.

Der Niedergang der „radikalen“ Linken zeigt, wie die Unfähigkeit, über kleinbürgerliche Programme hinauszugehen, verbunden mit theoretischer Schwäche, Inkonsistenz in der Praxis und Sektierertum, historische Organisationen des uruguayischen Volkes in einen Zustand politischer Lähmung versetzte.

Diese Lage zwingt unsere Partei, die Entwicklung dieser Kräfte ebenso wie die eigene kritisch zu analysieren, um Schlussfolgerungen zu ziehen, die es ermöglichen, eine wirkliche Vorreiterrolle gegenüber einer Arbeiterklasse einzunehmen, die man-

<sup>2</sup> Die Frente-Amplio (Breite Front) ist eine Links-/Mitte-Links-Koalition, die sich hauptsächlich aus der Nationalen Befreiungsbewegung – Tupamaros, der Kommunistischen Partei Uruguays (revisionistisch), der Sozialistischen Partei sowie einer Vielzahl progressiver und postmoderner Gruppen und Parteien zusammensetzt.

gels eines eigenen Projekts zwischen Progressivismus und traditioneller Rechter gespalten ist.

## Der Rückzug der Linken und die Notwendigkeit, rückständige Arbeitsmethoden zu überwinden

Da die Arbeiterklasse heute über keinen klaren politischen Bezugspunkt verfügt, der ihre objektiven Klasseninteressen konsequent vertritt, ist unsere Partei gezwungen, die Verantwortung selbst zu übernehmen und ihre historische Aufgabe zu erfüllen: die Partei der Arbeiterklasse zu werden.

Viele Organisationen erkennen diesen Anspruch, indem sie glauben, eine programmatische Erklärung oder gute Absichten seien ausreichend. Das ist jedoch weit von der Realität entfernt. Es genügt nicht, objektiv die richtigen Positionen zu vertreten; vielmehr ist es notwendig, die Arbeiterklasse auch subjektiv für das Projekt der Partei zu gewinnen, sodass sie diese eindeutig als ihre Führung anerkennt – als das Instrument, mit dem sie gemeinsam mit den breiten Massen ihre wirtschaftliche und politische Emanzipation erkämpfen kann.

Es reicht daher nicht, dass die Partei führen will oder über zahlreiche Methoden verfügt. Diese Rolle muss sich dauerhaft in der Antwort der Arbeiterklasse auf die Aufrufe der Partei widerspiegeln: in ihrer Organisierung über Massenorganisationen und in dem bewussten Bestreben, Teil der Parteireihen zu werden. Anders gesagt: Es ist nutzlos, sich zur Avantgarde zu erklären, wenn sich diese Rolle nicht praktisch bestätigt.

Ein Blick auf die Erfahrungen der Organisationen der „radikalen Linken“ zeigt, dass sie seit über fünf Jahrzehnten im Wesentlichen dieselben Arbeitsmethoden anwenden, ohne nennenswerte Fortschritte in ideologischer Arbeit, programmatischer Entwicklung oder politischer Praxis zu erzielen.

Wenn es darum geht, diese Krise zu erklären, greifen revisionistische Strömungen regelmäßig auf voluntaristische Argumente zurück: mangelnde Organisation, fehlende Disziplin oder Opportunismus – als läge dessen Bekämpfung nicht in ihrer eigenen Verantwortung. Teilweise wird sogar der angeblich mangelnde „Reifegrad“ der Arbeiterklasse verantwortlich gemacht.

Jenseits dieses extremen Subjektivismus, der alles auf mehr Aktivismus reduziert, und des Objektivismus, der passiv auf „günstige Bedingungen“ wartet, erkennen wir die Notwendigkeit, die bestehende

Rückständigkeit systematisch zu überwinden.

Dazu gehört erstens die Fähigkeit, fundierte objektive Antworten auf die wirtschaftliche und politische Situation zu geben, diese in ihrer Dynamik zu analysieren und nicht nur zu erklären, was geschieht, sondern auch kurz- und mittelfristige programmatische Lösungen vorzuschlagen.

Zweitens muss dies mit einer entschlossenen Praxis einhergehen: sowohl in der Beteiligung an Massenorganisationen und Fronten als auch in Propaganda und Agitation. Es genügt nicht, sich auf leninistische Arbeitsmethoden zu berufen oder den Massen ein moralisches Vorbild zu sein. Vielmehr gilt es, die vorherrschende Spontaneität zu überwinden, die den Kampf auf rein ökonomische oder korporatistische Forderungen beschränkt.

Notwendig ist die Formulierung von Forderungen, die die gesamte Arbeiterklasse vereinen oder die Interessen anderer gesellschaftlicher Sektoren an jene der Arbeiterklasse heranführen. Auf diese Weise wird es möglich, ökonomische Kämpfe zu politischen Kämpfen zu entwickeln, Massenarbeit mit politischer Arbeit zu verschmelzen und schließlich offen die Notwendigkeit des Kampfes um die Volksmacht und den Sozialismus zu thematisieren.

So offensichtlich es erscheint, sind diese von Lenin in „Was tun?“ zusammengefassten Grundsätze nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch in den Positionen der „radikalen Linken“ und der revisionistischen Parteien weitgehend in Vergessenheit geraten.

Ein weiterer zentraler Mangel betrifft die programmatische Entwicklung. Die Spontaneität und Trägheit der bisherigen Organisationen haben dazu geführt, dass sich ihre Forderungen weiterhin auf den vermeintlichen Widerspruch zwischen nationaler Bourgeoisie und Imperialismus beschränken und dabei Jahrzehnte kapitalistischer Entwicklung ignorieren.

Die von Arismendi<sup>3</sup> geprägten revisionistischen Thesen der Kommunistischen Partei Uruguays wurden bislang nicht überwunden. Sie propagieren industrielle Entwicklung, Schutz der nationalen Industrie und Agrarreform als Allheilmittel, ohne die Frage des Staates oder der Produktionsverhältnisse

<sup>3</sup> Rodney Arismendi war von 1955 bis 1987 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Uruguays. In dieser Funktion war er zunächst für die Einführung und Verbreitung der chruschtschowschen Thesen und später für die Durchsetzung eurokommunistischer Positionen verantwortlich.

zu stellen. Dies führt zwangsläufig zu Zugeständnissen an die nationale Bourgeoisie und – unter heutigen Bedingungen – zu einer Anpassung an karierte „nationale und populäre“ Regime.

Diese Position unterordnet die Arbeiterklasse der Bourgeoisie und ist heute besonders gefährlich, da das Monopolkapital die Konzentration von Reichtum und Produktionsmitteln massiv vertieft hat. Die nationale Bourgeoisie spielt angesichts der vollständigen Einbindung der Industrie in die Weltwirtschaft nur noch eine untergeordnete Rolle. Damit verschwindet jeder reale Widerspruch zwischen produktiver Bourgeoisie und Finanzkapital. Indem die „radikale“ Linke diese revisionistischen Formeln reproduziert, vermeidet sie den grundlegenden Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie und versucht, überholte Konzepte erneut zur politischen Avantgarde zu erklären.<sup>4</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, erhebliche Anstrengungen in die theoretische Arbeit der Partei zu investieren. Ziel muss die Ausarbeitung eines Sofort- und eines Übergangsprogramms einer Volksregierung sein, das die Klassenwidersprüche zuspitzt. Dabei geht es nicht nur um den Kampf gegen Imperialismus und ausländisches Kapital, sondern vor allem um die Entwicklung der Arbeiterklasse als eigenständiges ökonomisches und politisches Subjekt und – in dialektischer Einheit damit – um den Kampf um die Macht.

In diesem Zusammenhang ist auch die Tradition der „radikalen Linken“ kritisch zu bewerten, die Arbeit in der Arbeiterklasse weitgehend mit Gewerkschaftsarbeit gleichsetzt. Dadurch bleiben insbesondere die prekärsten Teile der Klasse ausgeschlossen, die aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Gleichzeitig gelingt es nicht, einzelne Gewerkschaftskämpfe zu einem Kampf der gesamten Klasse oder zumindest breiter Teile von ihr zu entwickeln.

<sup>4</sup> Dieser Aspekt wird im Text nicht ausführlich behandelt, da er nicht auf die gesamte „radikale Linke“ zutrifft. Dennoch ist hervorzuheben, dass einzelne Sektoren staatliche Subventionen zur Aufrechterhaltung von Unternehmen oder Industrien mit veralteter Technik fordern, Preiserhöhungen zur Sicherung von Absatzmärkten verlangen und sogar allgemeine Preisseigerungen im Namen der „nationalen Industrie“ rechtfertigen. Dieser Widerspruch verdient besondere Aufmerksamkeit, da der Niedergang der nationalen Industrie und das Ausbleiben einer Debatte über Sozialisierung und Wirtschaftsplanung die Arbeiterklasse dazu drängen, aus korporatistischen Gründen Positionen der Bourgeoisie auf Kosten der gesamten Klasse zu verteidigen.

Deshalb ist es dringend notwendig, ein Programm unmittelbarer Forderungen auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse der nationalen Wirtschaft und der historischen Entwicklung des uruguayischen Kapitalismus zu formulieren. Diese Forderungen müssen auf allgemeine Interessen ausgerichtet sein und die gesamte Arbeiterklasse sowie ihre Verbündeten mobilisieren können – nicht nur einzelne Sektoren oder organisierte Beschäftigte. Dies erfordert zugleich einen Bruch mit der revisionistischen Vorstellung, politische Fronten lediglich als Wahlfronten zu begreifen. Im konkreten Fall Uruguays muss eine von der Partei geführte politische Front in der Lage sein, Gewerkschaftskader zu leiten und gemeinsam mit den Gewerkschaften eine breitere Bewegung aufzubauen, die nicht nur Programme von oben bestätigt, sondern Unzufriedenheit aufgreift und spontane Kämpfe von unten organisiert.

So kann der enge Rahmen sektoraler oder branchenspezifischer Kämpfe überwunden werden. Themen wie das Recht auf Wohnen, der Kampf gegen Knappheit oder der Zugang zu Gesundheitsversorgung können größere Teile der Bevölkerung mobilisieren und organisieren. Gleichzeitig wird mit der mechanistischen Bürokratie gebrochen, die Gewerkschaftskämpfe vom politischen Kampf isoliert und auf eng begrenzte Forderungen reduziert.

### **Diese Herausforderungen erfordern eine starke Partei, geleitet vom demokratischen Zentralismus**

Wenn wir grundlegende Veränderungen in der Entwicklung des politischen und massenhaften Kampfes anstreben und zugleich einen qualitativen Sprung auf theoretischer und programmatischer Ebene erreichen wollen, dürfen wir die zentrale Bedeutung einer starken, disziplinierten und gut organisierten Partei nicht unterschätzen, die sich an den Prinzipien des demokratischen Zentralismus orientiert.

Gegenwärtig leiden nahezu alle Organisationen unter Fluktuation, Instabilität und Funktionsunfähigkeit. Dies zeigt sich unmittelbar im fast vollständigen Verschwinden ihrer spezifischen Arbeitsbereiche und dauerhaften Strukturen.

Zunächst muss klar betont werden, dass Organisation kein abstraktes oder moralisches Prinzip ist, das allein aus dem Willen Einzelner entsteht. Or-

ganisation ist eine konkrete Notwendigkeit, durch die Menschen ihre Kräfte bündeln, um bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen oder gemeinsame Ziele zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund bestätigt sich die Gültigkeit des demokratischen Zentralismus, dessen Grundsatz darin besteht, dass die Organisation der Partei von oben nach unten aufgebaut wird. Gelingt es der Parteiführung, eine korrekte Strategie und Taktik zu entwickeln und diese konsequent an mittlere und untere Organe zu vermitteln, entstehen die Voraussetzungen für eine stabile und schlagkräftige Organisation. Die kontinuierliche Arbeit an der Basis sorgt wiederum dafür, dass diese Struktur von unten nach oben lebendig bleibt und nicht in Bürokratisierung erstarrt.

Um Fluktuation und Bürokratie wirksam zu bekämpfen, ist daher eine aktive und umfassende Tätigkeit der zentralen Organe erforderlich. Ihre Aufgabe beschränkt sich nicht auf administrative Leitung. Sie müssen politische Initiativen ergreifen, theoretische Beiträge liefern, die die Entwicklung der Kader fördern, und die tägliche Parteiarbeit begleiten. Dazu gehört auch die permanente Kontrolle des ordnungsgemäßen Funktionierens aller Organe. Demgegenüber steht eine weit verbreitete Praxis, die dem Parteiaufbau entgegenwirkt. Die Arbeit vieler Organisationen orientiert sich fast ausschließlich am politischen Kalender: Das Jahr beginnt im Februar mit hektischer Aktivität, um den 8. März vorzubereiten; anschließend folgen der Beginn des Studienjahres, die Mobilisierung zum 1. Mai, die „kritische“ Unterstützung von Aufrufen der Gewerkschaftsbürokratie und progressiver Organisationen sowie die Teilnahme an spontanen Demonstrationen. So erreicht man den Dezember, der mit kameradschaftlichen Abschiedsritualen endet. Der Januar gilt dann als arbeitsfreie Zeit.

Bleiben in diesem Prozess Arbeitspläne unerfüllt, existieren inaktive Parteorganisationen oder Militante ohne konkrete Aufgaben, hat dies meist keine Konsequenzen – solange es gelingt, pünktlich zu den symbolischen Terminen präsent zu sein.

Was wie eine Überzeichnung wirken mag, beschreibt in Wirklichkeit den alltäglichen Arbeitsmodus der Mehrheit der Organisationen und erklärt

den politischen Zustand, der zu Beginn dieses Textes beschrieben wurde.

Aus diesem Grund muss das Zentralkomitee dauerhaft darüber nachdenken, wie umfassende und realistische Arbeitspläne entwickelt werden können. Diese dürfen nicht nur auf die Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft abzielen, sondern müssen auch die Einbindung größerer Kontingente in die militante Arbeit ermöglichen. Dabei ist nicht nur die Parteibasis zu berücksichtigen, sondern auch Aktivistinnen und Aktivisten aus anderen gesellschaftlichen Bereichen, die über Fronten angesprochen und organisiert werden können.

Für diese Orientierung existieren objektive Notwendigkeiten. Es geht nicht allein darum, überkommene Arbeitsmethoden zu verändern, sondern darum, die Parteiarbeit insgesamt aus der Perspektive des theoretischen Kampfes neu zu denken. Dazu gehört eine systematische Verbreitung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der konsequente Kampf gegen die bürgerliche Ideologie.

Gleichzeitig muss der politische Kampf vorangetrieben werden, verstanden als Hebung des aktuellen Kampfniveaus der Massen und als Eroberung von Räumen mit realer gesellschaftlicher Wirkung. Ebenso ist der ökonomische Kampf zu intensivieren, insbesondere durch den Aufbau grundlegender Arbeit in Betrieben und Sektoren, in denen sie bislang fehlt, sowie durch die Weiterentwicklung bestehender Strukturen.

Die Notwendigkeit starker und konsolidierter zentraler Organe, die all diese Prozesse planen und koordinieren, ist daher ebenso offensichtlich wie die Bedeutung einer breit angelegten und funktionierenden Arbeit der Basisorgane der Partei und ihrer Fronten.

Die gegenwärtige Lage der uruguayischen Linken zwingt unsere Partei dazu, sich diesen Herausforderungen umfassend zu stellen, um die große Leerstelle zu füllen, die der Revisionismus im Kampf gegen das bestehende Modell hinterlassen hat.

Die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben ist entscheidend, um dauerhafte Verbindungen zur Arbeiterklasse herzustellen und jene unverzichtbare Beziehung aufzubauen, die es erlaubt, sich tatsächlich zur Avantgarde der Bewegung zu entwickeln.

# USA

## Krise im bürgerlichen Rechtssystem

Indem die Trump-Regierung ihren Griff auf die Staatsmacht festigt und weiterhin systematisch Andersdenkende ausmerzt, hat sie ein Muster verschärft, das selbst liberale Verteidiger der bürgerlichen Legalität schockiert. Das Regime verlangt vom Justizsystem bedingungslosen Gehorsam, marginalisiert jene Verfahrensregeln, die seiner eigenen Legitimierung dienen, und greift jeden innerhalb des Systems an, der Widerstand leistet.

Wie Lenin darlegte, ist „der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats“. Der Staat wird häufig als neutraler Akteur dargestellt, der über der Gesellschaft stehe und unparteiisch handle. Um diese Illusion aufrechtzuerhalten, erlaubt die herrschende Klasse oftmals eine Fassade der Neutralität innerhalb öffentlicher Institutionen. Doch sowohl die Geschichte als auch die tägliche Realität zeigen, dass es sich dabei um eine Täuschung handelt – eine Tatsache, die die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten instinktiv begreift.

*„Der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen „Ordnung“, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft.*  
– W. I. Lenin, *Der Staat und die Revolution*

Trump, als repräsentativer Ausdruck des räuberischsten und reaktionärsten Flügels der herrschenden Klasse, zerreißt selbst den dünnen Schleier der Neutralität, den der sogenannte moderate Flügel dieser Klasse noch aufrechterhält. Er übernimmt den Staffelstab vom früheren Biden-Regime – „moderat“ völkermörderisch – und führt ihn offen in ein faschistisches über. Die Liberalen klagen und protestieren, doch ihre Einwände verlangsamen den Marsch zur faschistischen Konsolidierung nur marginal – einen Prozess, den sie selbst vorbereitet und ermöglicht haben.

Der offene Krieg der Regierung gegen die Justiz erreichte in der vergangenen Woche eine neue Eskalationsstufe, als Bundesstaatsanwälte zwei amtierende Richter – Hannah Dugan aus Wisconsin und José Cano aus New Mexico – wegen angeblicher Behinderung der Einwanderungsdurchsetzung anklagten. Die Trump-Beamten verzichteten dabei vollständig auf den Anschein eines fairen Verfahrens und setzten stattdessen auf öffentliche Inszenierung. FBI-Direktor Kash Patel feierte die Verhaftungen öffentlich und verstieß damit offen gegen die Medienrichtlinien des Justizministeriums. Die DHS-Beamtin Tricia McLaughlin forderte auf Fox News die „Säuberung aktivistischer Richter“, während Generalstaatsanwältin Pam Bondi auf demselben Sender erklärte: „Wir werden sie finden!“ Trump selbst sprach aus,

was andere lediglich andeuten: „Wir haben Hundertausende von Menschen, die wir aus dem Land werfen wollen, und die Gerichte halten uns davon ab.“

Dabei geht es nicht lediglich um zwei Richter. Es handelt sich um eine eindeutige Botschaft an die gesamte Justiz: Gehorcht – oder ihr seid die Nächsten. Auch wenn die Vereinigten Staaten diese Kategorie rechtlich nicht anerkennen, handelt es sich hierbei um politische Gefangene.

Am 18. April 2025 sollte Richterin Hannah Dugan im Milwaukee County, Wisconsin, eine Anhörung für Eduardo Flores-Ruiz, einen undokumentierten Einwanderer aus Mexiko, leiten. Am Tag der Anhörung warteten sechs Zivilbeamte von ICE, CBP, FBI und DEA im Gerichtssaal, nachdem sie seinen Namen im Verhandlungskalender entdeckt hatten, um ihn festzunehmen. Sie identifizierten sich beim diensthabenden Sergeant und erklärten offen ihre Absicht, Flores-Ruiz zu entführen. Ihnen wurde mitgeteilt, dass sie bis nach der Anhörung warten müssten, woraufhin sie sich im Flur vor dem Gerichtssaal positionierten. Ein örtlicher Pflichtverteidiger erkannte die Beamten und informierte Richterin Dugan, dass „die ICE hier ist“.

Richterin Dugan konfrontierte die Beamten gemeinsam mit einem weiteren Richter und fragte, ob sie über einen Haftbefehl verfügten. Als diese erklärten, sie hätten lediglich einen Verwaltungshaftbefehl – der nicht durch ein Gericht ausgestellt wird, keinen hinreichenden Tatverdacht voraussetzt und lediglich zur Festnahme, nicht jedoch zur Durchsuchung oder Beschlagnahme berechtigt –, stellte sie klar, dass ein richterlicher Haftbefehl erforderlich sei. Nach Rücksprache mit dem vorsitzenden Richter wurde entschieden, dass ICE-Maßnahmen weder in Gerichtssälen noch in anderen nichtöffentlichen Bereichen stattfinden dürften, sondern ausschließlich in öffentlichen Fluren. Während die Beamten mit dem vorsitzenden Richter berieten, beschleunigte Dugan das Verfahren und wies Flores-Ruiz und seinen Anwalt an, den Gerichtssaal durch den hinteren Ausgang zu verlassen.

Dieser Ausgang führte jedoch ebenfalls in einen öffentlichen Flur, in dem zwei Beamte verblie-

ben waren. Einer erkannte Flores-Ruiz, folgte ihm zum Aufzug und alarmierte seine Kollegen, die ihn schließlich vor dem Gerichtsgebäude festnahmen. Selbst innerhalb des bürgerlichen Rechtsrahmens hatte Richterin Dugan allen Grund, die Anwesenheit der ICE zu beanstanden. Die Festnahme sogenannter „illegaler“ Einwanderer, die einer rechtmäßigen Vorladung vor Gericht Folge leisten, schreckt nicht nur Angeklagte, sondern auch Zeugen davon ab, vor Gericht zu erscheinen. Regelmäßige Razzien in Gerichtsgebäuden untergraben somit unmittelbar die Funktionsfähigkeit der Justiz.

Bereits im Vormonat hatte die ICE zwei weitere Einwanderer im selben Gerichtsgebäude entführt. Die Behörde geht ähnlich vor, wenn Migranten zu routinemäßigen Einwanderungsterminen erscheinen. Kürzlich wurden zwei Mütter mit ihren kleinen Kindern – darunter ein krebskrankes Kind – bei solchen Terminen festgenommen und umgehend nach Honduras abgeschoben. Selbst nach bürgerlichen Rechtsmaßstäben war Richterin Dugan daher im Recht, die Integrität ihres Gerichtsaals zu verteidigen.

Dennoch sieht sie sich nun zwei Bundesanklagen gegenüber: Behinderung eines Bundesverfahrens (18 U.S.C. § 1505) sowie das Verstecken einer Person zur Verhinderung ihrer Festnahme (18 U.S.C. § 1071), letzteres mit einer möglichen Strafe von bis zu fünf Jahren Haft und 250.000 Dollar Geldstrafe. Nach geltendem US-Recht sind diese Vorwürfe jedoch schwach. Richter verfügen über einen erheblichen Ermessensspielraum bei der Leitung ihrer Gerichtssäle, und gemäß Printz v. United States (1997) kann die Bundesregierung Staatsbeamte nicht zur Durchsetzung von Bundesgesetzen zwingen. Rechtsexperten gehen daher davon aus, dass eine Verurteilung schwer durchzusetzen sein dürfte – es sei denn, die Gerichte beugen sich dem politischen Druck, was genau das erklärte Ziel dieses Verfahrens ist.

Unabhängig vom Ausgang ist die Botschaft eindeutig: Wenn selbst die vagen Gesetze, die historisch zugunsten der herrschenden Klasse ausgelegt wurden, nicht in maximal faschistischer Weise angewendet werden, wird der Staat offen gegen die Justiz vorgehen.

Dimitrov definierte den Faschismus als die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und imperialistischsten Kreise der Bourgeoisie. Er bedeutet die Aufgabe der demokratischen Maske, an der der liberale Flügel der herrschenden Klasse noch festhält, während er dem faschistischen Block widerwillig folgt.

Liberale Kommentatoren sehnen sich nach einer „Rückkehr zur Normalität“. Doch für die Massen war diese „Normalität“ bereits eine langsame und brutale Maschinerie kapitalistischer Gewalt. Dieser Status quo – ein „Völkermord mit Regenbogenfahne“ – bereitete den Boden für den Faschismus. Sie erkennen, dass „Demokratie für eine unbedeutende

Minderheit, Demokratie für die Reichen – das ist die Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft“. Die Lösung liegt nicht im kapitalistischen Reformismus.

Wie Fred Hampton sagte:

*„Man bekämpft Feuer nicht mit Feuer, man bekämpft Feuer mit Wasser.  
Man bekämpft Rassismus nicht mit Rassismus, man bekämpft Rassismus mit Solidarität.  
Man bekämpft den Kapitalismus nicht mit schwarzem Kapitalismus.  
Man bekämpft den Kapitalismus mit Sozialismus.“*

### **AMERIKANISCHE PARTEI DER ARBEIT (APL)**

# VENEZUELA

## Revolutionäre Antwort auf die zunehmende Faschisierung der Welt

Der Prozess der Faschisierung schreitet weltweit in beschleunigtem Tempo voran. Es ist nahezu unglaublich zu beobachten, wie in zahlreichen Ländern, die sich lange als „demokratisch“ präsentierten, Fremdenfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Autoritarismus, Rechtsbrüche, Angriffe auf die Arbeiterklasse, „Caudillismo“, Militarismus, religiöse Vorurteile, Wissenschaftsfeindlichkeit, die Verfolgung linker Ideen, Antikommunismus sowie die direkte Kontrolle der Wirtschaft durch Mafias der Finanzbourgeoisie institutionell gefördert werden. Dies geschieht ohne Verschleierung, mit offen auferlegten Methoden, schamlos und unter Missachtung jeglicher Normen. Solche Praktiken werden alltäglich und als normal dargestellt, obwohl sie wissenschaftlichen Erkenntnissen, Verfassungen sowie nationalen und internationalen Gesetzen widersprechen.

Auf allen Kontinenten lässt sich beobachten, dass es Länder gibt, in denen die Faschisierung schneller voranschreitet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dieses Phänomen in anderen Ländern nicht existiert, sondern lediglich, dass seine Entwicklung ungleich

und nicht linear verläuft und stark vom Widerstand der Bevölkerung gegen den Diskurs und die Praktiken der faschistischen extremen Rechten abhängt. In großen wie in kleinen Ländern, in imperialistischen ebenso wie in abhängigen, treten faschistische Gruppen offen auf und präsentieren ihre Programme mit der Komplizenschaft einer schwankenden Sozialdemokratie, die zulässt, dass die faschistische Rechte ungestraft Gesetze verletzt. Hinzu kommt die Schwäche der Marxisten-Leninisten, denen es bislang nicht gelungen ist, mit ausreichender Kraft und Entschlossenheit dem Faschismus entgegenzutreten und seinen Vormarsch wirksam zu behindern.

Wir verstehen Faschisierung als einen Prozess, der von den herrschenden Eliten der weltweiten Bourgeoisie der extremen Rechten definiert, geplant und umgesetzt wird, um der Arbeiterklasse, den abhängigen Ländern und selbst Teilen des Großkapitals die gewaltsame Diktatur des Finanzkapitals aufzuzwingen. Ziel ist die vollständige Kontrolle der Gesellschaft durch die reaktionärsten und aggressivsten Fraktionen der internationalen Finanzbourgeoisie. Dabei greifen sie auf Postulate, Symbole und Er-

fahrungen des historischen Faschismus zurück und passen diese den aktuellen Bedingungen an.

Dieser Vormarsch vollzog sich schrittweise: Er begann mit der Delegitimierung der Ideen und Erfahrungen des Sozialismus, mit Angriffen auf den Kommunismus – insbesondere auf Stalin – und auf sämtliche linken Ideen, und setzte sich anschließend gegen die bürgerliche Demokratie fort. Parallel dazu wurden die Erfahrungen des Nazi-Faschismus verharmlost, seine Symbole rehabilitiert, gesetzliche Sanktionen gegen faschistische Ideologie aufgehoben und diese über internationale Netzwerke der extremen Rechten weltweit verbreitet. Dies geschieht durch rassistische, migrantenfeindliche, fremdenfeindliche und frauenfeindliche Propaganda, durch Angriffe auf alles Linke und Antifaschistische sowie durch die Delegitimierung der Grundlagen der bürgerlichen Demokratie und ihrer internationalen Institutionen.

Auf diesem Weg der Beschönigung und Normalisierung des Faschismus stützten sich diese Kräfte auf die Komplizenschaft der Sozialdemokratie, die in ihrer Unentschlossenheit faschistische Praktiken zugelassen und teilweise sogar unterstützt hat. Was in kleinen Gruppen der radikalen Rechten – etwa bei Skinhead-Strömungen – begann, breitete sich aus mit dem Ziel, die revolutionäre Bewegung, insbesondere die kommunistische Bewegung, gewaltsam zu bekämpfen, die angesichts wiederkehrender Wirtschaftskrisen und der Krise der bürgerlichen Demokratie zwangsläufig an Einfluss gewinnen kann.

Die Faschisierung ist ein Phänomen, das sich vor unseren Augen rasant entfaltet. Deutlich zeigt sich dies in der Ukraine: von Angriffen auf Kommunisten und progressive Kräfte über die Verfolgung der russischen Bevölkerung, die Bildung rechter bewaffneter Banden und die Förderung von Nazi-Symbolen bis hin zum paramilitärischen Angriff auf den Donbass, zur Errichtung einer Militärdiktatur und zum offenen Krieg. Hinzu kommt die Unterstützung durch Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus anderen Ländern, die diese Propaganda verbreiten und faschistisch geprägte Führungsfiguren international legitimieren.

Ebenso erschütternd ist das Ausmaß faschistischer Verbrechen und Praktiken, die der Zionismus gegen das palästinensische Volk verübt, ebenso wie das illegitime Fortbestehen der rechtsextremen Diktatur Netanjahus und seiner Komplizen in Israel. Völkermordpraktiken werden öffentlich, unverhohlen und teils offen angekündigt normalisiert, während internationale Organisationen, gefesselt an die Macht der extremen Rechten innerhalb der UNO und anderer Institutionen, untätig bleiben. Auch kleinere Länder wie El Salvador erleben Prozesse der Faschisierung unter rechtsextremen Regierungen, ebenso Brasilien mit den Bolsonaro-Gruppen, Argentinien mit Milei und die Vereinigten Staaten mit Trump – große Länder, die tief von faschistischen Ideen durchdrungen sind.

In unterschiedlichem Ausmaß hat die Faschisierung alle Gesellschaften erfasst und die Konfrontation zwischen der Perspektive der proletarischen Revolution gegen den bürgerlichen Staat und der faschistischen Offensive verdrängt. Dadurch wurden segregationistische, rassistische, migrantenfeindliche, ausbeuterische, kriminelle und mörderische Diskurse, die früher gesellschaftlich geächtet waren, zur Normalität. Dies ging so weit, dass ein Friedensnobelpreisträger mit mehreren anderen rechtsextremen Kriminellen konkurrierte.

Auch wenn die Verleihung eines Nobelpreises an eine Faschistin als nebensächlich erscheinen mag, zeigt sie doch die tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der Gesellschaft und den Einfluss rechtsextremer Ideen bis hin zur Dominanz in Institutionen, die einst im Namen des Friedens und des Völkerrechts auftraten. Diese symbolischen Akte sind Teil der Faschisierung, die auf Verallgemeinerung, Normalisierung und sogar Verherrlichung reaktionärer Ideologien abzielt. Sie fördern zugleich die internationale Koordination der extremen Rechten zur Errichtung faschistischer Regierungen – ein Prozess, der nur aufgehalten werden kann, wenn Revolutionäre sich vereinen und eine Politik der Zusammenarbeit entwickeln.

Wie der Zweite Weltkrieg in der Sowjetunion und anderen Ländern zeigte, spielen die sofortige Anprangerung, die direkte Konfrontation sowie die Einheit der demokratischen Bewegung in Form der Volksfront eine entscheidende Rolle im Kampf ge-

gen den Faschismus. Die Fortschritte der Faschisierung lassen erwarten, dass wir noch lange mit der Aggressivität der faschistischen Rechten konfrontiert sein werden, was eine bewusste Vorbereitung erfordert, um diesen Feind so schnell wie möglich zu besiegen.

Sobald sich der Faschismus etabliert, werden gewaltsame Repressionen gegen die Ausgebeuteten und Aggressionen gegen abhängige Länder unter Führung des faschistischen, autoritären bürgerlichen Staates zur legalen Norm. Die Formen des Kampfes und der Organisation müssen sich dieser Realität anpassen: In extremen Zeiten werden konspirative Methoden und geheime Strukturen zur Notwendigkeit. In einem asymmetrischen Krieg zwischen einer technologisch überlegenen Armee und einer Volksarmee ist der irreguläre Krieg die angemessene Taktik.

Eine Streitmacht, die nicht nur unterstützt wird, sondern aus einem Volk besteht, das zum Widerstand bereit ist, wurde historisch niemals besiegt. Im Gegen teil: Wo die Doktrin des revolutionären Krieges mit dialektischer Kreativität angewandt wurde, konnten Völker selbst übermächtige Feinde schlagen.

Eine weitere entscheidende Linie im Kampf gegen den Faschismus ist die Arbeit der Volksfront. Sie zielt darauf ab, unterschiedliche populäre, demokratische und revolutionäre Strömungen im Kampf gegen den Imperialismus als gemeinsamen Feind und gegen den Faschismus als Hauptgefahr zu vereinen. So sollen Isolation und Sektierertum überwunden und eine Massenkraft aufgebaut werden, die fähig ist, faschistischen Strukturen entgegenzutreten und sie möglichst schon in den ersten Phasen ihres Entstehens zu besiegen.

Die marxistisch-leninistischen Organisationen sind aufgerufen, sich an die Vorschläge Stalins, der Kommunistischen Internationale und Dimitrovs zu halten und die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs ernsthaft auszuwerten. Unter der Führung Stalins gelang es den marxistisch-leninistischen Kommunisten, ihre eigene Stärke zu festigen und zugleich Vereinbarungen selbst mit widersprüchlichen Kräften zu treffen, um der Hauptgefahr – dem Faschismus – geschlossen entgegenzutreten.

Die Abkommen des Zweiten Weltkriegs sowie die Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam verdeutlichen die Übereinstimmung Stalins mit den Einschätzungen der Kommunistischen Internationale, die erkannt hatte, dass die Kommunisten allein den Faschismus nicht besiegen konnten. Daher waren Volksfronten, Abkommen und Bündnisse mit anderen revolutionären und demokratischen Kräften – selbst mit imperialistischen Staaten und strategischen Gegnern – taktisch notwendig, um den gemeinsamen Feind zu schlagen, auch wenn zukünftige Konfrontationen unausweichlich blieben.

Als Volk Venezuelas, das sich gegen imperialistische Aggression verteidigt, wissen wir, was der gewaltsame Angriff des Faschismus bedeutet und welche Folgen imperialistische Interventionen haben. In diesem Sinne rufen die PCMLV, ihre Führung und ihre Militanten dazu auf, aktiv an der Schaffung von Räumen internationaler Koordination mit revolutionären Strömungen mitzuwirken, die bereit sind, sich dem Imperialismus und dem Faschismus entgegenzustellen, um Vernetzungsmechanismen, gemeinsame Pläne und koordinierte Maßnahmen gegen den Feind zu entwickeln.

Der Aufbau von Volksfronten in jedem Land, ihre internationale Vernetzung, die Entwicklung gemeinsamer Strategien, Vereinbarungen und Kampagnen sowie eine aktive, militante gegenseitige Solidarität in den unterschiedlichen Konflikten sind notwendige Schritte, um den Weg zum Sieg und zur endgültigen Niederlage des kriminellen faschistischen Ungeheuers zu ebnen, das die Erben Hitlers fördern und organisieren.

Wir rufen dazu auf, die Konsolidierung der IKMLPO sowie den Aufbau einer internationalen Masseninitiative gegen die vorrückenden imperialistischen Faschisten in den Mittelpunkt des Kampfes zu stellen und Verbindungen zu allen Organisationen aufzubauen, die sich aktiv gegen Imperialismus und Faschismus engagieren.

*„Der Sozialismus kann nur mit der Allianz zwischen Arbeitern und Bauern an der Macht und dem bewaffneten Volk aufgebaut werden.“*

# THEORIE & PRAXIS

Angesichts der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf in Deutschland ist der Aufbau einer Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse die dringlichsten Aufgabe aller Kommunisten in unserem Land. Denn während die imperialistischen Bestrebungen der deutschen Kapitalisten im Zusammenhang mit den Angriffen auf die Arbeiterklasse in Deutschland immer weiter zunehmen, steht unsere Klasse ohne eine eigene politische Partei da, die dazu in der Lage wäre, sowohl die notwendigen Kämpfe zu organisieren als auch diese mit dem Kampf für die Revolution und der Herrschaft der Arbeiterklasse zu verknüpfen. Bei vielen linken, fortschrittlichen und revolutionären Kräften in Deutschland sind ein mangelndes Verständnis der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, sowie Opportunismus, Revisionismus und Sektierertum sehr weit verbreitet. Kleinbürgerliche Ideen zersetzen fortschrittliche Bewegung in unserem Land. Insbesondere seit der historischen Niederlage des Sozialismus und dem Zerfall der Sowjetunion hemmen theoretische wie praktische Verwirrungen den Aufbau einer Kommunistischen Partei. In diesen Zeiten ist es wichtiger denn je, den Aufbau einer Partei mit der Zurückdrängung eben dieser Auffassungen zusammenzuführen und ihn auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus mit allen ehrlichen Kräften auf Seiten der Arbeiterklasse gemeinsam anzugehen.

„Theorie & Praxis“ will einen Beitrag dazu leisten. Auf dieser Seite werden deshalb Beiträge der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO), der Theoriezeitschrift „teori ve eylem“ (Theorie und Praxis, Türkei) und der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Arbeit Zukunft, Mitglied der IKMLPO) sowie historische Dokumente der Kommunistischen Bewegung in Deutschland und international veröffentlicht. Die IKMLPO versteht sich sowohl als Erbin der Prinzipien und Praxis der revolutionären Perioden der Ersten und Zweiten Internationale, der Dritten Internationale (Komintern) und der revolutionären Periode der Kominform, als auch als Organ diese Prinzipien und Praxis weiterzuführen. Wir laden alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte dazu ein, mit uns in die Diskussion zu treten.

## Letzter Artikel

### Die Enttäuschung organisieren?

Der moderne deutsche Sozialreformismus, vor allem verkörpert durch die Partei „Die Linke“, weckt Hoffnungen die er nicht erfüllen kann.

[theorieundpraxis.org](http://theorieundpraxis.org)



# ARBEIT ZUKUNFT

Jeden Monat  
Abo 40 € im Jahr

Infos und Artikel  
unter [arbeitzukunft.de](http://arbeitzukunft.de)

# Unity & Struggle

# Unité et Lutte

# Birlik ve Mücadele

# Unidad y Lucha



Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!